

BERICHT UND ANTRAG
DER REGIERUNG
AN DEN
LANDTAG DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN
BETREFFEND
DAS GESETZ ÜBER DIE MINDESTBESTEUERUNG GROSSER
UNTERNEHMENSGRUPPEN (GLOBE-GESETZ)
SOWIE DAS GESETZ ÜBER DIE ABÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER
DIE LANDES- UND GEMEINDESTEUERN (STEUERGESETZ; STEG)

<i>Behandlung im Landtag</i>	
	<i>Datum</i>
1. Lesung	
2. Lesung	
Schlussabstimmung	

Nr. 65/2023

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Zusammenfassung	5
Zuständiges Ministerium.....	7
Betroffene Stellen	7
I. BERICHT DER REGIERUNG	8
1. Ausgangslage	8
2. Begründung der Vorlage.....	11
3. Schwerpunkte der Vorlage	13
3.1 Allgemein.....	13
3.2 Liechtensteinische Ergänzungssteuer	14
3.3 IIR-Ergänzungssteuer.....	15
3.4 UTPR-Ergänzungssteuer	16
3.5 Art der nationalen Umsetzung.....	18
3.6 GloBE-Mustervorschriften	19
3.7 Verfahrens- und Strafbestimmungen	22
4. Vernehmlassung	22
5. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen unter Berücksichtigung der Vernehmlassung	27
5.1 Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz)	27
5.2 Gesetz über die Abänderung des Steuergesetzes	53
6. Verfassungsmässigkeit / Rechtliches.....	54
6.1 Verfassungsmässigkeit	54
6.1.1 Gleichbehandlung	55
6.1.2 Umsetzung mittels Verweises auf ausländische Bestimmungen in englischer Sprache.....	59
6.2 EWR-rechtliche Vorgaben	61
7. Auswirkungen auf Verwaltungstätigkeit und Ressourceneinsatz	74
7.1 Neue und veränderte Kernaufgaben	74

7.2	Personelle, finanzielle, organisatorische und räumliche Auswirkungen.....	74
7.3	Betroffene UNO-Nachhaltigkeitsziele und Auswirkungen auf deren Umsetzung	76
7.4	Evaluation.....	76
II.	ANTRAG DER REGIERUNG	77
III.	REGIERUNGSVORLAGE.....	79
1.1	Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz)	79
1.2	Gesetz über die Abänderung des Steuergesetzes	97

Beilagen:

- "Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)" (GloBE-Mustervorschriften)

ZUSAMMENFASSUNG

Die zunehmende Digitalisierung und Globalisierung wirken sich tiefgreifend auf die Wirtschaft aus. Die bisher geltenden Grundsätze für die Besteuerung internationaler Unternehmen sind durch Möglichkeiten der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting; BEPS) aus Sicht der OECD und der G20-Staaten in Frage gestellt. Aus diesem Grund soll sichergestellt werden, dass Gewinne dort besteuert werden, wo wirtschaftliche Tätigkeiten und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden.

Im Oktober 2021 haben 135 Mitgliedstaaten des OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS (IF on BEPS) einen globalen Konsens gefunden und einer sogenannten Zwei-Säulen-Lösung zugestimmt. Während sich Säule 1 mit der Verteilung der Besteuerungsrechte zugunsten der Marktstaaten befasst, soll Säule 2 sicherstellen, dass multinationale Unternehmensgruppen mit einem Konzernumsatz von mehr als EUR 750 Mio. einer effektiven Mindestbesteuerung von 15 % unterliegen, um das Problem der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung zu adressieren.

Am 14. Dezember 2021 beschloss das IF on BEPS zur Umsetzung von Säule 2 die GloBE-Mustervorschriften, und im März 2022 veröffentlichte die OECD den GloBE-Kommentar zu diesen Mustervorschriften.

Die Botschafter der EU-Länder einigten sich am 12. Dezember 2022 auf die Verabschiedung der Richtlinie zur Einführung der globalen Mindestbesteuerung in der EU. Die Richtlinie wurde vom Rat am 16. Dezember 2022 formell beschlossen und ist innerhalb der EU bis Ende 2023 umzusetzen.

Die gegenständliche Vorlage beinhaltet die innerstaatliche Umsetzung von Säule 2. Die Umsetzung soll gezielt für Geschäftseinheiten von multinationalen Unternehmensgruppen erfolgen, die von den GloBE-Mustervorschriften erfasst sind. Zu diesem Zweck soll ein Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser

Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz) geschaffen sowie das Gesetz über die Landes- und Gemeindesteuern (SteG) angepasst werden. Aufgrund der Zugehörigkeit Liechtensteins zum EWR sind analog zur EU-Umsetzung auch grosse inländische Gruppen in den Anwendungsbereich aufzunehmen, auch wenn dies in den GloBE-Mustervorschriften nicht vorgesehen ist.

Die betroffenen Geschäftseinheiten haben die Regelungen des GloBE-Gesetzes zusätzlich zum Steuergesetz anzuwenden. Für alle anderen Unternehmen (bspw. KMUs) kommt es zu keinen Änderungen.

Die Umsetzung sieht vor:

- *die Einführung einer liechtensteinischen Ergänzungssteuer in Form einer "Qualified Domestic Minimum Top-up Tax" ("QDMTT"), durch die sichergestellt wird, dass in Bezug auf sämtliche inländische Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe bzw. einer grossen inländischen Gruppe eine effektive Mindestbesteuerung in Höhe von 15 % erfolgt,*
- *die Einführung einer IIR-Ergänzungssteuer ("Income Inclusion Rule"), durch welche mittels Erhebung einer Ergänzungssteuer bei der inländischen Muttergesellschaft die effektive Mindestbesteuerung von 15 % der Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe bzw. einer grossen inländischen Gruppe sichergestellt wird, sowie*
- *die Einführung einer UTPR-Ergänzungssteuer ("Undertaxed Payments Rule"), durch welche mittels Erhebung einer Ergänzungssteuer bei inländischen Geschäftseinheiten sichergestellt wird, dass eine effektive Mindestbesteuerung von 15 % der Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe erfolgt, wenn in der Jurisdiktion der obersten Muttergesellschaft keine IIR-Ergänzungssteuer zur Anwendung gelangt.*

Im Rahmen der Erarbeitung der gegenständlichen Vorlage wurden verfassungsrechtliche und EWR-rechtliche Vorgaben vertieft geprüft und berücksichtigt.

Die liechtensteinische Ergänzungssteuer und die IIR-Ergänzungssteuer finden für Steuerjahre ab 1. Januar 2024 Anwendung. Betreffend die UTPR-Ergänzungssteuer legt die Regierung die erstmalige Anwendbarkeit mit Verordnung fest, frühestens für Veranlagungen von Steuerjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2025 beginnen.

ZUSTÄNDIGES MINISTERIUM

Ministerium für Präsidiales und Finanzen

BETROFFENE STELLEN

Steuerverwaltung

Vaduz, 11. Juni 2023

LNR 2023-1087

P

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete

Die Regierung gestattet sich, dem Hohen Landtag nachstehenden Bericht und Antrag betreffend das Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz) sowie das Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) an den Landtag zu unterbreiten.

I. BERICHT DER REGIERUNG

1. AUSGANGSLAGE

Die zunehmende Digitalisierung und Globalisierung wirken sich tiefgreifend auf die Wirtschaft aus. Die bisher geltenden Grundsätze für die Besteuerung internationaler Unternehmen sind durch Möglichkeiten der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting; BEPS) aus Sicht der OECD und der G20-Staaten in Frage gestellt. Aus diesem Grund soll sichergestellt werden, dass Gewinne dort besteuert werden, wo wirtschaftliche Tätigkeiten und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden.

Zu diesem Zweck schlossen sich die OECD und die G20-Staaten zusammen und entwickelten im September 2013 einen Aktionsplan bestehend aus 15 Aktionspunkten zur Bekämpfung von BEPS. Die Regierung hat bereits 2014 eine Experten-Gruppe mit Vertretern aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung mit dem Auftrag bestellt, die BEPS-Arbeiten auf internationaler Ebene eng zu verfolgen sowie die Auswirkungen auf Liechtenstein zu analysieren und die Regierung darüber zu informieren.

Die finalen Berichte der OECD zu den 15 Aktionspunkten wurden im November 2015 den Staats- und Regierungschefs der G20 vorgelegt, wobei zum damaligen Zeitpunkt noch keine konkreten Lösungsvorschläge zur Besteuerung der zunehmend digitalisierten und globalisierten Wirtschaft vorlagen.

In weiterer Folge wurde das OECD/G20 Inclusive Framework gegen BEPS (IF on BEPS) gegründet, dem seit dem Jahr 2016 auch Liechtenstein angehört. Nach einem Beschluss der G20 im März 2017 wurden die Arbeiten der OECD an einer globalen und konsensfähigen Lösung für die Besteuerung der digitalisierten und globalisierten Wirtschaft aufgenommen. Parallel dazu hat die EU zwei Richtlinien-Entwürfe¹ veröffentlicht, um das Problem der Besteuerung der digitalen Wirtschaft zu adressieren (Einführung einer Digitalsteuer sowie einer virtuellen Betriebsstätte). Diese Richtlinien-Entwürfe sollten jedoch nicht anwendbar sein, sofern auf OECD-Ebene eine globale Einigung gefunden werde.

Im Januar 2019 hat die OECD sodann Entwürfe für einen Lösungsvorschlag veröffentlicht. Dieser umfasst einerseits eine Säule 1, welche die Verlagerung eines Teils des Konzerngewinns in Richtung Marktstaaten vorsieht. Andererseits wurde eine Säule 2 präsentiert, die darüber hinaus verbleibende BEPS-Probleme

¹ https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/company-tax/fair-taxation-digital-economy_en.

(Gewinnverlagerungen) adressieren soll, indem eine weltweite Mindestbesteuerung eingeführt wird.

Anfang 2020 hat die Regierung eine Task Force unter der Leitung des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen mit dem Ziel einberufen, strategische Handlungsempfehlungen auf Basis der Vorschläge der OECD zu erarbeiten. Der Task Force gehören auch Vertreter des Ministeriums für Inneres, Wirtschaft und Umwelt, Vertreter der Steuerverwaltung und der Wissenschaft sowie hochrangige Verbandsvertreter an.

Am 8. Oktober 2021 haben sich über 130 Mitglieder des IF on BEPS, welche mehr als 95 % des globalen BIP repräsentieren, auf eine Zwei-Säulen-Lösung geeinigt. Während sich Säule 1 mit der Verteilung der Besteuerungsrechte zugunsten der Marktstaaten befasst, soll Säule 2 sicherstellen, dass multinationale Unternehmensgruppen mit einem Konzernumsatz von mehr als EUR 750 Mio. global einer effektiven Mindestbesteuerung in Höhe von 15 % unterliegen.

Liechtenstein hat einen nominellen Ertragssteuersatz von 12.5 %. Damit liegt die effektive Besteuerung einer juristischen Person – wenngleich die GloBE-Bemessungsgrundlage völlig anders zu ermitteln ist als jene gemäss dem Steuergesetz – regelmässig unter 15 %.

Am 26. Oktober 2021 setzte die Regierung neben der erwähnten Task Force, die sich mit strategischen Fragen beschäftigt, eine weitere technische Arbeitsgruppe an. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung der Steuerverwaltung setzt sich aus Vertretern der Wirtschaftsverbände und der Wissenschaft zusammen. Sie hatte den Auftrag, die Auswirkungen von Säule 1 und 2 auf den Wirtschaftsstandort Liechtenstein zu analysieren und zu klären, ob bzw. wie Säule 2 umgesetzt werden soll.

In ihrem Bericht vom Dezember 2021 empfiehlt die Arbeitsgruppe geschlossen, Säule 2 in Liechtenstein gemäss den Vorgaben der OECD/G20 gezielt für

Geschäftseinheiten von betroffenen Konzernen umzusetzen. Im Februar 2022 wurde die Arbeitsgruppe sodann von der Regierung beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung von Säule 2 unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklungen zu erarbeiten. Diese Arbeitsgruppe wird ihre Arbeit bis zum Inkrafttreten des GloBE-Gesetzes und wohl darüber hinaus fortsetzen. Es hat sich in der Vorbereitung dieses Gesetzesvorhabens gezeigt, dass ein technischer Austausch auf dieser Ebene der beste Weg zur Klärung offener Fragen, die sich zweifellos auch im weiteren Verlauf ergeben werden, ist.

International beschäftigen sich derzeit zahlreiche Länder mit der Umsetzung von Säule 2. Der EU-Rat verabschiedete im Dezember 2022 die Richtlinie zur Umsetzung von Säule 2 innerhalb der EU. Die Schweiz hat im Sommer 2022 bereits angekündigt, Säule 2 national vollumfänglich umsetzen zu wollen. In einer Volksabstimmung wurde die entsprechende Vorlage im Juni 2023 gutgeheissen. Das Vereinigte Königreich hat im Januar 2023 einen Vernehmlassungsbericht zur Umsetzung von Säule 2 veröffentlicht. Auch andere Länder wie Japan, Korea, Neuseeland und Norwegen arbeiten an der Umsetzung. Die USA werden Säule 2 wahrscheinlich nicht umsetzen, wobei ihr bestehendes Steuersystem einige Elemente von Säule 2 aufweist. Die internationalen Entwicklungen in der Umsetzung werden weiterhin eng verfolgt.

2. BEGRÜNDUNG DER VORLAGE

Am 14. Dezember 2021 beschloss das IF on BEPS die "Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)"² (GloBE-Mustervorschriften), und am 11. März 2022

² Veröffentlicht unter <https://www.oecd.org/tax/beps/tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy-global-anti-base-erosion-model-rules-pillar-two.pdf>.

erfolgte die Veröffentlichung des "Commentary to the Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)"³ (GloBE-Kommentar) zu den GloBE-Mustervorschriften.

Der EU-Rat verabschiedete im Dezember 2022 die Richtlinie zur Umsetzung von Säule 2 innerhalb der EU.⁴ Die Regelungen der EU-Richtlinie entsprechen materiell den Bestimmungen der GloBE-Mustervorschriften mit der Ausnahme, dass in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinie auch "grosse inländische Gruppen" fallen (vgl. Ausführungen unter Kapitel 6.2).

Durch die Einigung auf globaler Ebene unterliegen Geschäftseinheiten von multinationalen Unternehmensgruppen den neuen GloBE-Regelungen. Liechtenstein ist grundsätzlich nicht verpflichtet, die Mindestbesteuerung zu übernehmen. Liechtenstein kann die entsprechende Mindestbesteuerung für in Liechtenstein tätige multinationale Unternehmensgruppen jedoch nicht verhindern, weil diese ohne die entsprechende nationale Umsetzung von anderen Staaten erhoben wird. Erfasste multinationale Unternehmensgruppen zahlen aufgrund der technischen Ausgestaltung von Säule 2 (vgl. Ausführungen unter Kapitel 3.2 und 3.3) jedenfalls immer mindestens 15 % Steuern. Entweder in Liechtenstein oder im Ausland.

Würde Liechtenstein die GloBE-Mustervorschriften nicht umsetzen, würde die nicht durch Liechtenstein erhobene Steuer somit durch einen anderen Staat erhoben werden. Liechtenstein kann seine wirtschaftspolitischen und fiskalischen Interessen nur wahren, indem es sein Steuersystem entsprechend anpasst und die GloBE-Mustervorschriften in nationales Recht übernimmt.

³ Veröffentlicht unter <https://www.oecd.org/tax/beps/tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy-global-anti-base-erosion-model-rules-pillar-two-commentary.pdf>.

⁴ Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Union (ABl. L 328, 22.12.2022, S. 1), veröffentlicht unter https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:fa5dbfaf-633f-11ec-9136-01aa75ed71a1.0022.02/DOC_1&format=PDF.

3. SCHWERPUNKTE DER VORLAGE

3.1 Allgemein

Die gegenständliche Vorlage beinhaltet die innerstaatliche Umsetzung von Säule 2. Die Umsetzung soll gezielt für Geschäftseinheiten von multinationalen Unternehmensgruppen erfolgen, die von den GloBE-Mustervorschriften erfasst sind, sowie aufgrund der EWR-rechtlichen Vorgaben für grosse inländische Gruppen mit einem Konzernumsatz von mindestens EUR 750 Mio. Zudem soll die liechtensteinische Ergänzungssteuer auf inländische Geschäftseinheiten Anwendung finden, deren Muttergesellschaft in einer Jurisdiktion gelegen ist, die eine tiefere Umsatzschwelle für die Anwendung der IIR-Ergänzungssteuer umsetzt. Bei diesen inländischen Geschäftseinheiten gelangen zusätzlich zu den Bestimmungen des Steuergesetzes die Regelungen des GloBE-Gesetzes zur Anwendung. Für die übrigen Unternehmen (bspw. KMUs) kommt es zu keinen Änderungen; für diese ist weiterhin ausschliesslich das Steuergesetz anwendbar.

Die liechtensteinische Ergänzungssteuer und die IIR-Ergänzungssteuer finden auf Geschäftsjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnen, und die UTPR-Ergänzungssteuer ist frühestens für Geschäftsjahre anwendbar, die am oder nach dem 1. Januar 2025 beginnen (siehe Erläuterungen zur Inkrafttretensbestimmung in Kapitel 5.1).

Die Umsetzung der GloBE-Mustervorschriften in Liechtenstein umfasst:

- eine liechtensteinische Ergänzungssteuer in Form einer "Qualified Domestic Minimum Top-up Tax" ("QDMTT");
- eine IIR-Ergänzungssteuer nach der "Income Inclusion Rule" ("IIR");
- eine UTPR-Ergänzungssteuer nach der "Undertaxed Payments Rule" ("UTPR").

Zudem enthält die Gesetzesvorlage Verfahrensbestimmungen und Strafbestimmungen, welche – soweit nicht zwingend Abweichungen erforderlich sind – den Verfahrensbestimmungen und den Strafbestimmungen des Steuergesetzes entsprechen.

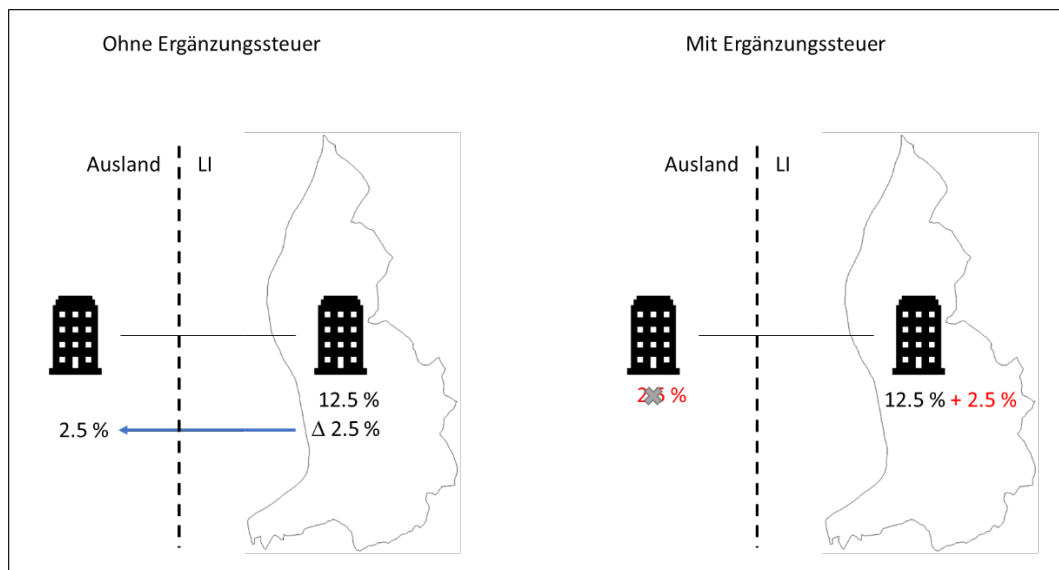
Bereits im Vorfeld und insbesondere im Rahmen der Vorbereitung des Berichts und Antrags wurden verfassungsrechtliche und EWR-rechtliche Vorgaben vertieft geprüft und berücksichtigt (vgl. Ausführungen unter Kapitel 6).

3.2 Liechtensteinische Ergänzungssteuer

Mit der liechtensteinischen Ergänzungssteuer wird – zusätzlich zur Besteuerung nach dem Steuergesetz – sichergestellt, dass bei den inländischen Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe bzw. einer grossen inländischen Gruppe die geforderte effektive Besteuerung von 15 % erfolgt.

Beispiel:

Eine liechtensteinische Tochtergesellschaft einer ausländischen Muttergesellschaft weist, bezogen auf die GloBE-Steuerbasis, eine Steuerbelastung von 12.5 % auf. Nach den GloBE-Mustervorschriften müssten jedoch Steuern in Höhe von 15 % entrichtet werden. Durch die geplante liechtensteinische Ergänzungssteuer werden bei der liechtensteinischen Tochtergesellschaft zusätzlich 2.5 % erhoben. Setzt Liechtenstein die GloBE-Mustervorschriften nicht um, wird die zusätzliche Steuer vom Ausland erhoben.



Die liechtensteinische Ergänzungssteuer kommt auch bei allen inländischen Geschäftseinheiten eines Konzerns mit einer liechtensteinischen Muttergesellschaft vorrangig zur Anwendung.

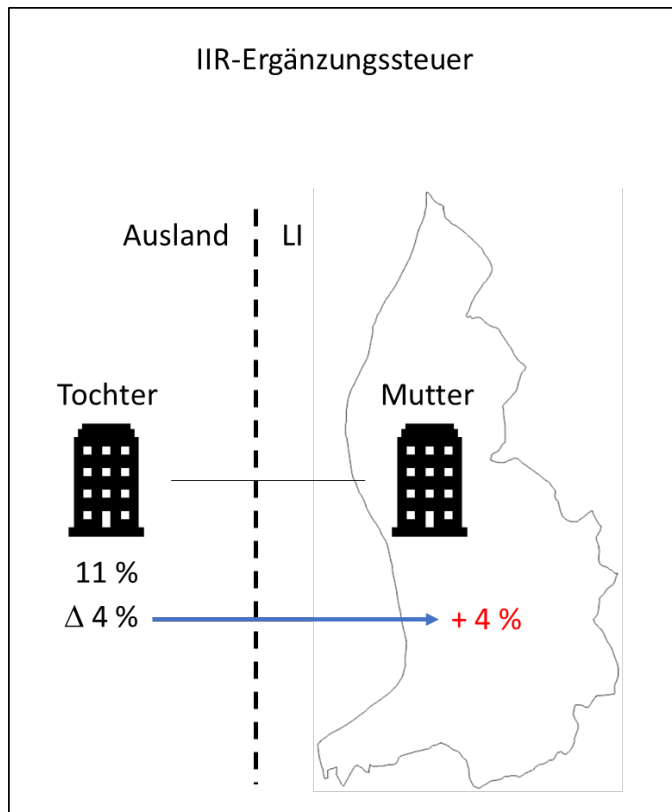
3.3 IIR-Ergänzungssteuer

Mit der IIR-Ergänzungssteuer wird auf Ebene der inländischen Muttergesellschaft die effektive Mindestbesteuerung von 15 % für die Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe bzw. einer grossen inländischen Gruppe sichergestellt. Unterliegen die Erträge einer Geschäftseinheit nicht einer effektiven Besteuerung von 15 %, so wird der Differenzbetrag auf Ebene der inländischen Muttergesellschaft besteuert.

Beispiel:

Eine ausländische Tochtergesellschaft einer inländischen Muttergesellschaft weist, bezogen auf die GloBE-Steuerbasis, eine Steuerbelastung von 11 % auf. Sofern die Mindestbesteuerung nicht im Ausland sichergestellt wird, kann Liechtenstein die fehlenden 4 % bei der liechtensteinischen Muttergesellschaft besteuern. Würde Liechtenstein keine IIR-Ergänzungssteuer einführen, so würden allenfalls

andere Länder, in denen die Unternehmensgruppe ebenfalls tätig ist, die 4 % aufgrund einer UTPR-Ergänzungssteuer erheben und aufteilen.



3.4 UTPR-Ergänzungssteuer

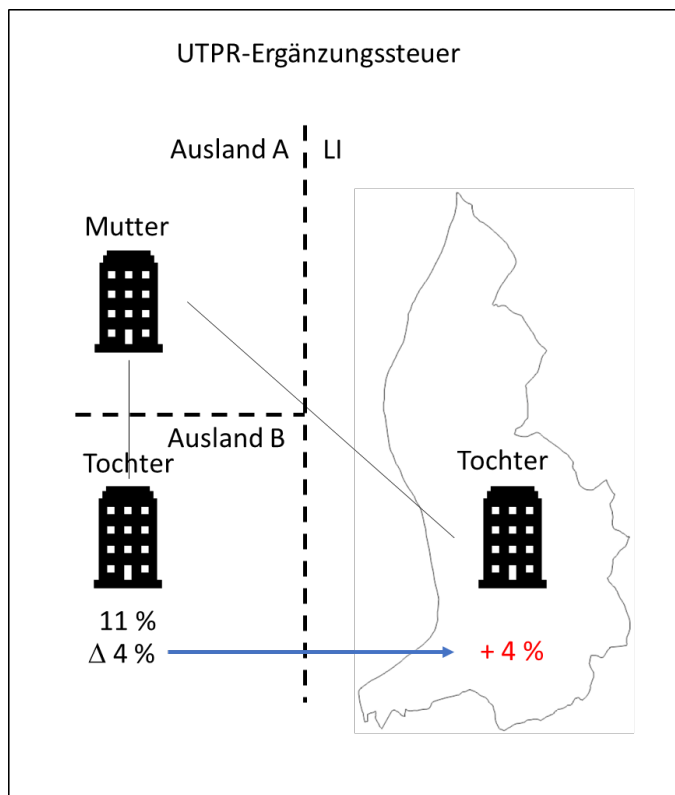
Mit der UTPR-Ergänzungssteuer wird auf Ebene der inländischen Geschäftseinheiten die effektive Mindestbesteuerung von 15 % aller Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe sichergestellt. Unterliegen die Erträge von verbundenen Gesellschaften einer inländischen Geschäftseinheit nicht einer effektiven Besteuerung von 15 %, so wird der anteilige Differenzbetrag auf Ebene der inländischen Geschäftseinheiten erhoben. Ist die Gruppe noch in anderen Jurisdiktionen tätig, sind die 4 % auf die involvierten Länder, welche die GloBE-Mustervorschriften eingeführt haben, aufzuteilen.

Die UTPR-Ergänzungssteuer kommt nur zum Tragen, wenn in der Jurisdiktion der obersten Muttergesellschaft keine IIR-Ergänzungssteuer zur Anwendung gelangt. Die GloBE-Mustervorschriften bestimmen, dass die IIR-Ergänzungssteuer der Muttergesellschaft immer Vorrang hat gegenüber einer UTPR-Ergänzungssteuer.

Beispiel:

Eine liechtensteinische Tochtergesellschaft mit einer Muttergesellschaft in Ausland A hat eine niedrig besteuerte Schwestergesellschaft in Ausland B. Sofern die Mindestbesteuerung weder in Ausland A noch in Ausland B sichergestellt wird, kann Liechtenstein die in Ausland B fehlenden 4 % bei der liechtensteinischen Tochtergesellschaft besteuern. Würde Liechtenstein keine UTPR-Ergänzungssteuer einführen, so könnten andere Länder, in denen die Unternehmensgruppe ebenfalls tätig ist, die fehlenden 4 % erheben.

Führt jedoch Ausland A eine IIR-Ergänzungssteuer ein, so werden die 4 % in Ausland A besteuert und führt Ausland B eine nationale Ergänzungssteuer (QDMTT) ein, so werden die 4 % in Ausland B erhoben.



3.5 Art der nationalen Umsetzung

Die vom IF on BEPS erarbeiteten GloBE-Mustervorschriften und der entsprechende GloBE-Kommentar sind sehr umfangreich. Diese sehr detaillierten Bestimmungen sind notwendig, um eine global einheitliche Umsetzung sicherzustellen, sollen die Bestimmungen doch ein weltweit einheitliches System etablieren. Für das Funktionieren der neuen Regeln ist es deshalb zwingend erforderlich, dass diese auch im Detail weltweit einheitlich umgesetzt werden. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass einerseits eine effektive Mindestbesteuerung von 15 % erfolgt und andererseits die betroffenen Konzerne Rechtssicherheit erhalten und keine Doppelbesteuerung erleiden. Sollte es aufgrund unterschiedlicher Interpretationen der GloBE-Mustervorschriften zu Doppelbesteuerungen kommen, sollen diese nach einer definierten Vorgehensweise, welche derzeit von der OECD ausgearbeitet wird, beseitigt werden.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen wird – unter Berücksichtigung der EWR-rechtlichen Vorgaben – im Rahmen des GloBE-Gesetzes gesamthaft auf die GloBE-Mustervorschriften verwiesen. Damit wird eine standardkonforme Umsetzung sichergestellt und der Compliance-Aufwand für die betroffenen Unternehmen nicht noch weiter erhöht. Die konkrete nationale Umsetzung wird seitens der OECD im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens weltweit überprüft werden.

3.6 GloBE-Mustervorschriften

Die GloBE-Mustervorschriften gliedern sich in zehn Kapitel.

Kapitel 1: Anwendungsbereich

Dieses Kapitel regelt den Anwendungsbereich der GloBE-Mustervorschriften. Es definiert zentrale Begriffe wie Gruppe, Umsatzhöhe, Rechtsträger, Betriebsstätte sowie oberste Muttergesellschaft. Zudem wird abschliessend geregelt, welche Rechtsträger nicht in den Anwendungsbereich fallen. Es sind dies staatliche Einheiten, internationale Organisationen und (gemeinnützige) Organisationen ohne Erwerbszweck, Pensionsfonds sowie Investmentfonds, falls es sich dabei um die oberste Muttergesellschaft handelt.

Kapitel 2: Festsetzungsregeln

In Kapitel 2 wird festgelegt, wie die IIR-Ergänzungssteuer auf die Muttergesellschaften aufzuteilen ist und wie ein Betrag aus der Anwendung der UTPR-Ergänzungssteuer innerhalb der Gruppe verteilt wird. Es wird auch festgehalten, dass die Anwendung der IIR-Ergänzungssteuer Vorrang hat gegenüber der UTPR-Ergänzungssteuer und dass grundsätzlich die oberste Muttergesellschaft die IIR anzuwenden hat.

Kapitel 3: Berechnung des GloBE-Gewinns oder -Verlusts

In diesem Kapitel wird definiert, wie die GloBE-Steuerbasis der betroffenen Geschäftseinheiten zu ermitteln ist. Ausgehend von dem für die Konzernrechnung massgebenden Jahresergebnis (Handelsbilanz 2) werden neun Bereiche definiert, welche in der Überleitung zur Bemessungsgrundlage zu berücksichtigen sind.

Kapitel 4: Berechnung der angepassten erfassten Steuern

Es wird definiert, welche Arten von Steuern grundsätzlich im Steueraufwand zu berücksichtigen sind und wie diese in einem zweiten Schritt um Positionen wie bspw. gewisse Arten von latenten Steuern oder Steuergutschriften zu bereinigen sind. Es wird auch geregelt, wie mit gewissen Anpassungen nach Abgabe der GloBE-Ergänzungssteuererklärung oder Steuersatzänderungen umzugehen ist.

Kapitel 5: Berechnung des effektiven Steuersatzes und der Ergänzungssteuer

Kapitel 5 hält fest, dass für die Beurteilung, ob eine Besteuerung unter 15 % vorliegt, die Bemessungsgrundlagen und Steueraufwendungen aller Geschäftseinheiten der Gruppe in dieser Jurisdiktion addiert werden ("jurisdictional blending"). Ferner wird bestimmt, dass eine allfällige IIR-Ergänzungssteuer nur auf jenen Teil erhoben wird, der die substanzbasierte Ausnahme ("Substance-based Income Exclusion") übersteigt. Im Sinne einer administrativen Vereinfachung hat die Gruppe die Option, für Jurisdiktionen, in denen sie im 3-Jahres-Durchschnitt einen Jahresumsatz von weniger als EUR 10 Mio. und einen Jahresgewinn von weniger als EUR 1 Mio. erzielt, die Ergänzungssteuer mit Null anzusetzen, wodurch sich eine gesonderte Berechnung der Ergänzungssteuer erübrigt.

Kapitel 6: Unternehmensumstrukturierungen und Beteiligungsstrukturen

In diesem Kapitel wird geregelt, wie mit Veränderungen im Konsolidierungskreis und konzerninternen Umstrukturierungen umzugehen ist.

Kapitel 7: Steuerneutralitätsregelungen und Ausschüttungssteuersysteme

Kapitel 7 enthält Vorschriften für Fälle, bei denen die oberste Muttergesellschaft in einem steuerneutralen Regime (Transparenz oder abziehbare Ausschüttungen) tätig ist und für Steuersysteme, bei welchen die Ertragssteuerbelastung erst bei Ausschüttung der Gewinne erfolgt. Zudem enthält es Bestimmungen, wie kontrollierte Investmentgesellschaften zu behandeln sind.

Kapitel 8: Verwaltung

Kapitel 8 hält fest, dass die Gruppe den Jurisdiktionen, in denen sie tätig ist, standardisierte Informationen (GloBE Information Return) zur Ermittlung der Steuerlast zur Verfügung stellt. Welche Informationen dies konkret sind, wird vom IF on BEPS noch festgelegt. Des Weiteren sollen sogenannte "Safe Harbour" bestimmt werden, um den administrativen Aufwand für die betroffenen Unternehmensgruppen zu reduzieren. Ebenfalls wird festgehalten, dass sich jedes Land, welches die Mindestbesteuerung umsetzt, bei deren Anwendung an die vereinbarten Verwaltungsbestimmungen ("Agreed Administrative Guidance") halten muss.

Kapitel 9: Übergangsregeln

Hier wird bestimmt, wie Gruppen vorzugehen haben, die erstmals in den Anwendungsbereich der GloBE-Mustervorschriften fallen. Des Weiteren werden die Parameter und deren Entwicklung für die Ermittlung der "Substance-based Income Exclusion" bestimmt. Zudem gibt es eine Ausnahmebestimmung für Gruppen, die am Beginn ihrer internationalen Tätigkeit stehen.

Kapitel 10: Begriffsbestimmungen

Kapitel 10 enthält eine Vielzahl von Begriffsdefinitionen.

3.7 Verfahrens- und Strafbestimmungen

Zur Erhebung der Ergänzungssteuern bedarf es diverser Verfahrensbestimmungen. Die Regelung der Verfahrensbestimmungen erfolgt mehrheitlich mittels Verweises auf die Verfahrensbestimmungen des Steuergesetzes, welche sodann sinngemäss Anwendung finden.

Aufgrund des bei Strafnormen geltenden verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebotes werden die Strafbestimmungen des Steuergesetzes nicht mittels Verweises auf die Bestimmungen des Steuergesetzes, sondern im Wortlaut übernommen.

4. VERNEHMLASSUNG

Der Vernehmlassungsbericht betreffend das Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz) sowie das Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG) wurde von der Regierung anlässlich ihrer Sitzung vom 28. März 2023 genehmigt und an die Gemeinden sowie folgende, Organisationen, Verbände und Behörden zur Stellungnahme bis zum 2. Juni 2023 übermittelt:

- alle Gemeinden
- Landessteuerkommission
- Landgericht
- Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer
- Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer
- Liechtensteinische Treuhandkammer
- Liechtensteinische Wirtschaftsprüfer-Vereinigung
- Liechtensteinischer Anlagefondsverband

- Liechtensteinischer Bankenverband
- Liechtensteinischer Versicherungsverband
- Rechtsdienst der Regierung
- Staatsanwaltschaft
- Stabsstelle EWR
- Verein unabhängiger Vermögensverwalter in Liechtenstein
- Vereinigung der Buchhalter, Büchlersachverständigen und Steuerberater in Liechtenstein
- Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen und Trusts (e.V.)
- Verwaltungsgerichtshof
- VP180a - Verband der Personen nach Art. 180a PGR

Seitens sämtlicher Gemeinden wurde auf eine Stellungnahme verzichtet bzw. ging keine Stellungnahme ein. Weiters verzichteten die Datenschutzstelle, der Liechtensteinische Bankenverband, die Liechtensteinische Rechtsanwaltskammer, die Vereinigung liechtensteinischer gemeinnütziger Stiftungen und Trusts (e.V.), der Verein unabhängiger Vermögensverwalter in Liechtenstein sowie die Liechtensteinische Wirtschaftsprüfer-Vereinigung auf eine Stellungnahme.

Stellungnahmen wurden von der CONFIDA Treuhand, Unternehmens- und Steuerberatung AG, der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Liechtensteinischen Treuhandkammer, Marxer & Partner Rechtsanwälte, PwC Liechtenstein sowie der Stabsstelle EWR eingereicht. Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer, PwC Liechtenstein sowie die Stabsstelle EWR begrüßen die Umsetzung der GloBE-Regelungen ausdrücklich. Keiner der weiteren Vernehmlassungsteilnehmer sprach sich im Grundsatz gegen die nationale Umsetzung noch deren konzeptionelle Gestaltung aus.

Seitens der übrigen eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmer gingen bis zum Ende der Vernehmlassungsfrist keine Stellungnahmen ein.

Die **Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer** befürwortet insbesondere die Einführung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer, durch die sichergestellt ist, dass kein liechtensteinisches Steuersubstrat ins Ausland abfließt. Weiters wird die Übernahme der GloBE-Mustervorschriften mittels direkten Verweises begrüßt und auf die Bedeutung des GloBE-Kommentars sowie der anderen relevanten Regelwerke der OECD/G20 zur Sicherstellung einer einheitlichen Auslegung hingewiesen. Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer verweist weiters auf die noch offenen Arbeiten auf OECD-Ebene, insbesondere in Zusammenhang mit den erforderlichen Steuererklärungen. Hier werden einfach gehaltene Lösungen erwartet, die den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten. Zudem soll Liechtenstein dem von der OECD geplanten Streitvermeidungs-/Streitbeilegungsmechanismus beitreten, um eine allfällige Doppelbesteuerung, bspw. durch eine unterschiedliche Auslegung der GloBE-Regelungen, zu vermeiden. Da davon auszugehen sei, dass die geplanten Mechanismen das Vorliegen eines Doppelbesteuerungsabkommens voraussetzten und das liechtensteinische DBA-Netzwerk im Vergleich zu anderen Industrie- und Dienstleistungsnationen noch relativ klein sei, fordert die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer die Regelung im Steuergesetz zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung zur Förderung der Standortattraktivität dringend auszuweiten. Sie fordert alle drohenden Doppelbesteuerungen mittels zeitgleicher Steuerfreistellung in Liechtenstein zu vermeiden. Dies sei ungeachtet der GloBE-Regelungen auch für andere Ursachen einer Doppelbesteuerung, insbesondere Verrechnungspreise, erforderlich. Darüber hinaus sei der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein Sorge zu tragen und die zusätzlichen Steuereinnahmen aus dem GloBE-Gesetz sollten in die Standortförderung investiert werden.

PwC Liechtenstein begrüsst insbesondere die Einführung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer und der IIR-Ergänzungssteuer sowie den direkten Verweis auf die GloBE-Mustervorschriften zwecks einheitlicher Umsetzung und Förderung der Rechtssicherheit. Ebenso wird die Übernahme der Regelungen für die Anfangsphase der internationalen Tätigkeit einer multinationalen Gruppe positiv ange-merkt. PwC Liechtenstein regt weiters die Einführung von GloBE-kompatiblen qua-lifizierten Tax Credits oder anderen Subventionen an, um die internationale Stand-ortattraktivität Liechtensteins zu fördern. Darüber hinaus wird u.a. auf die Kom-plexität und den administrativen Aufwand in Zusammenhang mit der UTPR-Ergän-zungssteuer hingewiesen, der sich im Verhältnis zu den erwarteten Steuereinnah-men nicht rechtfertige. Aus diesem Grund wird eine verzögerte Einführung der UTPR-Ergänzungssteuer empfohlen. Zudem äussert sich PwC Liechtenstein zu ein-zelnen Bestimmungen des GloBE-Gesetzes. Auf diese Kommentare wird in den Er-läuterungen in Kapitel 5 näher eingegangen.

Die Regierung kann das Vorbringen der Liechtensteinischen Industrie- und Han-delskammer betreffend wirtschaftlicher Doppelbesteuerung, wie auch den von ihr und PwC Liechtenstein vorgebrachten Punkt der Standortförderung nachvollzie-hen. Betreffend die Vermeidung von Doppelbesteuerung bekräftigt die Regierung ihr Bekenntnis, das DBA-Netzwerk Liechtensteins weiter ausbauen zu wollen, um den in Liechtenstein tätigen Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen zu bie-ten. Es muss aber zur Kenntnis genommen werden, dass der Ausbau des DBA-Netz-werks nicht mit dem gewünschten Tempo erfolgen kann und dass international tä-tige Unternehmensgruppen im Ausland vermehrt vertieften Verrechnungspreis-prüfungen ausgesetzt sind. Im Sinne einer Investition in den Wirtschaftsstandort Liechtenstein plant die Regierung im Sinne der Vernehmlassungseingabe der LIHK eine Ergänzung von Art. 63 SteG vertieft zu prüfen und in einer neuerlichen Anpas-sung des Steuergesetzes umzusetzen, sobald die Auswirkungen besser abschätzbar sind. Mit dieser noch detaillierter auszuarbeitenden Lösung sollen

Verrechnungspreiskorrekturen aus Transaktionen mit verbundenen Unternehmen durch eine ausländische Steuerbehörde bei der Ermittlung der Ertragssteuer des inländischen Steuerpflichtigen auf Antrag berücksichtigt werden, und zwar unabhängig davon, ob ein Doppelbesteuerungsabkommen oder Gegenseitigkeit mit dem involvierten Staat besteht. Weitere Massnahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit werden ebenfalls geprüft und nach Möglichkeit zeitnah umgesetzt.

Die **CONFIDA Treuhand, Unternehmens- und Steuerberatung AG** bezieht sich in ihrer Stellungnahme auf einzelnen Bestimmungen des GloBE-Gesetzes und wünscht diesbezüglich Klarstellung. Auf diese Kommentare wird in den Erläuterungen in Kapitel 5 näher eingegangen.

Marxer & Partner Rechtsanwälte weisen darauf hin, dass die GloBE-Mustervorschriften ausschliesslich multinational tätige Unternehmensgruppen umfassen. Die Erweiterung des Anwendungsbereiches des GloBE-Gesetzes auf "grosse inländische Gruppen" wird aufgrund der damit einhergehenden Standortnachteile kritisch gesehen. Ein von ihnen in Auftrag gegebenes Gutachten komme zum Schluss, dass Liechtenstein keine EWR-rechtliche Verpflichtung treffe, grosse inländische Gruppen den Mindestbesteuerungsregelungen zu unterwerfen. Die **Liechtensteinische Treuhandkammer** unterstützt in ihrer Vernehmlassungseingabe diese Ausführungen mit einem Verweis auf das Gutachten.

Auf die Stellungnahme der Marxer & Partner Rechtsanwälte sowie auf die im genannten Gutachten dargelegten Argumente wird in Kapitel 6.2 näher eingegangen.

Die **Stabsstelle EWR** weist darauf hin, dass die EU-Rechtsakte zur Umsetzung der Mindestbesteuerung innerhalb der EU vom Anwendungsbereich des EWR-Abkommens nicht umfasst sind. Die innerstaatliche Umsetzung der entsprechenden Vorschriften wird jedoch begrüsst. Aus Sicht der Stabsstelle EWR wird eine Umsetzung

der EU-Vorgaben, wonach auch "grosse inländische Gruppen" in den Anwendungsbereich aufzunehmen sind, befürwortet.

5. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER VERNEHMLASSUNG

5.1 Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz)

Zu Art. 1

Diese Bestimmung regelt den Gegenstand des GloBE-Gesetzes, nämlich die Mindestbesteuerung multinationaler Unternehmensgruppen und grosser inländischer Gruppen. Die Mindestbesteuerung erfolgt in Form einer liechtensteinischen Ergänzungssteuer (Art. 4 ff.) sowie einer IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer (Art. 7 ff.), welche bei inländischen Geschäftseinheiten erhoben werden.

Erwähnt sei, dass sich der Anwendungsbereich des GloBE-Gesetzes nicht mit jenem des Steuergesetzes deckt. Rechtsträger können nur vom Anwendungsbereich des Steuergesetzes, nur vom Anwendungsbereich des GloBE-Gesetzes oder von beiden Gesetzen erfasst sein.

Für Rechtsträger, die ausschliesslich in den Anwendungsbereich des Steuergesetzes fallen (z.B. KMUs), ändert sich nichts. In diesen Fällen findet ausschliesslich das Steuergesetz Anwendung.

Bei Rechtsträgern, die unter den Anwendungsbereich des Steuergesetzes und des GloBE-Gesetzes fallen, ist die Steuer nach dem Steuergesetz und nach dem GloBE-Gesetz zu erheben. Das bedeutet, dass in einem ersten Schritt die Steuer nach dem Steuergesetz zu berechnen ist, und anschliessend ist nach den Bestimmungen des GloBE-Gesetzes zu ermitteln, ob allenfalls eine zusätzliche Ergänzungssteuer zu entrichten ist. Diese Rechtsträger erhalten auch zwei Veranlagungsverfügungen.

Bei Rechtsträgern, die ausschliesslich unter den Anwendungsbereich des GloBE-Gesetzes fallen, ist die Steuer ausschliesslich nach dem GloBE-Gesetz zu erheben. Dies ist bspw. der Fall, wenn die GloBE-Mustervorschriften einen Rechtsträger erfassen, dieser jedoch nicht der Ertragssteuer nach Art. 44 ff. SteG unterliegt.

Zu Art. 2

Für die Umsetzung der Mindestbesteuerung ist in Abs. 1 geregelt, dass die GloBE-Mustervorschriften in der Fassung vom 14. Dezember 2021 – soweit im Gesetz nicht anders bestimmt – direkt anwendbar sind. Durch diesen Verweis wird sichergestellt, dass die Regelungen in Einklang mit dem globalen Standard angewendet werden. Mit dem direkten und statischen Verweis werden die GloBE-Mustervorschriften in das nationale Recht überführt (vgl. auch Ausführungen unter Kapitel 6.1.). Die GloBE-Mustervorschriften sollen auf der Internetseite der Steuerverwaltung veröffentlicht werden.

Die **CONFIDA Treuhand, Unternehmens- und Steuerberatung AG** merkt in ihrer Vernehmlassungseingabe an, dass das GloBE-Gesetz keine Aussage darüber treffe, ob und welche optionalen Bestimmungen der GloBE-Mustervorschriften gelten würden, und sie wünscht diesbezüglich um Klarstellung.

Die Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf ihre Ausführungen zu Art. 5 (Berechnung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer) und Art. 8 (Berechnung der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer), wonach sämtliche in den GloBE-Mustervorschriften enthaltenen Wahlrechte auch unter dem GloBE-Gesetz Anwendung finden, wobei im Falle der liechtensteinischen Ergänzungssteuer die besonderen Bestimmungen des Art. 5 Abs. 2 bei der Berechnung zu berücksichtigen sind. Die Möglichkeit der Anwendung dieser Wahlrechte ist durch den direkten Verweis auf die GloBE-Mustervorschriften in Art. 2 Abs. 1 sichergestellt.

Die GloBE-Mustervorschriften wurden in Englisch abgefasst, wobei zwischenzeitlich seitens der OECD eine deutsche Übersetzung⁵ veröffentlicht wurde. Massgebend ist jedoch die englische Fassung.

Zudem hat das IF on BEPS den GloBE-Kommentar, den "Safe Harbours and Penalty Relief: Global Anti-Base Erosion Rules (Pillar Two)"⁶ sowie die "Agreed Administration Guidance"⁷ zu den GloBE-Mustervorschriften erlassen und veröffentlicht. Der GloBE-Kommentar sowie die weiteren erwähnten Regelungen enthalten detaillierte Ausführungen zu den GloBE-Mustervorschriften. Eine weltweit einheitliche GloBE-Ergänzungssteuererklärung (GloBE Information Return) sowie eine Vorgehensweise zur Streitvermeidung und -lösung bei Anwendung der GloBE-Mustervorschriften (Tax Certainty) werden derzeit noch ausgearbeitet und sollen im Sommer 2023 vorliegen und damit nach Fertigstellung des vorliegenden Bericht und Antrags.

Dem GloBE-Kommentar und den weiteren durch das IF on BEPS beschlossenen und veröffentlichten Regelungen kommt eine zentrale Bedeutung bei der Auslegung der GloBE-Mustervorschriften und somit auch des GloBE-Gesetzes zu. Dies gilt auch für zukünftige Änderungen des GloBE-Kommentars. Nur so ist sichergestellt, dass die GloBE-Mustervorschriften international einheitlich angewendet werden sowie international kompatibel sind und ohne Doppelbesteuerung zum beabsichtigten Resultat führen. Aufgrund dieser Ausgangslage sind nationalen Interpretationen sehr enge Grenzen gesetzt bzw. sind diese nicht zulässig. Es ist dazu festzuhalten, dass hier über die nationale Sichtweise hinausgedacht werden muss.

⁵ Veröffentlicht unter <https://www.oecd-ilibrary.org/deliver/27dfde7e-de.pdf?itemId=%2Fcontent%2Fpublication%2F27dfde7e-de&mimeType=pdf>.

⁶ Veröffentlicht unter <https://www.oecd.org/tax/beps/safe-harbours-and-penalty-relief-global-anti-base-erosion-rules-pillar-two.pdf>.

⁷ Veröffentlicht unter <https://www.oecd.org/tax/beps/agreed-administrative-guidance-for-the-pillar-two-globe-rules.pdf>.

National unterschiedliche Interpretationen führen zu weiteren Unsicherheiten für die Rechtsanwender in einem ohnehin schon komplexen Umfeld.

Um dem GloBE-Kommentar sowie den vorstehend erwähnten Regelungen des IF on BEPS, welche wichtige Detailbestimmungen zu den GloBE-Mustervorschriften enthalten, Verbindlichkeit zu verleihen, sollen diese in der zum GloBE-Gesetz zu erlassenden Verordnung in geeigneter Weise für anwendbar erklärt werden.

PwC Liechtenstein regt an, diesbezüglich zu prüfen, ob Art. 2 um eine eigene Regelung zur Verordnungsermächtigung ergänzt werden soll.

Art. 30 (Art. 31 VV) enthält bereits eine Regelung, wonach die Regierung die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen erlassen kann. Aus Sicht der Regierung besteht daher keine Notwendigkeit eine gesonderte zusätzliche Verordnungsermächtigung in Art. 2 vorzusehen.

Die GloBE-Mustervorschriften enthalten an mehreren Stellen einen Platzhalter für die jeweilige Jurisdiktion, welche die Regelungen umsetzt. Bei der Anwendung der GloBE-Mustervorschriften gilt Liechtenstein als "Implementing Jurisdiction" (Abs. 2).

Zu Art. 3

Abs. 1 enthält die wichtigsten Begriffsbestimmungen und Bezeichnungen für die Anwendung des GloBE-Gesetzes und verweist dabei zumeist auf die entsprechende Definition in den GloBE-Mustervorschriften.

"Gruppe" ("Group") nach Art. 1.2.2 und 1.2.3 der GloBE-Mustervorschriften bedeutet eine Gruppe von Geschäftseinheiten, die durch Eigentum oder Beherrschung derart verbunden sind, dass die oberste Muttergesellschaft aufgrund der Bestimmungen eines anerkannten Rechnungslegungsstandards einen Konzernabschluss zu erstellen hat (Bst. a). Es ist nicht relevant, ob tatsächlich ein

Konzernabschluss erstellt wird oder aufgrund nationaler Bestimmungen zu erstellen ist. Entscheidend ist, ob eine Vollkonsolidierung (line-by-line) erfolgen würde, wenn die Gruppe bei Anwendung eines im Staat der obersten Muttergesellschaft anerkannten Rechnungslegungsstandards zur Erstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet wäre ("deemed consolidation"). Eine Gruppe ist somit bspw. auch eine Stiftung, eine Anstalt oder ein Trust mit Tochtergesellschaften, selbst wenn diese gemäss PGR nicht zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind. Unter die GloBE-Mustervorschriften fallen auch jene Rechtsträger, die aus Wesentlichkeitsgründen nicht im Konzernabschluss abgebildet sind.

Als "multinationale Unternehmensgruppe" ("MNE group") nach Art. 1.2 der GloBE-Mustervorschriften gilt jede Gruppe, die mindestens einen Rechtsträger oder eine Betriebsstätte umfasst, der/die nicht im Steuerhoheitsgebiet der obersten Muttergesellschaft gelegen ist (Bst. b).

Als "grosse inländische Gruppe" gilt jede Gruppe nach Bst. a, deren Geschäftseinheiten allesamt in Liechtenstein gelegen sind (Bst. c). Die GloBE-Mustervorschriften erfassen nur multinationale Unternehmensgruppen, die EU sieht die Aufnahme der «grossen inländischen Gruppe» jedoch explizit vor. Aufgrund des Diskriminierungsverbotes nach dem EWR-Abkommen ist es europarechtlich jedoch geboten, die Mindestbesteuerung auch auf jene Unternehmensgruppen zu erweitern, die ausschliesslich aus inländischen Geschäftseinheiten bestehen (vgl. Ausführungen in Kapitel 6.2).

Als "Rechtsträger" ("Entity") nach Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften gilt jede Rechtsperson ("legal person"), die keine natürliche Person ist oder eine Rechtsgestaltung ("arrangement"), die einen eigenen Abschluss erstellt, wie Personengesellschaften und Trusts (Bst. d). Aus der Definition geht hervor, dass der Begriff sehr weit zu verstehen ist, und im Wesentlichen lediglich natürliche Personen ausgenommen sind. Der Begriff umfasst damit insbesondere sämtliche

juristischen Personen (einschliesslich Stiftungen und Anstalten) sowie Trusts, aber auch Personengesellschaften.

Als "Geschäftseinheit" ("Constituent Entity") nach Art. 1.3.1 der GloBE-Mustervorschriften gilt ein Rechtsträger oder eine Betriebsstätte, der bzw. die Teil einer multinationalen Unternehmensgruppe ist (Bst. e). Diese Definition gilt sinngemäss auch für Geschäftseinheiten grosser inländischer Gruppen. Eine Geschäftseinheit umfasst insbesondere eine oberste Muttergesellschaft, sämtliche Tochtergesellschaften, Enkelgesellschaften, ein Stammhaus, aber auch (zivilrechtlich nicht selbständige) Betriebsstätten. Ein ausgenommener Rechtsträger gilt nicht als Geschäftseinheit (vgl. Art. 1.3.3 der GloBE-Mustervorschriften).

Das GloBE-Gesetz unterscheidet zwischen inländischen und ausländischen Geschäftseinheiten. Als "inländische Geschäftseinheit" gilt eine Geschäftseinheit, die nach den GloBE-Mustervorschriften als in Liechtenstein gelegen gilt (Bst. f). Die Belegenheit einer Geschäftseinheit ist im Wesentlichen in Art. 10.3. der GloBE-Mustervorschriften geregelt. Die Belegenheit einer Geschäftseinheit, die keine transparente Gesellschaft ist, richtet sich ähnlich wie in Art. 4 Abs. 1 des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen nach einem ortbezogenen Kriterium (bspw. Ort der Geschäftsleitung, Gründungsort). Eine Geschäftseinheit gilt – vorbehaltlich einer allfälligen doppelten Ansässigkeit – als in Liechtenstein gelegen, wenn sich Sitz oder Ort der tatsächlichen Verwaltung in Liechtenstein befindet bzw. wenn sie nach inländischem Recht errichtet wurde. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Geschäftseinheit ausschliesslich der Mindestertragssteuer unterliegt. Transparente Gesellschaften gelten grundsätzlich als «staatenlos», es sei denn, es handelt sich um die oberste Muttergesellschaft oder sie ist verpflichtet, eine IIR-Ergänzungssteuer oder eine anerkannte nationale Ergänzungssteuer (QDMTT) anzuwenden. In diesem Fall gilt eine transparente Gesellschaft als in dem Steuerhoheitsgebiet gelegen, in dem sie

gegründet wurde. Eine Betriebsstätte ist grundsätzlich dort gelegen, wo sie als solche behandelt und steuerlich erfasst wird. Die GloBE-Mustervorschriften kennen eigene Regelungen für Geschäftseinheiten, die in zwei Steuerhoheitsgebieten gelegen sind. Wird der Ort der Belegenheit einer Geschäftseinheit verlegt, so wird auf den Ort zu Beginn des Geschäftsjahres abgestellt.

Als "Konzernabschluss" ("Consolidated Financial Statements") nach Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften gilt insbesondere ein von einem Rechtsträger im Einklang mit einem anerkannten Rechnungslegungsstandard erstellter Abschluss, in dem die Vermögenswerte, Schulden, Erträge, Aufwendungen und Zahlungsströme dieses Rechtsträgers und aller von ihm beherrschten Rechtsträger so dargestellt werden, als gehörten sie zu einer einzigen wirtschaftlichen Einheit (Bst. g). Die GloBE-Mustervorschriften enthalten auch Regelungen zum Verhältnis Stammhaus und Betriebsstätte sowie einen "deemed consolidation test", sofern keine handelsrechtliche Pflicht zur Erstellung eines Konzernabschlusses besteht (vgl. Erläuterung zu Bst. a). Als "anerkannter Rechnungslegungsstandard" ("Acceptable Financial Accounting Standard") gelten internationale Rechnungslegungsstandards (US GAAP, IFRS und von der EU angenommene IFRS gemäss der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die auch in das EWR-Abkommen übernommen wurden (vgl. Art. 1139 PGR)). Darüber hinaus sind einzelne allgemein anerkannte Rechnungslegungsgrundsätze aus bestimmten Jurisdiktionen explizit angeführt, darunter auch jene der EWR-Mitgliedstaaten. Somit gelten auch die PGR-Rechnungslegungsgrundsätze als "anerkannter Rechnungslegungsstandard". Innerhalb eines Konzerns sind die Rechnungslegungsgrundsätze einheitlich anzuwenden. Wird der Konzernabschluss bspw. nach IFRS erstellt, können einzelne Geschäftseinheiten nicht einen anderen anerkannten Rechnungslegungsstandard (bspw. PGR) anwenden. Befindet sich die oberste Muttergesellschaft in Liechtenstein, so kann diese – aufgrund der Bestimmungen des PGR – für die Erstellung des Konzernabschlusses zwischen IFRS und PGR wählen.

PwC Liechtenstein regt in der Vernehmlassungseingabe an zu analysieren, ob im PGR auch weitere Rechnungslegungsstandards neben PGR und IFRS akzeptiert werden können.

Die Regierung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dies aufgrund der EWR-rechtlichen Vorgaben zur Rechnungslegung nicht möglich ist.

Als "Steuerpflichtige" gelten jene inländischen Geschäftseinheiten, denen eine Ergänzungssteuer nach diesem Gesetz zugerechnet wird bzw. bei denen die zugerechnete Ergänzungssteuer erhoben wird (Bst. h). Benennen beispielsweise sämtliche inländischen Geschäftseinheiten eine Geschäftseinheit für die Zurechnung und Erhebung einer Ergänzungssteuer (vgl. Art. 6 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 2), so gilt diese benannte inländische Geschäftseinheit als steuerpflichtig.

Sämtliche Begriffe, die im GloBE-Gesetz nicht eigens definiert sind, sind im Sinne der GloBE-Mustervorschriften (insbesondere Art. 10.1.1) zu verstehen.

Abs. 2 stellt klar, dass unter den verwendeten Personenbezeichnungen alle Personen unabhängig ihres Geschlechts zu verstehen sind, sofern sich die Personenbezeichnungen nicht ausdrücklich auf ein bestimmtes Geschlecht beziehen.

Zu Art. 4

Abs. 1 legt fest, dass es sich bei der liechtensteinischen Ergänzungssteuer um eine "Qualified Domestic Minimum Top-up Tax" (QDMTT) gemäss Definition in Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften handelt.

Abs. 1 regelt darüber hinaus den Anwendungsbereich der liechtensteinischen Ergänzungssteuer. Der liechtensteinischen Ergänzungssteuer unterliegen sämtliche inländischen Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen inländischen Gruppe, sofern deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem

geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens EUR 750 Mio. erreicht.

Durch die liechtensteinische Ergänzungssteuer wird sichergestellt, dass in Bezug auf sämtliche von den GloBE-Mustervorschriften erfassten inländischen Geschäftseinheiten die erforderliche Mindestbesteuerung erreicht wird. Somit besteht im Ausland kein Anwendungsbereich für die IIR- oder UTPR-Ergänzungssteuer. Würde Liechtenstein keine Ergänzungssteuer im Sinne einer QDMTT einführen, so würde Liechtenstein auf das Steuersubstrat zugunsten des Auslands verzichten.

Abs. 2 hält fest, dass die liechtensteinische Ergänzungssteuer auch auf Joint Ventures und deren Tochtergesellschaften nach Massgaben von Art. 6.4 der GloBE-Mustervorschriften anzuwenden ist.

Gemäss dem internationalen Konsens vom 8. Oktober 2021 kann eine IIR-Ergänzungssteuer auch unterhalb des Schwellenwertes von EUR 750 Mio. eingeführt werden. Damit Liechtenstein auch in derartigen Situationen seine wirtschaftspolitischen und fiskalischen Interessen wahren kann, unterliegen die inländischen Geschäftseinheiten nach Abs. 3 ebenfalls der liechtensteinischen Ergänzungssteuer, falls im Steuerhoheitsgebiet der obersten Muttergesellschaft einer multinationalen Unternehmensgruppe ein tieferer Schwellenwert als EUR 750 Mio. für die Anwendung der GloBE-Mustervorschriften gilt.

Zu Art. 5

Ziel der liechtensteinischen Ergänzungssteuer ist es, jedenfalls das gleiche Ergebnis bzw. die gleiche Steuerlast wie unter der IIR-Ergänzungssteuer zu erreichen. Damit wird sichergestellt, dass durch die liechtensteinische Ergänzungssteuer das vorgegebene Mindestbesteuerungsniveau erreicht wird, womit im Ausland kein

Anwendungsbereich für eine IIR oder UTPR gegenüber inländischen Geschäftseinheiten besteht.

Die GloBE-Mustervorschriften regeln im Detail die Erhebung der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer. Damit die liechtensteinische Ergänzungssteuer das gleiche Resultat liefert wie die IIR, sind die Art. 5.1 bis 5.6 der GloBE-Mustervorschriften sinngemäss anzuwenden, wobei bei der Berechnung die Regelungen des Abs. 2 und 4 zu berücksichtigen sind (Abs. 1). Stehen der Gruppe gemäss GloBE-Mustervorschriften Wahlrechte zu, so sind diese auch für die liechtensteinische Ergänzungssteuer sinngemäss anwendbar.

Gemäss Abs. 2 Bst. a ist bei der Formel für die Ermittlung der IIR-Ergänzungssteuer gemäss Art. 5.2.3 der GloBE-Mustervorschriften der Betrag der QDMTT nicht in Abzug zu bringen, da mit dieser Formel eben gerade die liechtensteinische Ergänzungssteuer ermittelt wird.

Abs. 2 Bst. b hält fest, dass bei nicht 100 %-igen Tochtergesellschaften die liechtensteinische Ergänzungssteuer im Umfang von 100 % geschuldet ist. Dies ist eine Umsetzung der vom IF on BEPS am 1. Februar 2023 beschlossenen "Agreed Administrative Guidance" betreffend die Behandlung nicht 100 %-iger Tochtergesellschaften.

Abs. 2 Bst. c hält einschränkend fest, dass für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage der liechtensteinischen Ergänzungssteuer jeweils der von der obersten Muttergesellschaft für den Konzernabschluss angewandte Rechnungslegungsstandard zu verwenden ist. Damit wird einerseits sichergestellt, dass die liechtensteinische Ergänzungssteuer der andernfalls resultierenden IIR-Ergänzungssteuer entspricht und andererseits der Zusatzaufwand des Unternehmens für die Ermittlung der GloBE-Steuerbasis nicht weiter erhöht wird.

Gemäss Abs. 2 Bst. d sind Joint Ventures und deren Geschäftseinheiten für Zwecke der liechtensteinischen Ergänzungssteuer wie eine eigene multinationale Unternehmensgruppe zu behandeln.

Der Mindeststeuersatz für die liechtensteinische Ergänzungssteuer beträgt analog zur IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer 15 % (Abs. 3).

Abs. 4 Bst. a regelt die Anfangsphase der internationalen Tätigkeit der multinationalen Unternehmensgruppe unter den Voraussetzungen des Art. 9.3.2 der GloBE-Mustervorschriften. In den ersten fünf Jahren der Internationalisierung der Gruppe darf das Ausland nach den GloBE-Mustervorschriften keine UTPR-Ergänzungssteuer auf inländische Geschäftseinheiten anwenden. Für diesen Zeitraum soll auch die liechtensteinische Ergänzungssteuer auf Null gesetzt werden, sofern im Ausland keine Ergänzungssteuer in Bezug auf liechtensteinischen Geschäftseinheiten zur Anwendung gelangt. In diesem Fall kann auf eine Berechnung der Ergänzungssteuer verzichtet werden.

In Anlehnung an die Ausnahmebestimmung betreffend den Beginn der internationalen Tätigkeit sollen grosse inländische Gruppen von der liechtensteinischen Ergänzungssteuer während fünf Jahren ab der erstmaligen Anwendung dieses Gesetzes befreit sein (Abs. 4 Bst. b). Dies entspricht auch der Regelung der EU-Richtlinie, in welcher die IIR-Ergänzungssteuer für grosse inländische Gruppen während den ersten fünf Jahren ab erstmaliger Anwendung der GloBE-Mustervorschriften nicht Anwendung findet.

Zu Art. 6

Die Ergänzungssteuer nach den GloBE-Mustervorschriften wird auf Jurisdiktionsebene berechnet ("jurisdictional blending"), weshalb für die liechtensteinische Ergänzungssteuer festzulegen ist, wer im Falle mehrerer inländischer Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen

inländischen Gruppe welchen Anteil an der Ergänzungssteuer zu tragen hat.

Abs. 1: Im Falle mehrerer inländischer Geschäftseinheiten können diese eine oder mehrere Geschäftseinheiten aus ihrem Kreis bestimmen, welcher/n die liechtensteinische Ergänzungssteuer zugerechnet bzw. bei welcher/n die zugerechnete Ergänzungssteuer erhoben wird. Entrichten die inländischen Geschäftseinheiten, welche bestimmt wurden, die liechtensteinische Ergänzungssteuer nicht, haften die anderen inländischen Geschäftseinheiten solidarisch für die Entrichtung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer.

Abs. 2: Erfolgt keine Benennung im Sinne von Abs. 1, erfolgt eine Zurechnung bzw. Erhebung nach Massgabe des Betrags der Ergänzungssteuer, der sich bei einer Berechnung anhand der Einzelabschlüsse der Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe sowie einer grossen inländischen Gruppe ergibt. Dazu werden die massgebenden Steuern, der massgebende Gewinn sowie der Gewinnüberschuss (Berücksichtigung der "Substance-based Income Exclusion") für jede Geschäftseinheit auf Basis des den GloBE-Mustervorschriften entsprechenden Einzelabschlusses ermittelt.

Zu Art. 7

Diese Bestimmung regelt den Anwendungsbereich der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer.

Abs. 1: Der IIR-Ergänzungssteuer unterliegen Muttergesellschaften einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen inländischen Gruppe für den ihnen zuzurechnenden Anteil an der IIR-Ergänzungssteuer für niedrig besteuerte Geschäftseinheiten der Gruppe, sofern deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens EUR 750 Mio. erzielt (vgl. Art. 2.1 bis 2.3 der GloBE-Mustervorschriften).

In Bezug auf inländische Geschäftseinheiten ergibt sich aufgrund der liechtensteinischen Ergänzungssteuer (vgl. Art. 4 ff.) keine zusätzliche Besteuerung durch die IIR-Ergänzungssteuer, da bei der Ermittlung der IIR-Ergänzungssteuer die liechtensteinische Ergänzungssteuer angerechnet wird und die liechtensteinische Ergänzungssteuer grundsätzlich nach den gleichen Bestimmungen berechnet wird wie die IIR-Ergänzungssteuer.

Gemäss PwC Liechtenstein sei unklar, ob im Falle von grossen inländischen Gruppen die liechtensteinische Ergänzungssteuer oder die IIR-Ergänzungssteuer gilt.

Die Regierung verweist auf die obigen Ausführungen, wonach die liechtensteinische Ergänzungssteuer sowohl bei multinationalen Unternehmensgruppen als auch bei grossen inländischen Gruppen vorrangig Anwendung findet. In beiden Fällen kommt es durch die Anrechnung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer zu keiner zusätzlichen Besteuerung durch die IIR-Ergänzungssteuer.

Die IIR-Ergänzungssteuer betrifft inländische Geschäftseinheiten, die Muttergesellschaften sind. Hierbei kann es sich um in Liechtenstein ansässige oberste Muttergesellschaften, zwischengeschaltete Muttergesellschaften sowie in Teilbesitz stehende Muttergesellschaften handeln.

Durch die Einführung der IIR-Ergänzungssteuer besteht im Ausland kein Anwendungsbereich für eine ausländische UTPR-Ergänzungssteuer. Würde Liechtenstein keine IIR-Ergänzungssteuer einführen, so könnten andere Länder, in denen die Gruppe ebenfalls tätig ist, die in Liechtenstein nicht erhobene IIR-Ergänzungssteuer aufgrund der UTPR-Ergänzungssteuer erheben und aufteilen, d.h. Liechtenstein würde auf das Steuersubstrat zugunsten des Auslands verzichten.

Abs. 2: Der UTPR-Ergänzungssteuer unterliegen inländische Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe mit dem Liechtenstein zuzurechnenden Anteil an der UTPR-Ergänzungssteuer für ausländische niedrig besteuerte

Geschäftseinheiten, sofern deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens EUR 750 Mio. erzielt (vgl. Art. 2.4 und 2.5 der GloBE-Mustervorschriften). Die UTPR-Ergänzungssteuer gilt, anders als die liechtensteinischen Ergänzungssteuer und die IIR-Ergänzungssteuer, ausschliesslich für multinationale Unternehmensgruppen.

Die UTPR-Ergänzungssteuer ist grundsätzlich als Regelung konzipiert, nach der ein steuerlicher Abzug in entsprechender Höhe verweigert wird, um die effektive Mindestbesteuerung sicherzustellen. Dies bringt jedoch zahlreiche Schwierigkeiten und Herausforderungen in der praktischen Anwendung mit sich, sodass gemäss den GloBE-Mustervorschriften alternativ auch eine entsprechende Anpassung ("equivalent adjustment"), u.a. in Form einer bei den ansässigen Geschäftseinheiten zusätzlich erhobenen Steuer, möglich ist (vgl. Ziff. 46 des GloBE-Kommentars zu Art. 2.4.1). Die zuzurechnende Ergänzungssteuer muss zu einem zahlbaren Steueraufwand ("additional cash tax expense") führen. Eine Reduktion eines Verlustes, wodurch erst in Folgejahren ein höherer Steueraufwand zahlbar wird, ist hierbei nicht zulässig (vgl. Ziff. 47 des GloBE-Kommentars zu Art. 2.4.1).

Die UTPR-Ergänzungssteuer stellt die effektive Mindestbesteuerung einer multinationalen Unternehmensgruppe als letztes Mittel sicher, d.h. diese kommt nach den GloBE-Mustervorschriften nur dann zur Anwendung, wenn die Mindestbesteuerung nicht durch eine anerkannte IIR-Ergänzungssteuer oder durch eine anerkannte nationale Ergänzungssteuer gewährleistet wird.

PwC Liechtenstein hält fest, dass sich durch die Art der Umsetzung der UTPR in Liechtenstein der Charakter der Regelung geändert hätte und diese Regelung daher als "Undertaxed Profits Rule" zu bezeichnen wäre. Zudem solle sowohl für die liechtensteinische Ergänzungssteuer als auch für die IIR- und UTPR-

Ergänzungssteuer eine temporäre Ausnahme geschaffen werden, sofern kein anderer Staat eine Mindeststeuer gemäss den GloBE-Regelungen erhebe.

Wie oben ausgeführt, ermöglicht der GloBE-Kommentar die UTPR alternativ als zusätzlich erhobene Steuer auszugestalten, ohne dass der GloBE-Kommentar die UTPR in diesen Fällen in "Undertaxed Profits Rule" umbenennt. Die Regierung hält daher an der Bezeichnung "Undertaxed Payments Rule" fest. Weiters ist festzuhalten, dass eine temporäre Ausnahme auf sämtliche Arten von Ergänzungssteuern aus Sicht der Regierung nicht mit dem internationalen Konsens der Einführung einer globalen Mindestbesteuerung vereinbar ist, zumal die GloBE-Mustervorschriften selbst bereits temporäre Ausnahmen vorsehen (bspw. die Nichtanwendung der UTPR-Ergänzungssteuer während der ersten fünf Jahre der internationalen Tätigkeit nach Art. 9.3 der GloBE-Mustervorschriften).

Zu Art. 8

Für die Berechnung der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer gelten vorbehaltlich Abs. 3 die Art. 5.1 bis 5.6 der GloBE-Mustervorschriften einschliesslich der dort enthaltenen Wahlrechte (Abs. 1).

Der Steuersatz für die IIR- und die UTPR-Ergänzungssteuer beträgt nach Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften 15 % (Abs. 2).

Nach Abs. 3 wird die IIR-Ergänzungssteuer auf inländische Geschäftseinheiten innerhalb der 5-jährigen Anfangsphase der internationalen Tätigkeit der Gruppe sowie bei einer grossen inländischen Gruppe innerhalb der ersten fünf Jahre nach Überschreiten der Umsatzschwelle – analog zur liechtensteinischen Ergänzungssteuer – auf Null gesetzt (vgl. dazu die Erläuterungen zu Art. 5 Abs. 4). Die Nichtanwendung der UTPR-Ergänzungssteuer während der ersten fünf Jahre der internationalen Tätigkeit ist nicht gesondert zu regeln, da diese in Art. 9.3 der GloBE-

Mustervorschriften, welche gemäss Art. 2 Abs. 1 für anwendbar erklärt werden, enthalten ist.

Zu Art. 9

Abs. 1: Die IIR-Ergänzungssteuer betrifft inländische Geschäftseinheiten, die Muttergesellschaften sind. Die Zurechnung und Erhebung der IIR-Ergänzungssteuer soll nach Massgabe der GloBE-Mustervorschriften erfolgen, d.h. bei der Muttergesellschaft.

Abs. 2: Da die UTPR-Ergänzungssteuer nach den GloBE-Mustervorschriften auf Jurisdiktionsebene berechnet wird ("jurisdictional blending"), ist für diese Ergänzungssteuer festzulegen, wer im Falle mehrerer inländischer Geschäftseinheiten welchen Anteil an der Ergänzungssteuer zu tragen hat. Im Falle mehrerer inländischer Geschäftseinheiten können diese eine oder mehrere Geschäftseinheiten aus ihrem Kreis bestimmen, welcher/n die UTPR-Ergänzungssteuer zugerechnet bzw. bei welcher/n die zugerechnete Ergänzungssteuer erhoben wird. Entrichten die inländischen Geschäftseinheiten, welche bestimmt wurden, die UTPR-Ergänzungssteuer nicht, haften die anderen inländischen Geschäftseinheiten solidarisch für die Entrichtung der Ergänzungssteuer.

Abs. 3: Erfolgt keine Benennung im Sinne von Abs. 2, ist die UTPR-Ergänzungssteuer den einzelnen inländischen Geschäftseinheiten zuzurechnen. Die UTPR-Ergänzungssteuer soll im Falle mehrerer inländischer Geschäftseinheiten den Geschäftseinheiten nach Massgabe ihrer Ergebnisse auf Basis des den GloBE-Mustervorschriften entsprechenden Einzelabschlusses zugerechnet und bei diesen erhoben werden.

Zu Art. 10

Die Einnahmen aus den Ergänzungssteuern werden unter sinngemässer Anwendung von Art. 74 SteG zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt.

Zu Art. 11

Der Vollzug dieses Gesetzes erfolgt durch die Steuerverwaltung. Ihr obliegt aufgrund dessen die Erhebung und der Bezug der Ergänzungssteuern. Zudem ist sie Strafbehörde betreffend Übertretungen nach diesem Gesetz (Verletzung von Verfahrenspflichten sowie Steuerhinterziehung).

Zu Art. 12

Zur Erhebung der Ergänzungssteuern bedarf es diverser Verfahrensbestimmungen. Die Regelung der Verfahrensbestimmungen in Zusammenhang mit den Ergänzungssteuern erfolgt in der Weise, dass auf die Verfahrensbestimmungen des Steuergesetzes verwiesen wird, welche sinngemässe Anwendung finden, soweit das GloBE-Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält (vgl. Art. 13 und 14).

In dieser Bestimmung werden die Bestimmungen des Steuergesetzes aufgelistet, welche sinngemäss anwendbar sind. Dies sind folgende Bestimmungen des Steuergesetzes:

- Art. 83 Amtsgeheimnis
- Art. 84 Verwaltungshilfe
- Art. 85 Anzeigepflicht
- Art. 86 Verarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten
- Art. 88 Akteneinsicht
- Art. 89 Beweisaufnahme
- Art. 90 Vertragliche Vertretung
- Art. 91 Notwendige Vertretung
- Art. 93 Sachverhaltsfeststellung
- Art. 93a Verbindliche Auskünfte und Zusagen
- Art. 94 Steuererklärung
- Art. 95 Einreichung der Steuererklärung

- Art. 97 Weitere Mitwirkungspflichten
- Art. 98 Elektronischer Datenaustausch
- Art. 102 Durchführung der Veranlagung
- Art. 103 Veranlagungsverfügung
- Art. 111 Mithaftung
- Art. 113 Entstehung und Fälligkeit der Steuerforderung
- Art. 114 Zahlung der Steuerforderung und Verzugszins
- Art. 115 Veranlagungsverjährung
- Art. 116 Einsprache an die Steuerverwaltung
- Art. 117 Beschwerde an die Landessteuerkommission
- Art. 118 Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof
- Art. 119 Grundsatz
- Art. 120 Nachsteuer – Voraussetzungen
- Art. 123 Revision
- Art. 124 Verständigungsvereinbarung und Schiedsspruch
- Art. 128 Bezugsverjährung – Grundsatz
- Art. 130 Rückforderung bezahlter Steuern
- Art. 131 Zahlungserleichterungen
- Art. 133 Steuersicherung
- Art. 133a Löschung im Handelsregister

Zu Art. 13

Diese Bestimmung enthält abweichende Regelungen zu Art. 94 SteG.

Abs. 1 regelt, welche Steuererklärungen die Steuerpflichtigen einzureichen haben.

Steuerpflichtige, die der liechtensteinischen Ergänzungssteuer unterliegen, haben die Steuererklärung für die liechtensteinische Ergänzungssteuer einzureichen (Bst. a).

Steuerpflichtige, die der IIR- bzw. UTPR-Ergänzungssteuer unterliegen, haben die entsprechenden Steuererklärungen einzureichen (Bst. b).

Steuerpflichtige haben auch die GloBE-Ergänzungssteuererklärung ("GloBE Information Return") der Gruppe einzureichen (Bst. c). Diese soll via behördlichem Informationsaustausch mit den anderen betroffenen Ländern ausgetauscht werden. Es ist davon auszugehen, dass dies auf Basis des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (MAK) sowie einer entsprechenden multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden (MCAA) erfolgen wird. Das entsprechende XML-Schema als technische Grundlage für den Austausch wird derzeit von der zuständigen OECD-Arbeitsgruppe erarbeitet.

Die CONFIDA Treuhand, Unternehmens- und Steuerberatung AG wirft die Frage auf, ob bereits konkreter absehbar ist, welche Informationen im Rahmen der GloBE-Ergänzungssteuererklärung zu deklarieren sind.

Die Arbeiten an der GloBE-Ergänzungssteuererklärung sind seitens der zuständigen OECD-Arbeitsgruppe noch nicht finalisiert. Die Regierung wird weitere Details hierzu im Rahmen der Verordnung regeln.

Die GloBE-Ergänzungssteuererklärung kann auch durch die oberste Muttergesellschaft als "Designated Local Entity" gemäss Art. 8.1 der GloBE-Mustervorschriften eingereicht werden, womit sich die Einreichung durch die übrigen Geschäftseinheiten erübrigt.

Abs. 2: Die Steuerpflichtigen werden mittels amtlicher Kundmachung auf ihre Steuerpflicht gemäss GloBE-Gesetz bzw. ihre Pflicht zur Einreichung der Steuererklärung aufmerksam gemacht.

Abs. 3: Das IF on BEPS hat verschiedene Vorgaben zum Inhalt und der Form der Ergänzungssteuererklärung sowie zu den Einreichungsfristen und den

einreichenden Unterlagen beschlossen bzw. wird diese in nächster Zeit beschlossen. Diese detaillierten Vorgaben sollen auf Verordnungsebene übernommen und geregelt werden.

Zu Art. 14

Diese Bestimmung enthält abweichende Regelungen zu Art. 120 und Art. 123 SteG.

Die liechtensteinische Ergänzungssteuer wird in Abhängigkeit der Steuern nach dem Steuergesetz festgesetzt. Die liechtensteinische Ergänzungssteuer entspricht der Differenz der Steuerveranlagung gemäss dem Steuergesetz zur Mindeststeuer von 15 % gemäss dem GloBE-Gesetz.

Die IIR- und UTPR-Ergänzungssteuern werden bei multinationalen Unternehmensgruppen in Abhängigkeit der Besteuerung der ausländischen Geschäftseinheiten festgesetzt. Unterliegen die ausländischen Geschäftseinheiten einer Besteuerung unter 15 %, wird der Differenzbetrag zur Mindeststeuer von 15 % gemäss dem GloBE-Gesetz bei inländischen Geschäftseinheiten erhoben.

Es kann der Fall eintreten, dass die Veranlagung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer sowie der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuern vor den inländischen Steuerveranlagungen nach dem Steuergesetz bzw. den ausländischen Steuerveranlagungen, nach welchen sich die Höhe (Differenzbetrag) der liechtensteinischen Ergänzungssteuer sowie der IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer bemisst, in Rechtskraft erwächst. Es wird sodann festgehalten, dass Änderungen von inländischen und ausländischen Steuerveranlagungen einen Grund für die Änderung von rechtskräftigen Ergänzungssteuerveranlagungen bilden können. Die Änderung der inländischen und ausländischen Steuerveranlagung kann zu einer Änderung der veranlagten Ergänzungssteuern zugunsten der Steuerpflichtigen (Revision) oder zu Ungunsten (Nachsteuer) führen.

Ein Revisions- bzw. Nachbesteuerungsgrund liegt jedoch nur dann vor, wenn die Änderung der rechtskräftigen Veranlagung dazu dient, die ordnungsgemässe Erhebung der Mindestbesteuerung nach den GloBE-Mustervorschriften herzustellen bzw. in Einklang mit den GloBE-Mustervorschriften eine ungewollte Doppelbesteuerung bzw. doppelte Nichtbesteuerung zu vermeiden.

Gemäss geltendem Steuergesetz beträgt die ordentliche Verwirkungsfrist für die Erhebung von Nachsteuern 5 Jahre ab Ende des entsprechenden Steuerjahres bzw. die ausserordentliche Verwirkungsfrist 10 Jahre. Bei der Revision beträgt die Verjährung 90 Tage ab Entdeckung des Revisionsgrundes bzw. 10 Jahre nach der Veranlagung. Diese Fristen können unter Umständen zu kurz sein, wenn sich Rechtsmittelverfahren betreffend Steuerveranlagungen in die Länge ziehen. Korrekturen sollen deshalb unabhängig von Verwirkungs- bzw. Verjährungsfristen möglich sein.

Zu Art. 15

Abs. 1 dieser Bestimmung regelt den Tatbestand und den Bussenrahmen für die Verletzung von Verfahrenspflichtigen analog zu Art. 135 SteG.

Der GloBE-Ergänzungssteuererklärung kommt bei der Sicherstellung der effektiven Mindestbesteuerung eine zentrale Funktion zu, weshalb das vorsätzliche oder fahrlässige Nichteinreichen mit höheren Bussen bestraft werden soll und somit ein höherer Bussenrahmen festgelegt wird.

Zu Art. 16

Diese Bestimmung regelt die Steuerhinterziehung, den Versuch der Steuerhinterziehung sowie die Beteiligung bei der Steuerhinterziehung analog Art. 137 bis Art. 139 SteG.

Zu Art. 17

Abs. 1 dieser Bestimmung regelt den Steuerbetrug analog zu Art. 140 SteG. In Abs. 2 wird klarstellend festgehalten, dass sich die Strafbarkeit des Versuches und der Beteiligung nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches richten.

Zu Art. 18

Diese Bestimmung regelt die Selbstanzeige analog zu Art. 142 SteG.

Zu Art. 19

Diese Bestimmung regelt die Verantwortlichkeiten bei Geschäftseinheiten. Die Regelung ist analog zu Art. 143 SteG ausgestaltet, wobei zu beachten ist, dass der Begriff "Geschäftseinheiten" gemäss den GloBE-Mustervorschriften und somit auch für Zwecke dieses Gesetzes weit gefasst ist, da er Rechtsträger aber auch Betriebsstätten umfasst (vgl. Ausführungen zu Art. 3 Abs. 1 Bst. e). Der Begriff "Rechtsträger" umfasst wiederum Rechtspersonen und Rechtsgestaltungen, insbesondere daher auch Stiftungen, Anstalten und Trusts, aber auch Personengesellschaften (vgl. Ausführungen zu Art. 3 Abs. 1 Bst. d). Da gemäss den GloBE-Mustervorschriften und entsprechend diesem Gesetz sämtliche "Geschäftseinheiten" – ungeachtet der Regelungen des PGR – Träger von Rechten und Pflichten sein können, sollen diese für den Anwendungsbereich dieses Gesetzes auch strafbar sein und für Widerhandlungen direkt zur Verantwortung gezogen werden. Insofern gehen die Regelungen des Art. 19 jenen des PGR vor bzw. begründen eine eigene strafrechtliche Verantwortlichkeit ungeachtet der Tatsache, ob eine Geschäftseinheit gemäss PGR Rechtspersönlichkeit besitzt oder nicht. Im Falle von Widerhandlungen bspw. eines Trusts ist daher der Trust und nicht der Trustee des Trusts zu büssen. Wird die Busse von der Geschäftseinheit nicht bezahlt, so haften für die verhängten Bussen die zum Tatzeitpunkt vertretungsbefugten Organe solidarisch (Abs. 3). Bei Vergehen nach Art. 17 werden die zum Tatzeitpunkt vertretungsbefugten Organe bestraft (Abs. 4).

Zu Art. 20

Diese Bestimmung regelt die Haftung in Vertretungsfällen analog zu Art. 144 SteG.

Zu Art. 21

Diese Bestimmung regelt die Verjährung der Strafverfolgung und Strafvollstreckung analog zu Art. 145 SteG.

Zu Art. 22

Diese Bestimmung entspricht Art. 146 SteG.

Zu Art. 23 (Art. 24 VV)

In Analogie zu Art. 148 SteG ist für die Verfolgung von Verfahrensverletzungen und Steuerhinterziehungen die Steuerverwaltung und für die Verfolgung von Steuerbetrug das Landgericht zuständig.

Zu Art. 24 (Art. 25 VV)

Diese Bestimmung regelt den Erlass von Verwaltungsstrafboten analog zu Art. 149 SteG.

Zu Art. 25 (Art. 26 VV)

Diese Bestimmung regelt das Verfahren bei Steuerhinterziehung analog zu Art. 150 SteG.

Zu Art. 26 (Art. 27 VV)

Diese Bestimmung regelt das Rechtsmittelverfahren analog zu Art. 151 SteG.

Zu Art. 27 (Art. 28 VV)

Diese Bestimmung hält – analog zu Art. 152 SteG – fest, dass für Verfahren wegen Steuerbetruges, wofür das Landgericht zuständig ist, die strafgerichtlichen Bestimmungen Anwendung finden.

Zu Art. 28 (Art. 29 VV)

Die Berechnungen zur Ermittlung der Ergänzungssteuern sind sehr komplex, weshalb das IF on BEPS im Dezember 2022 beschlossen hat, während einer Einführungsphase von 3 Jahre für multinationale Unternehmensgruppen eine vereinfachte Berechnung anhand der Country-by-Country-Daten zuzulassen (vgl. "Safe Harbours and Penalty Relief: Global Anti-Base Erosion Rules (Pillar Two)" des OECD/G20-Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting vom 15. Dezember 2022⁸). Diese Vereinfachung wird entsprechend umgesetzt, wobei die detaillierten Vorgaben mittels Verordnung übernommen werden sollen. Diese Vereinfachung gilt entsprechend den OECD-Vorgaben zeitlich befristet für Steuerjahre, die am oder vor dem 31. Dezember 2026 beginnen und vor dem 1. Juli 2028 enden.

PwC Liechtenstein regt an, die vereinfachte Ermittlung nicht auf die IIR- und UTPR-Ergänzungssteuern zu begrenzen, sondern sich auch auf die liechtensteinische Ergänzungssteuer zu beziehen.

Die Anregung ist seitens der Regierung nachvollziehbar und wurde entsprechend umgesetzt. Art. 28 bezieht sich nunmehr auf die «Ergänzungssteuern» ohne Einschränkung auf IIR- und UTPR-Ergänzungssteuern.

In Zusammenhang mit dem sog. CbC-Safe-Harbour wirft die CONFIDA Treuhand, Unternehmens- und Steuerberatung AG die Frage auf, in welchem Verhältnis die jeweiligen Regelungen zur Umsatzschwelle stehen.

Die Regierung weist darauf hin, dass der Schwellenwert nach dem CbC-Gesetz in Höhe von CHF 900 Mio. und nach diesem Gesetz in Höhe von EUR 750 Mio. nicht

⁸ Veröffentlicht unter <https://www.oecd.org/tax/beps/safe-harbours-and-penalty-relief-global-anti-base-erosion-rules-pillar-two.pdf>.

abgestimmt ist. Eine Anpassung des CbC-Gesetzes ist aktuell jedoch (noch) nicht geplant, da diesbezüglich gesonderte Diskussionen auf OECD-Ebene zur Anpassung der Umrechnung des CbC-Schwellenwertes stattfinden, aber noch nicht abgeschlossen sind.

Zu Art. 29 (Art. 30 VV)

Aufgrund der sehr hohen Komplexität der GloBE-Mustervorschriften einigte sich das IF on BEPS im Dezember 2022, dass umsetzende Jurisdiktionen die Möglichkeit haben sollen, bei gewissen Arten von Übertretungen (Verletzung von Verfahrenspflichten sowie Steuerhinterziehung), die innerhalb von 3 Jahren ab Einführung der GloBE-Mustervorschriften begangen werden, keine Busse zu verhängen, sofern angemessene Massnahmen ergriffen wurden, um die Regelungen des GloBE-Gesetzes ordnungsgemäss anzuwenden. Diese Erleichterung soll auch für Geschäftseinheiten in Liechtenstein gelten.

Zu Art. 30 (Art. 31 VV)

Die Regelung ermächtigt die Regierung, die zur Durchführung des GloBE-Gesetzes erforderlichen Verordnungen zu erlassen.

Zu Art. 31 (Art. 32 VV)

Das GloBE-Gesetz tritt unter Vorbehalt des ungenutzten Ablaufs der Referendumsfrist am 1. Januar 2024 in Kraft und findet in Bezug auf die liechtensteinische Ergänzungssteuer und die IIR-Ergänzungssteuer erstmals Anwendung auf Veranlagungen von Steuerjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnen (Abs. 1).

Betreffend die UTPR-Ergänzungssteuer (Art. 7 ff.) legt die Regierung die erstmalige Anwendbarkeit mit Verordnung fest, wobei die UTPR-Ergänzungssteuer frühestens für Veranlagungen von Steuerjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2025 beginnen, erfolgen soll (Abs. 2).

Während die UTPR-Ergänzungssteuer zu Beginn der Diskussionen auf OECD-Ebene eine grössere Rolle spielte, weil noch unklar war, ob und welche Länder die Mindestbesteuerung einführen werden, so ist sie gemäss heutigem Stand der Diskussionen lediglich als Auffangbestimmung anzusehen. Es ist aktuell davon auszugehen, dass zahlreiche Länder eine QDMTT oder IIR einführen werden, wodurch kein Anwendungsbereich für die UTPR besteht. Hinzu kommen jene Länder, in denen die effektive Steuerlast bereits heute über der geforderten Mindestbesteuerung von 15 % liegt.

Aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung der Mindestbesteuerung in anderen Ländern, was teilweise auf die parallel noch laufenden technischen Arbeiten auf OECD-Ebene zurückzuführen ist, könnte die (frühzeitige) Erhebung einer UTPR-Ergänzungssteuer zu ungewollten Ergebnissen führen. Die Anwendung der UTPR-Ergänzungssteuer ohne den anderen Ländern die Möglichkeit zu geben, die Mindestbesteuerung gesetzgeberisch umzusetzen, könnte zu Wettbewerbsnachteilen für Liechtenstein führen (bspw. keine Errichtung oder Investitionen ausländischer Konzerne in liechtensteinische Tochtergesellschaften). Einzelne Länder planen daher die UTPR-Ergänzungssteuer erst zu einem späteren Zeitpunkt einzuführen (bspw. Guernsey, Jersey, Isle of Man, Norwegen und UK).

Aus diesem Grund soll die Anwendbarkeit der UTPR-Ergänzungssteuer von den internationalen Entwicklungen, insbesondere dem Stand der Umsetzung der Ergänzungssteuern in anderen Ländern, abhängig gemacht werden, wobei sie frühestens für Steuerjahre ab 1. Januar 2025 anwendbar sein soll, was auch der ursprünglichen Intention einer stufenweisen Einführung der GloBE-Regelungen entsprechen würde. Es war zwar ursprünglich eine Verzögerung um ein Jahr vorgesehen, die aktuellen Diskussionen zeigen aber noch kein klares Bild, welche Länder die Mindestbesteuerung wann umsetzen werden können bzw. wie lange eine allfällige Anpassung des jeweils nationalen Rechts dauert. Entscheidend sind aus

liechtensteinischer Sicht hierbei v.a. die Entwicklungen in den Nachbarstaaten und engsten Wirtschaftspartnern, d.h. neben der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten daher auch die EWR-Partner Norwegen und Island aber auch die USA. Parallel dazu sind auch die Entwicklungen und Diskussionen auf OECD- und EU-Ebene zu berücksichtigen. Mit der Festlegung per Verordnung durch die Regierung kann die notwendige Flexibilität gewährleistet werden ohne die notwendige Rechtssicherheit zu verlieren.

5.2 Gesetz über die Abänderung des Steuergesetzes

Zu Art. 1 Abs. 2

In Abs. 2 von Art. 1 SteG wird festgehalten, dass für alle Geschäftseinheiten, die Teil einer nach dem GloBE-Gesetz definierten Gruppe sind, zusätzlich zum Steuergesetz die Bestimmungen des GloBE-Gesetzes Anwendung finden. Mit dieser Bestimmung in Art. 1 SteG wird sichergestellt, dass alle nach den GloBE-Mustervorschriften definierten Geschäftseinheiten, tatsächlich der GloBE-Besteuerung unterliegen, ungeachtet deren Besteuerung nach dem Steuergesetz.

Da Säule 2 eine effektive Mindestbesteuerung von 15 % vorsieht und der nominelle Ertragssteuersatz in Liechtenstein 12.5 % beträgt, wird die effektive Steuerlast von inländischen Geschäftseinheiten nach dem SteG regelmässig unter 15 % liegen. Für inländische Geschäftseinheiten grosser multinationaler Unternehmensgruppen und grosser inländischer Gruppen wird daher in der Regel (zusätzlich zu den Steuern gemäss SteG) eine liechtensteinische Ergänzungssteuer anfallen.

Da unter den GloBE-Mustervorschriften die Bemessungsgrundlage jedoch eigenständig definiert ist, kann es auch zu Konstellationen kommen, bei denen die effektive Steuerlast gemäss dem Steuergesetz höher ausfällt als die Mindeststeuer gemäss Säule 2. In diesen Fällen haben betroffene Geschäftseinheiten weiterhin

die Steuern gemäss dem Steuergesetz zu entrichten, sodass es durch die Einführung der GloBE-Regeln diesbezüglich zu keiner günstigeren Besteuerung im Vergleich zum Status quo (auch nicht im Vergleich zu Klein- und Mittelbetrieben) kommt.

6. VERFASSUNGSMÄSSIGKEIT / RECHTLICHES

6.1 Verfassungsmässigkeit

Bei der Übernahme der GloBE-Mustervorschriften ins liechtensteinische Recht, so wie dies von der Regierung vorgeschlagen wird, stellen sich aus verfassungsrechtlicher Sicht verschiedene Fragen: Einerseits, ob es mit dem Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichheit der Besteuerung vereinbar ist, dass nur einige wenige Steuerpflichtige unter die globale Mindestbesteuerung fallen. Andererseits, ob es zulässig ist, die steuerlichen Bestimmungen zur globalen Mindeststeuer mittels Verweises auf die GloBE-Mustervorschriften, welche in englischer Sprache abgefasst sind, zu regeln.

Vorerst kann generell festgehalten werden, dass gemäss Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes dem Gesetzgeber ein erhebliches Mass an politischer Gestaltungsfreiheit zukommt und der Gesetzgeber sich bei seiner weitgehenden Gestaltungsfreiheit im Steuerrecht namentlich von finanzpolitischen, volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen und steuertechnischen Erwägungen leiten lassen kann.⁹

⁹ Urteil des Staatsgerichtshofes vom 7. Februar 2011, StGH 2010/82, E. 5.; Urteil StGH 2013/017, E. 2.4.1.

6.1.1 Gleichbehandlung

Der Grundsatz der Allgemeinheit und Gleichheit, welcher aus Art. 31 LV abgeleitet wird, verlangt, dass gleiche Sachverhalte gleich zu behandeln sind. Werden zwei gleiche Sachverhalte ungleich behandelt, stellt dies keinen Verstoß gegen diesen Grundsatz dar, wenn die Ungleichbehandlung durch sachliche Gründe gerechtfertigt ist. Dem Gesetzgeber kommt bei der Bewertung, was als gleich oder ungleich zu gelten und demgemäss mit unterschiedlichen Rechtsfolgen zu verknüpfen ist, ein hohes Mass an Gestaltungsfreiheit zu.¹⁰

Nach Ansicht der Regierung gibt es sachliche Gründe, Rechtsträger mit einem höheren Umsatz höher zu besteuern, eine Ungleichbehandlung ist damit gerechtfertigt.

a) *Umsatz von mindestens von EUR 750 Mio.*

Unter den Anwendungsbereich des GloBE-Gesetzes sollen inländische Geschäftseinheiten von Unternehmensgruppen fallen, deren konsolidierter Umsatz sich auf mindestens EUR 750 Mio. beläuft.

Es stellt sich somit die Frage nach der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer allfälligen Höherbesteuerung umsatzstarker im Vergleich zu umsatzschwächeren Unternehmensgruppen bzw. Geschäftseinheiten von Unternehmensgruppen. Hierzu kann festgehalten werden:

Der Umsatz ist ein Indikator für eine höhere steuerliche Leistungsfähigkeit. Die Verfassung sowie das nationale Steuerrecht kennen verschiedene Regelungen,

¹⁰ Urteil des Staatsgerichtshofes vom 2. Juli 2013, StGH 2013/017, E. 2.4.1.

welche die Finanzkraft als Kriterium für eine unterschiedliche bzw. tiefere/höhere Besteuerung ansehen.¹¹

Für ein Abstellen auf die Umsatzschwelle von EUR 750 Mio. bei der Anwendung der globalen Mindestbesteuerung besteht eine mehrfache Rechtfertigung: Erstens sieht die internationale Staatengemeinschaft erst ab dieser Umsatzschwelle jene Risiken, die in der Steuerplanung grosser, internationaler Konzerne liegen können. Zweitens vermeidet diese Umsatzschwelle negative Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (vor allem den mit der Anwendung eines Mindestbesteuerungsregimes einhergehenden Verwaltungs- und Compliance-Aufwand), ohne – gemäss Einschätzung der OECD und den derzeit über 140 Mitgliedsstaaten des IF on BEPS – die gewollte Wirksamkeit der Mindestbesteuerungsregeln zu beeinträchtigen.

Würde eine Umsatzschwelle nicht als Rechtfertigung für eine unterschiedliche steuerliche Behandlung anerkannt, gäbe es zwei Varianten: Entweder setzt Liechtenstein die GloBE-Mustervorschriften gar nicht um oder Liechtenstein setzt die GloBE-Mustervorschriften für alle Steuerpflichtigen unabhängig von der Umsatzhöhe um. Nach Ansicht der Regierung stellen beide Varianten keine tauglichen Handlungsalternativen dar. Zur ersten Variante kann festgehalten werden, dass es für Liechtenstein und dessen Wirtschaftsstandort aus Gründen der Rechtssicherheit im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr, der Integration und dem Marktzugang sowie nicht zuletzt der Reputation wichtig ist, dass die relevanten

¹¹ So erachtet Art. 24 LV die Freilassung des Existenzminimums und die stärkere Heranziehung höherer Vermögen und Einkommen als Elemente einer gerechten Besteuerung. Das Steuergesetz enthält folgende entsprechende Regelungen: Steuerfreistellung des Existenzminimums; Stufentarif (Progression) bei der Besteuerung der natürlichen Personen; die Nicht-Erhebung der Mindeststeuer bei juristischen Personen, sofern die durchschnittliche Bilanzsumme der letzten drei Jahre unter CHF 500'000 liegt.

internationalen Standards und Regelungen umgesetzt werden.¹² Diese Festlegung ist auch im Einklang mit der Finanzplatzstrategie der Regierung. Auch würden bei dieser Variante die ausländischen Staaten auf das Steuersubstrat zugreifen, welches nach internationaler Regelung Liechtenstein "zugestanden" wird. Bei der zweiten Variante wären kleine und mittlere Unternehmen einem enormen Verwaltungs- und Compliance-Aufwand ausgesetzt. Eine solche Vorgehensweise wäre nicht verhältnismässig.

Nachdem diese beiden Varianten keine Handlungsalternativen darstellen, bedarf es einer Abgrenzung, welche Unternehmensgruppen bzw. Geschäftseinheiten der Mindestbesteuerung zu unterwerfen sind.

Nachdem aus verschiedenen sachlich gerechtfertigten Gründen der internationale Konsens die Anwendung eines bestimmten Regelwerkes ab einer Umsatzschwelle von EUR 750 Mio. vorsieht, spricht dies auch dafür, dass aus verfassungsrechtlicher Sicht diese Umsatzschwelle als sachliche Rechtfertigung für eine unterschiedliche Besteuerung herangezogen werden kann.

Wird die Verfassungsmässigkeit einer derartigen Umsatzschwelle bejaht, stellt sich die verfassungsrechtliche Frage, ob bei Unternehmensgruppen mit einem Umsatz über dieser Schwelle auch für jede einzelne Gruppeneinheit von einer insofern erhöhten Leistungsfähigkeit auszugehen ist, die eine Höherbesteuerung rechtfertigt. Hierzu kann festgehalten werden, dass die – sachlich gerechtfertigte – Andersbehandlung einer entsprechend umsatzstarken Unternehmensgruppe schliesslich bedingt, dass die Belastung bei den einzelnen Gruppeneinheiten ansetzt.

¹² In der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes wird auch immer wieder betont, dass es für Liechtenstein als Kleinstaat essentiell ist, internationalen Standards zu entsprechen: z.B. Urteil des Staatsgerichtshofes vom 15. Mai 2019, StGH 2019/027, E.2.4.

Auch ist zu berücksichtigen, dass die unter die GloBE-Mustervorschriften fallenden Gruppen die gleiche Steuerlast tragen, unabhängig davon, ob Liechtenstein die GloBE-Mustervorschriften auf die inländischen Geschäftseinheiten der Gruppe anwendet. Erfolgt die Mindestbesteuerung der in Liechtenstein erzielten Ergebnisse nicht durch Liechtenstein, wird diese durch ausländische Steuerbehörden bei den ausländischen Geschäftseinheiten eingehoben. Somit sprechen auch finanzpolitische und volkswirtschaftliche Gründe für die Anwendung der Mindestbesteuerung auf die Umsatzgrenze gemäss den GloBE-Mustervorschriften.

b) Umsatz von weniger als EUR 750 Mio. aufgrund einer Gesetzgebung im Ansässigkeitsstaat der Muttergesellschaft

Dem Ansässigkeitsstaat der obersten Muttergesellschaft ist es seitens der OECD freigestellt, für ihre Unternehmensgruppen die Mindestbesteuerung bei der "Income Inclusion Rule" bereits ab einer tieferen Umsatzschwelle als EUR 750 Mio. für anwendbar zu erklären.¹³ Daher ist es denkbar, dass bestimmte Staaten die Mindestbesteuerung mit einer tieferen Umsatzschwelle einführen werden. Dies hat zur Folge, dass die IIR in diesem Fall ab der tieferen Umsatzgrenze für die ganze Unternehmensgruppe, also auch für liechtensteinische Geschäftseinheiten dieser Gruppen, zur Anwendung gelangt. Derzeit gibt es jedoch keine Anzeichen in diese Richtung.

Die Regierung schlägt trotzdem vorsorglich vor, dass auch in solchen Fällen die liechtensteinische Ergänzungssteuer bei der liechtensteinischen Geschäftseinheit erhoben wird. Dies führt zwar zu einer Ungleichbehandlung gegenüber liechtensteinischen Geschäftseinheiten, welche einer Unternehmensgruppe angehören, für die keine tiefere Umsatzschwelle anwendbar ist, und deshalb nicht der

¹³ Siehe <https://www.oecd.org/tax/beps/statement-on-a-two-pillar-solution-to-address-the-tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy-october-2021.pdf>, Seite 4.

globalen Mindeststeuer unterliegen. Auch für diese unterschiedliche Behandlung liegen jedoch sachliche Rechtfertigungsgründe vor:

Wird nicht bei der gruppenzugehörigen liechtensteinischen Geschäftseinheit die liechtensteinische Ergänzungssteuer erhoben, wird auf Ebene der ausländischen Muttergesellschaft der Differenzbetrag zwischen Besteuerung nach liechtensteinischem Steuergesetz und globaler Mindeststeuer erhoben. Die Steuerbelastung der Unternehmensgruppe ist somit die gleiche, unabhängig, ob Liechtenstein die Ergänzungssteuer bei der liechtensteinischen Geschäftseinheit erhebt oder nicht. Somit sprechen finanzpolitische und volkswirtschaftliche Gründe für die Erhebung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer auf Ebene der liechtensteinischen Geschäftseinheit. Auch hat die liechtensteinische Geschäftseinheit den nicht zu unterschätzenden administrativen Vorteil, dass die Besteuerung in Liechtenstein erfolgt und ihre Ergebnisse nicht über die IIR-Ergänzungssteuer der Muttergesellschaft im Ausland besteuert werden.

6.1.2 Umsetzung mittels Verweises auf ausländische Bestimmungen in englischer Sprache

Die GloBE-Mustervorschriften sind sehr detailliert verfasst. Sie regeln, wer steuerpflichtig ist, den Steuersatz sowie sehr umfassend die Ermittlung der Bemessungsgrundlage. Voraussetzung, dass die liechtensteinische Mindeststeuer als mit diesen Bestimmungen gleichwertig und kompatibel angesehen wird, ist, dass die liechtensteinischen Bestimmungen materiell vollumfänglich den GloBE-Mustervorschriften entsprechen. Entsprechend wenig bzw. kein Entscheidungsspielraum verbleibt bei den liechtensteinischen Bestimmungen zur globalen Mindestbesteuerung. Neben den GloBE-Mustervorschriften sind ausserdem der GloBE-Kommentar und weitere vom IF on BEPS beschlossene Regelungen zu beachten (vgl. Erläuterungen zu Art. 2), welche jeweils auf die entsprechenden Bestimmungen in den GloBE-Mustervorschriften Bezug nehmen.

Es wird vorgeschlagen, die GloBE-Mustervorschriften mittels statischen Verweises als anwendbar zu erklären (vgl. Art. 2 Abs. 1); somit gelten die GloBE-Mustervorschriften als nationale Rechtsvorschriften. Eine solche Vorgehensweise ist nach Ansicht der Regierung mit den verfassungsrechtlichen Bestimmungen sowie der dazu ergangenen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes vereinbar und hat insbesondere auch relevante Vorteile für die Rechtsanwender in einem ohnehin schon äusserst komplexen Umfeld.

Gemäss Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes ist eine Kundmachung mittels vereinfachter Kundmachung ("mittels Verweis" auf die Fundstelle) insbesondere dann zulässig, wenn sich die verwiesenen Rechtsvorschriften nicht an die Allgemeinheit, sondern nur an einen beschränkten Kreis von Fachleuten wenden. Denn in diesen Fällen werde den zentralen Funktionen der Gesetzespublikation, wie insbesondere dem Gebot der Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit, grundsätzlich auch mit einer lediglich vereinfachten Kundmachung Genüge getan.¹⁴

In Liechtenstein fällt nur eine geringe Anzahl von Steuerpflichtigen unter den Anwendungsbereich des GloBE-Gesetzes. Diese Steuerpflichtigen bzw. deren Berater und Vertreter verfügen über umfassende Kenntnisse betreffend internationale Rechnungslegungsstandards sowie internationale Steuervorschriften, denn nur so können sie den jetzt schon international geltenden Vorgaben nachkommen.

Die GloBE-Mustervorschriften sind in Englisch abgefasst; zudem gibt es seitens der OECD eine deutsche Übersetzung der GloBE-Mustervorschriften, wobei jedoch die englische Fassung massgebend ist. Gemäss Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes kann von international tätigen Unternehmen erwartet werden, dass sie der

¹⁴ Urteil des Staatsgerichtshofes vom 7. Dezember 2015, StGH 2015/81, E. 6.2.

englischen Sprache mächtig sind.¹⁵ Auch spielt im Zuge der Internationalisierung des Rechtsverkehrs die englische Sprache zunehmend eine Rolle.¹⁶

Wie sich aus den obigen Ausführungen ergibt, handelt es sich bei den betroffenen Steuerpflichtigen bzw. deren Beratern und Vertretern um Personen, die international tätig sind und die internationalen Rechtsvorschriften im Bereich Rechnungslegung und Steuern kennen (müssen). Für diese Personen ist es zudem nicht nur von Vorteil, sondern in den Abläufen geradezu essenziell, wenn sie sich auf die englischsprachigen Original-GloBE-Mustervorschriften abstützen können, da die Erläuterungen (GloBE-Kommentar) ebenfalls in Englisch sind und somit die Begriffe und Verweise korrespondieren.

6.2 EWR-rechtliche Vorgaben

Ebenso wie die EU sieht Liechtenstein eine Anwendung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer und der IIR-Ergänzungssteuer auch auf grosse inländische Gruppen vor, wenn diese den Schwellenwert erreichen. Bei einer inländischen Gruppe sind sämtliche Rechtsträger in Liechtenstein gelegen. Aufgrund des Diskriminierungsverbotes nach dem EWR-Abkommen ist es europarechtlich geboten, die Mindestbesteuerung auch auf jene Unternehmensgruppen zu erweitern, die ausschliesslich inländische Aktivitäten ausüben. Nach Ansicht des EU-Gesetzgebers ist die Anwendung der Ergänzungssteuern auf grosse inländische Gruppen nicht überschüssend, sondern im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit EU/EWR-Recht unbedingt erforderlich (vgl. Erwägungsgrund Nr. 6 der RL 2022/2523 vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und grosse inländische Gruppen in der Union).

¹⁵ Vgl. Urteil des Staatsgerichtshofes vom 14. September 2015, StGH 2015/15, E. 4.2 zu international tätigen Finanzdienstleistern.

¹⁶ Urteil des Staatsgerichtshofes vom 14. September 2015, StGH 2015/15, E.4.2.

Im Rahmen der Mindestbesteuerung gilt es daher, eine Diskriminierung zwischen grenzüberschreitenden und inländischen Sachverhalten zu vermeiden: Alle in Liechtenstein gelegenen Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe mit einem konsolidierten Jahresumsatz von mehr als EUR 750 Mio. unterliegen der liechtensteinischen Ergänzungssteuer, ungeachtet der Ansässigkeit der Muttergesellschaft. Eine liechtensteinische Muttergesellschaft hat die IIR-Ergänzungssteuer auf alle ihre Geschäftseinheiten anzuwenden, ungeachtet deren Ansässigkeit. Dadurch wird nicht nur die Vereinbarkeit mit den EWR-Grundfreiheiten und dem Grundsatz des Diskriminierungsverbots sichergestellt, sondern auch eine Wettbewerbsgleichheit geschaffen.

Auch der EWR-Partner Norwegen hat Anfang Juni 2023 einen Vernehmlassungsentwurf veröffentlicht, der ebenso "grosse inländische Gruppen" umfasst, und auch in Island wird offenbar aktuell erwogen, vor dem Hintergrund der EWR-Grundfreiheiten den Anwendungsbereich der GloBE-Regelungen auf grosse Inlandsgruppen auszudehnen.

Seitens Marxer & Partner Rechtsanwälte wurde vorgebracht, dass keine Verpflichtung bestehe "grosse inländische Gruppen" der Mindestbesteuerung zu unterwerfen. Es wird daher gefordert, die Anwendung der Mindestbesteuerung auf "multinationale Gruppen" zu beschränken. Der Vernehmlassungseingabe wurde ein umfangreiches Gutachten beigelegt, dass die Argumente der Marxer & Partner Rechtsanwälte stützt. Nicht bestritten wird die Tatsache, dass der Anwendungsbereich der EU-Richtlinie "grosse inländische Gruppen" umfasst.

Das Vorbringen der Marxer & Partner Rechtsanwälte und das Gutachten wurde im Detail geprüft. Die Argumente wurden deshalb von den zuständigen Stellen gemeinsam mit weiteren Fachexperten im europäischen und internationalen Steuerrecht detailliert geprüft. Die Detailabklärung ergab, dass die vorgebrachten Argumente letztlich nicht tragfähig sind. Aufgrund der EWR-rechtlichen Vorgaben ist

Liechtenstein verpflichtet, auch die "grosse inländische Gruppe" der Mindestbesteuerung zu unterwerfen. Das legt insbesondere die im Gutachten nur unzureichend gewürdigte Judikatur des EuGH zur Hinzurechnungsbesteuerung bei niedrigbesteuerten ausländischen Tochtergesellschaften ("CFC rules") nahe,¹⁷ der sich der EFTA-Gerichtshof ausdrücklich angeschlossen hat.¹⁸ Derartige Regelungen sind nach der Rechtsprechung nur zur spezifischen Abwehr steuerlichen Gestaltungsmissbrauchs (durch "künstliche Gestaltungen") mit den EU/EWR-Grundfreiheiten vereinbar. Das ermöglicht aber – selbst aus den Gedanken ausländischer Niedrigbesteuerung und des Steuerwettbewerbs heraus – keine generelle steuerliche Schlechterstellung von grenzüberschreitenden gegenüber inländischen Unternehmensverbindungen, wie sie eine Ergänzungssteuer unter Ausserachtlassung "grosser inländischer Gruppen" gerade bewirken würde. Es ist zwar richtig, dass die globale Mindestbesteuerung ein neuartiges Regelungswerk ist, zu welchem noch keine höchstgerichtliche Rechtsprechung vorliegen kann. Die vorgebrachten Argumente würden aber, wie im Folgenden gezeigt wird, eine deutliche Abweichung von der bisherigen Rechtsprechung erfordern.

Im Folgenden wird im Detail auf die einzelnen Argumente eingegangen:

Das Gutachten bezweifelt, dass das GloBE-Gesetz überhaupt der EWR-Niederlassungsfreiheit (Art. 31 EWR-Abkommen) unterliegt, weil deren Anwendungsbereich im Steuerrecht enger zu ziehen sei als bei der Niederlassungsfreiheit im EU-Recht (Art. 49 AEUV). Das liege an der fehlenden "Steuerkompetenz" im EWR-Abkommen und an der unterschiedlichen völkerrechtlichen Qualität der

¹⁷ Insbesondere die Urteile EuGH 12.9.2006, C-196/04, *Cadbury Schweppes und Cadbury Schweppes Overseas*, EU:C:2006:544; EuGH 26.2.2019, C-135/17, X (*In Drittländern ansässige Zwischengesellschaften*), EU:C:2019:136.

¹⁸ EFTA-Gerichtshof 9.7.2014, E-3/13 und E-20/13, *Fred. Olsen and Others v the Norwegian State*.

vertraglichen Grundlagen, welche etwa auch bewirke, dass dem EWR-Recht (anders als dem EU-Recht) kein Anwendungsvorrang gegenüber nationalem Recht zukomme.

Ein solcherart "eingeschränkter" Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit im EWR widerspricht der höchstgerichtlichen Spruchpraxis. Der EFTA-Gerichtshof hat nach Art. 3 Abs. 2 des ESA/Court Agreements¹⁹ die in der EuGH-Judikatur auch nach Unterzeichnung des EWR-Abkommens dargelegten Grundsätze gebührend zu berücksichtigen. Er zitiert dementsprechend vielfach die später ergangene grundfreiheitsrechtliche Rechtsprechung des EuGH als ausdrücklich für ihn massgeblich und übernimmt diese, auch im hier relevanten Bereich des Steuerrechts.²⁰ Der EuGH selbst hat ausgesprochen, dass die jeweiligen Grundfreiheiten des EWR und der EU gleichförmig auszulegen sind.²¹ Auch auf nationaler Ebene zieht der Staatsgerichtshof die (auch jüngere) Rechtsprechung des EuGH als entscheidend für die Auslegung der Grundfreiheiten heran²² und hat in ständiger Rechtsprechung den (vom Gutachten in Abrede gestellten) Anwendungsvorrang des EWR-Rechts vor liechtensteinischem Landesrecht ausdrücklich anerkannt.²³ Selbst wenn das Steuerrecht kein expliziter Teil des EWR-Abkommens ist, können die Mitgliedstaaten ihre zugehörigen Kompetenzen nach ausdrücklicher Judikatur nur im Rahmen und unter Wahrung des EWR-Rechts, insbesondere der Grundfreiheiten, ausüben.²⁴

¹⁹Abkommen zwischen den EFTA-Staaten zu Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofs, ABI L 1994/344, 1.

²⁰Beispielsweise EFTA-Gerichtshof 23.11.2004, E-1/04, *Fokus Bank ASA v The Norwegian State*, Rn 22; EFTA-Gerichtshof 9.7.2014, E-3/13 und E-20/13, *Fred. Olsen and Others v the Norwegian State*, Rn 98.

²¹Siehe z.B. EuGH 23.9.2003, C-452/01, *Ospelt und Schlössle Weissenberg*, EU:C:2003:49, Rn 28 ff.

²²Siehe z.B. Urteil des Staatsgerichtshofes vom 1.9.2020, StGH 2019/095, Erw 3.1 ff (zur Arbeitnehmerfreizügigkeit).

²³Siehe zB Urteile des Staatsgerichtshofes 1.9.2020, StGH 2019/095, Erw 1.2.1; vom 16.12.2014, StGH 2013/044, Erw 3.4.2; vom 7.2.2012, StGH 2011/200, Erw 3.2.

²⁴Siehe zB EFTA-Gerichtshof 27.6.2014, E-26/13, *Gunnarsson*, Rn 85.

Im Gutachten wird weiters vorgebracht, die ausdrückliche Regelung in der EU-Richtlinie zur Mindestbesteuerung zeige, dass die EU-Gesetzgebung selbst nicht davon ausgegangen sei, dass bereits die Niederlassungsfreiheit eine Einbeziehung der "grossen inländischen Gruppen" zwingend erfordere.

Dieses Argument ist nicht nachvollziehbar, weil der EU-Gesetzgeber in Erwägungsgrund Nr. 6 der RL 2022/2523 ausdrücklich selbst ausführt, dass die Einbeziehung "grosser inländischer Gruppen" aus dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit erfolgt. Ausserdem genießt der EU-Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des EuGH bei Eingriffen in die Grundfreiheiten tendenziell sogar einen weiteren Ermessensspielraum als die einzelnen Mitgliedstaaten selbst.²⁵ Dass der EU-Gesetzgeber dennoch davon ausgegangen ist, primärrechtlich zu einer Anwendung auch auf inländische Gruppen verpflichtet zu sein, spricht also im Gegenteil dafür, dass eine Beschränkung auf grenzüberschreitende Gruppen als eine nicht gerechtfertigte Verletzung der Niederlassungsfreiheit betrachtet wurde. Deutlich kommt dies auch im Vorschlag der EU-Kommission zum Ausdruck, wonach der Anwendungsbereich der EU-Richtlinie gerade deshalb "auf grosse rein inländische Gruppen ausgedehnt" wurde, "um die Vereinbarkeit mit den Grundfreiheiten zu gewährleisten."²⁶

Ein Kernargument des Gutachtens ist, dass eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit nicht vorliege, weil die nur im Inland tätigen Unternehmensgruppen mit grenzüberschreitenden Unternehmensgruppen schon auf Sachverhaltsebene nicht vergleichbar seien und eine rechtliche Gleichbehandlung daher nicht geboten wäre. Grenzüberschreitende Gruppen würden einen anderen Wirkungsbereich als lediglich in Liechtenstein ansässige aufweisen, ihre Einbeziehung in die

²⁵Siehe zB EuGH 10.12.2002, C-491/01, *British American Tobacco (Investments) und Imperial Tobacco*, EU:C:2002:741, Rn 123; EuGH, 17.10.2013, C-203/12, *Billerud*, EU:C:2013:664, Rn 34.

²⁶COM(2021) 823, 7.

Ergänzungssteuer erfolge aus anderen Motiven (OECD-Vorgaben) als bei inländischen Gruppen (EWR-Recht) und vor allem sei im Inland kein schädlicher Steuerwettbewerb möglich.

Dem ist insbesondere die bereits angesprochene Rechtsprechung von EuGH und EFTA-Gerichtshof zur Hinzurechnungsbesteuerung entgegenzuhalten.²⁷ Eine die Grundfreiheiten beeinträchtigende Diskriminierung erkannten die Gerichtshöfe in diesen Urteilen schon darin, dass für die Gewinne von (niedrigbesteuerten) ausländischen Tochtergesellschaften ein Besteuerungsmechanismus zur Anwendung gelangte, der Inlandstöchter nicht betraf, wenngleich dadurch nur das inländische Besteuerungsniveau sichergestellt werden sollte. Die Niederlassung einer Tochtergesellschaft in einem anderen Staat alleine ist für die Gerichtshöfe noch keine hinreichende Grundlage für eine derartige steuerliche Ungleichbehandlung, weil diese Situation im Hinblick auf das System der Gewinnbesteuerung (aus Sicht der Muttergesellschaft) mit jener im Inland durchaus vergleichbar ist. Der EuGH räumte dabei durchaus ein, dass ein Staat die Bekämpfung der Verlagerung von Einkünften nicht innerhalb seines eigenen Gebiets verfolgen werde,²⁸ erachtete aber auch dies nicht als hinreichenden Angriffspunkt für eine generelle Andersbehandlung der – vom Wesen der Grundfreiheiten geschützten – Auslandsverbindungen. Explizit hat der EuGH auch bereits ausgeführt, dass grenzüberschreitende Unternehmensgruppen gegenüber inländischen Gruppen zwar die Gefahr einer "Gewinnverschiebung" aufwiesen, dies aber keine generelle Ungleichbehandlung bei der Abzugsfähigkeit von gruppeninternen Zinszahlungen ermögliche.²⁹ Diese Rechtsprechung fügt sich in eine längere Tradition vergleichbarer Fragen ein, wonach eine geringere

²⁷ Insbesondere die Urteile EuGH 12.9.2006, C-196/04, *Cadbury Schweppes und Cadbury Schweppes Overseas*, EU:C:2006:544; EFTA-Gerichtshof 9.7.2014, E-3/13 und E-20/13, *Fred. Olsen and Others v the Norwegian State*; EuGH 26.2.2019, C-135/17, X (*In Drittländern ansässige Zwischengesellschaften*), EU:C:2019:136.

²⁸ EuGH 26.2.2019, C-135/17, X (*In Drittländern ansässige Zwischengesellschaften*), EU:C:2019:136, Rn 63 ff.

²⁹ EuGH 13.3.2007, C-524/04, *Test Claimants in the Thin Cap Group Litigation*, EU:C:2007:161, Rn 58 ff.

Steuerbelastung eines ausländischen Zahlungsempfängers nicht erlaube, den inländischen Zahler einer "kompensierenden" Belastung (etwa durch ein steuerliches Abzugsverbot) zu unterwerfen. Im Gegenteil würden "solche kompensatorischen Abgaben den Binnenmarkt in seinen Grundlagen beeinträchtigen".³⁰

Die Höchstgerichte haben das "steuerliche Gewinnverschiebungspotenzial" grenzüberschreitender Strukturen bislang dementsprechend ausdrücklich nicht als möglichen Ansatzpunkt für generelle steuerliche Schlechterstellungen akzeptiert, selbst wenn die betroffenen Tochtergesellschaften in "Niedrigsteuerstaaten" ansässig waren. Das galt für Fragen mit sehr spezifischem Anwendungsbereich (etwa der Möglichkeit des Zinsabzugs für gruppeninterne Zahlungen) und wird daher umso mehr gelten, wenn für derartige Fälle ein allgemein höheres Steuerniveau (gerade auch für die eigenen Gewinne der inländischen Einheiten) festgesetzt würde, zumal die Regeln ohnedies nur für "grosse Gruppen" über der Umsatzschwelle zur Anwendung gelangen und daher auch das Argument eines grösseren Wirkungsbereiches letztlich nur die Tätigkeit in anderen Staaten – als geschützter Kerninhalt der Grundfreiheiten des EWR – anspricht.

Die Nutzung der Grundfreiheiten und die damit allenfalls einhergehenden steuerlichen Vorteile für geschäftliche Aktivitäten in anderen Mitgliedstaaten, die nicht auf künstliche Gestaltungen zurückzuführen sind, wurden von den Höchstgerichten bisher dementsprechend gerade als essenzielle Ausprägung des Binnenmarkts beurteilt. "Steuerwettbewerb" kann schon in diesem Lichte kein tauglicher Unterschied sein, der eine Ungleichbehandlung von Inlands- und Auslandssachverhalten eröffnen könnte. Im Gegenteil gilt, "dass ein Vorteil, der aus der relativ geringen steuerlichen Belastung einer Tochtergesellschaft mit Sitz in einem anderen

³⁰EuGH 26.10.1999, C-294/97, *Eurowings*, EU:C:1999:524, Rn 45; siehe auch EuGH 26.6.2003, C-422/01, *Skandia und Ramstedt*, EU:C:2003:380; EuGH 5.7.2012, C-318/10, *SIAT*, EU:C:2012:415; EuGH 20.1.2021, C-484/19, *Lexel*, EU:C:2021:34.

Mitgliedstaat als dem, in dem die Muttergesellschaft gegründet worden ist, resultiert, als solcher dem letztgenannten Mitgliedstaat nicht das Recht gibt, diesen Vorteil durch eine weniger günstige steuerliche Behandlung der Muttergesellschaft auszugleichen".³¹

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass auch die Befolgung von OECD- oder sonstigen internationalen Vorgaben über die Aufteilung von Besteuerungsrechten einen EU/EWR-Staat nicht davon entbindet, die Grundfreiheiten zu befolgen, vielmehr sind diese "bei der Ausübung der in dieser Weise aufgeteilten Steuerhoheit doch zur Einhaltung der Vorschriften des Gemeinschaftsrechts [...], insbesondere der über die Niederlassungsfreiheit, [...] verpflichtet."³²

In verschiedenen Zusammenhängen bringt das Gutachten als Argument auch vor, dass Liechtenstein im Anwendungsbereich der OECD-GloBE-Regeln gar keine "Schlechterstellung" grenzüberschreitender Gruppen und damit keine verbotene Diskriminierung vorgeworfen werden könne. Diese würden nämlich ohnedies mit ihrem weltweiten (auch liechtensteinischen) Ergebnis schon der "Income Inclusion Rule" oder "UTPR" anderer Staaten unterliegen, sodass ihnen in Gesamtbetrachtung kein (weiterer) Nachteil mehr durch das GloBE-Gesetz Liechtensteins entstehe.

Dieses Argument läuft auf eine "Gesamtbetrachtung" der steuerlichen Behandlung einer Gruppe durch mehrere Staaten hinaus. Eine solche wurde von der Rechtsprechung aber bisher abgelehnt, weil jeder Staat schon auf isolierter Basis seines

³¹EuGH 12.9.2006, C-196/04, *Cadbury Schweppes und Cadbury Schweppes Overseas*, EU:C:2006:544, Rn 49 mwN; vgl auch EFTA-Gerichtshof 9.7.2014, E-3/13 und E-20/13, *Fred. Olsen and Others v the Norwegian State*, Rn 175 f.

³²EuGH 13.3.2007, C-524/04, *Test Claimants in the Thin Cap Group Litigation*, EU:C:2007:161, Rn 53; siehe auch EuGH 8.11.2007, C-379/05, *Amurta*, EU:C:2007:655, Rn 55; EuGH 14.12.2006, C-170/05, *Denkavit Internationaal und Denkavit France*, EU:C:2006:783, Rn 53; diese Rechtsprechungslinie lässt sich im Kern bereits zu EuGH 28.1.1986, 270/83, *Kommission/Frankreich*, EU:C:1986:37, zurückführen.

eigenen Rechts EU/EWR-rechtswidrige Diskriminierungen zu vermeiden hat.³³ Der Ansatz des Gutachtens könnte aber womöglich dahingehend umgedeutet werden, dass liechtensteinische Ergänzungssteuern, welche eine "Top-up Tax" erheben, zugleich den Steuerzugriff anderer Staaten auf diese Beträge unterbinden. Anders als bislang der EFTA-Gerichtshof hat der EuGH teilweise akzeptiert, dass die volle Anrechnung einer ansonsten diskriminierenden Steuer durch einen anderen Staat (und die damit dort eintretende Steuerentlastung) eine Diskriminierung beseitigen kann. Dies ist aber mit speziellen Voraussetzungen verbunden: Erstens muss sich die Anrechnungsverpflichtung des anderen Staates aus einem Doppelbesteuerungsabkommen ergeben. Eine unilaterale Massnahme ist unzureichend, zumal sich "ein Mitgliedstaat nicht auf das Bestehen eines von einem anderen Mitgliedstaat einseitig gewährten Vorteils berufen kann, um seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag zu entgehen".³⁴ Zweitens muss eine vollständige rechnerische Beseitigung der jeweiligen Mehrbelastung sichergestellt sein. Dafür genügt eine "gewöhnliche" Anrechnung im anderen Staat, die unter anderem mit dem Betrag der auf den Auslandseinkünften lastenden inländischen Steuer beschränkt ist, etwa nicht.³⁵

Auf die Ergänzungssteuer können diese Überlegungen daher nicht ohne Weiteres ausgedehnt werden. Das GloBE-Konzept der OECD sieht derzeit kein völkerrechtlich verbindliches Instrument vor, welches andere Staaten zu einer anrechnungsgleichen Behandlung der Ergänzungssteuer zwingen würde (das GloBE-Gesetz knüpft allenfalls implizit und darüber hinaus vorsorglich an eine drohende Besteuerung im Ausland an). Schon deshalb ist auch eine völlige "Kompensation" durch andere Staaten keinesfalls sichergestellt.

³³ Siehe zB EFTA-Gerichtshof 23.11.2004, E-1/04, *Fokus Bank ASA v The Norwegian State*.

³⁴ Siehe EuGH 8.11.2007, C-379/05, *Amurta*, EU:C:2007:655, Rn 78.

³⁵ Siehe EuGH 17.9.2015, C-10/14, C-14/14 und C-17/14, *Miljoen*, EU:C:2015:608, Rn 86.

Als Hilfsargument verweist das Gutachten auch mehrfach auf das Schlagwort der "Widersprüchlichkeit". Die EWR-Grundfreiheiten seien nicht derart weit auszulegen, dass eine "vorsorgliche Schlechterstellung" inländischer Aktivitäten geboten sei, nur um einen späteren "Grenzübertritt" nicht zum Auslöser einer Benachteiligung zu machen.

Es ist zwar korrekt, dass dieser Gedanke etwa von EuGH-Generalanwalt Geelhoed ausgedrückt wurde, in der Rechtsprechung hat er aber keinen Niederschlag gefunden. Auch der Generalanwalt hat zugleich eingeräumt, dass die Ausdehnung einer Regelung auf Inlandssachverhalte eine Diskriminierung beseitigen könne.³⁶ Im Lichte der oben angesprochenen Judikatur von EuGH und EFTA-Gerichtshof wurde diese Ansicht etwa auch von der OECD in ihren Empfehlungen für die Gestaltung von Hinzurechnungsbesteuerungs-Regelungen geteilt³⁷ und auch von der EU-Gesetzgebung mit ihrer RL 2022/2523 verfolgt; auch das internationale steuerliche Schrifttum akzeptiert eine solche Vorgangsweise als Lösung grundfreiheitlicher Diskriminierungsfragen bei der GloBE-Umsetzung weitgehend.³⁸ Eine eigenständige Rechtfertigung oder Einschränkung der Diskriminierungsprüfung wäre aus diesem Argument daher bisher nicht erwachsen. Ganz im Gegenteil hat der EuGH in einem Urteil explizit anerkannt, dass ein Staat die Bekämpfung der Verlagerung von Einkünften nicht innerhalb seines eigenen Gebiets verfolgen werde, ohne dass dies in der Entscheidung aber weiteren Einfluss auf die Beurteilung gehabt oder die verdächtige Diskriminierung beseitigt hätte.³⁹

³⁶Schlussanträge vom 29.6.2006 in der EuGH-Rs C-524/04, *Test Claimants in the Thin Cap Group Litigation*, EU:C:2006:436, Rn 44 und 68.

³⁷OECD, *Designing Effective Controlled Foreign Company Rules*, Action 3 – 2015 Final Report (2015) 17–18.

³⁸Eine umfassende Analyse findet sich zB bei *Schmidt*, *A General Income Inclusion Rule as a Tool for Improving the International Tax Regime – Challenges Arising from EU Primary Law*, *Intertax* 2020, 983 (993–994).

³⁹EuGH 26.2.2019, C-135/17, X (*In Drittländern ansässige Zwischengesellschaften*), EU:C:2019:136, Rn 63 ff.

Hilfsweise bringt das Gutachten auch zwei Rechtfertigungsgründe vor, die einen trotz der vorherigen Argumente angenommenen Eingriff in die Niederlassungsfreiheit erlauben sollten. Erstens könne Liechtenstein die Nichter Streckung auf inländische Gruppen mit der "Ausgewogenheit der Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse" rechtfertigen. Das OECD-Konzept sei geradezu eine "Verpflichtung", grenzüberschreitende Gruppen mit Zusatzsteuern zu belasten, wobei die Ergänzungssteuer lediglich sicherstelle, dass in Liechtenstein erzielte Gewinne auch dort besteuert würden.

Zwar ist richtig, dass die von den Gerichtshöfen als Rechtfertigungsgrund anerkannte "Ausgewogenheit der Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse" dafür spricht, inländische Gewinne auch in Liechtenstein der Steuer zuzuführen. Sie umfasst Regeln, mit denen "Verhaltensweisen verhindert werden sollen, die geeignet sind, das Recht eines Mitgliedstaats auf Ausübung seiner Steuerhoheit für die in seinem Hoheitsgebiet durchgeführten Tätigkeiten zu gefährden".⁴⁰ Das geht aber nicht so weit, dass eine nur für grenzüberschreitende Gruppen anwendbare steuerliche Mehrbelastung gerechtfertigt werden kann. Der EuGH hat dazu bereits ausgesprochen, dass es etwa nicht einer ausgewogenen Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse dienen kann, wenn ein Staat die in seinem Gebiet ansässigen Gesellschaften von einer Steuer auf Zahlungen ausnimmt, die er bei ausländischen Gesellschaften als Empfängerinnen erheben möchte.⁴¹ Insbesondere haben EuGH und EFTA-Gerichtshof auch die bloße Sicherung des Steueraufkommens an sich nicht als Rechtfertigungsgrund für Eingriffe in die Niederlassungsfreiheit akzeptiert.⁴²

⁴⁰Vgl dazu etwa EuGH 26.2.2019, C-135/17, X (*In Drittländern ansässige Zwischengesellschaften*), EU:C:2019:136, Rn 72 mwN;

⁴¹Siehe EuGH 8.11.2007, C-379/05, *Amurta*, EU:C:2007:655, Rn 59.

⁴²Siehe zB EuGH 12.9.2006, C-196/04, *Cadbury Schweppes und Cadbury Schweppes Overseas*, EU:C:2006:544, Rn 49; EFTA-Gerichtshof 9.7.2014, E-3/13 und E-20/13, *Fred. Olsen and Others v the Norwegian State*, Rn 166. Siehe auch bereits EuGH 26.6.2003, C-422/01, *Skandia und Ramstedt*, EU:C:2003:380, Rn 53; später EuGH 20.1.2021, C-484/19, *Lexel*, EU:C:2021:34, Rn 67 f.

Die "Zueignung" einer Steuer, um einem anderen Staat zuvorzukommen, die aber gegenüber inländischen Unternehmen nicht geltend gemacht wird, ist daher von einer "Ausgewogenheit der Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse" nicht gedeckt. Die Teilnahme am GloBE-Konzept der OECD ist darüber hinaus weder verpflichtend noch würde ein internationales Abkommen die Mitgliedstaaten von einer Einhaltung der EWR-Grundfreiheiten entbinden.⁴³

Abschliessend führt das Gutachten als zweite Rechtfertigungsmöglichkeit an, dass der EuGH das GloBE-Konzept der OECD und die darin ausgedrückten Massstäbe im Kampf gegen "schädlichen Steuerwettbewerb" als neuartigen Rechtfertigungsgrund akzeptieren könnte.

Das "Hoffen" auf die Akzeptanz eines derartigen neuen Rechtfertigungsgrundes bewegt sich auf äusserst unsicherem Boden; auch der EU-Gesetzgeber hat (trotz seines gegenüber den Mitgliedstaaten weiteren Ermessensspielraums) nicht mit einer solchen Möglichkeit gerechnet. Sie widerspricht auch der wiederholt angesprochenen Rechtsprechung sowohl des EuGH als auch des EFTA-Gerichtshofs zur Hinzurechnungsbesteuerung: Eine Niedrigbesteuerung im Ausland rechtfertigte demzufolge noch keinen Eingriff in die Grundfreiheiten. Auch eine Sicherung des Steueraufkommens wurde, wie zur vorigen Frage angesprochen, nicht als Rechtfertigung akzeptiert. Solange keine künstlichen Gestaltungen eingesetzt werden, wurde der Steuerwettbewerb als Teil des Binnenmarkts betrachtet. Dies nun als "schädliches" Verhalten – und das ausschliesslich für grenzüberschreitende Fälle – zu bewerten, wäre eine deutliche Änderung der Rechtsprechung, die sich noch keinesfalls abzeichnet und allenfalls als spekulativ beurteilt werden muss.

⁴³Siehe zB EuGH 8.11.2007, C-379/05, *Amurta*, EU:C:2007:655, Rn 55; EuGH 14.12.2006, C-170/05, *Denkavit Internationaal und Denkavit France*, EU:C:2006:783, Rn 53; bereits EuGH 28.1.1986, 270/83, *Kommision/Frankreich*, EU:C:1986:37.

Zusammenfassend ist der Vernehmlassungseingabe von Marxer & Partner Rechtsanwälte sowie den im Gutachten vorgebrachten Argumenten daher nicht zu folgen, weil:

- *die Niederlassungsfreiheit von EFTA-Gerichtshof und EuGH (besonders in Steuerfragen) gleichförmig ausgelegt wird und folglich im EWR-Abkommen dieselbe Bindungswirkung für das Steuerrecht der Mitgliedstaaten entfaltet wie nach den EU-Verträgen.*
- *Unternehmensverbindungen zu ausländischen Einheiten nach dieser Rechtsprechung steuerlich nicht generell schlechter behandelt werden dürfen als inländische. Selbst unter Beachtung möglicher "Gewinnverschiebungen" und einer "Niedrigbesteuerung" im Ausland sind allenfalls spezifische Vorschriften gegen steuermisbräuchliche "künstliche Gestaltungen" zulässig.*
- *die steuerliche Behandlung durch weitere Staaten auszublenden ist und eine EWR-rechtswidrige Diskriminierung nicht beseitigen kann. Der EuGH hat eine derartige "Gesamtbetrachtung" nur unter speziellen Voraussetzungen akzeptiert (z.B. bilaterale Verpflichtung eines anderen Staates), welche im Falle des GloBE-Gesetzes nicht vorliegen.*
- *auch mit einer "ausgewogenen Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse" nicht gerechtfertigt werden kann, eine im Inland nicht erhobene Steuer ausschliesslich auf grenzüberschreitende Sachverhalte anzuwenden.*
- *für einen neuartigen Rechtfertigungsgrund, der die Schlechterstellung grenzüberschreitender Gruppen aus dem Motiv des "Kampfes gegen den schädlichen Steuerwettbewerb" heraus gestatten würde, noch keine Anhaltspunkte in der Judikatur bestehen. Ganz im Gegenteil wurde die Sicherung des Steueraufkommens alleine bisher ausdrücklich nicht als Rechtfertigungsgrund für einen Eingriff in die Grundfreiheiten akzeptiert.*

Ergänzend ist auch darauf hinzuweisen, dass die Europäische Kommission, die EU-Staaten, Norwegen und auch die fast einhellige Meinung in der steuerlichen Fachliteratur davon ausgehen, dass eine Einbeziehung inländischer Gruppen in die Regelungen zur Vermeidung einer Diskriminierung geboten ist.

Auf Basis der obengenannten detaillierten Ausführungen kommt die Regierung zum Schluss, dass der Einbezug von "grossen inländischen Gruppen" aufgrund der EWR-rechtlichen Vorgaben geboten ist.

7. AUSWIRKUNGEN AUF VERWALTUNGSTÄTIGKEIT UND RESSOURCENEINSAATZ

7.1 Neue und veränderte Kernaufgaben

Die Einführung einer globalen Mindestbesteuerung nach dem System der GloBE-Mustervorschriften stellt eine konzeptionell neuartige Form der Besteuerung von Geschäftseinheiten dar. Die GloBE-Mustervorschriften weichen sowohl im Anwendungsbereich als auch in der Art der Berechnung der steuerlichen Bemessungsgrundlage stark von den Grundsätzen des Steuergesetzes ab. Die Veranlagung der Ergänzungssteuern nach dem GloBE-Gesetz erfolgt in einem von der Veranlagung nach dem Steuergesetz separaten Verfahren. Insofern sind für die Steuerverwaltung als zuständige Behörde mit der Umsetzung der GloBE-Mustervorschriften inhaltlich neue und veränderte Kernaufgaben verbunden.

7.2 Personelle, finanzielle, organisatorische und räumliche Auswirkungen

Durch die Wahrnehmung dieser neuen und veränderten Kernaufgaben sind zusätzliche personelle Ressourcen bei der Steuerverwaltung erforderlich. Das Know-how betreffend die GloBE-Mustervorschriften und der weiteren damit zusammenhängenden Regelwerke sowie der Konzernrechnungslegung nach internationalen Standards ist weiter auszubauen, um die Veranlagungen nach dem GloBE-Gesetz

durchführen zu können. Für diese Aufgaben ist eine zusätzliche qualifizierte Vollzeitstelle erforderlich und wird im Rahmen des Landesvoranschlags 2024 beim Landtag beantragt.

Des Weiteren sind die IT-Systeme der Steuerverwaltung für die Durchführung der Veranlagungen und den internationalen Austausch der GloBE-Ergänzungssteuererklärung entsprechend anzupassen bzw. neu zu programmieren.

Die Auswirkungen der Einführung der GloBE-Mustervorschriften auf die Steuereinnahmen in Liechtenstein können nicht quantifiziert werden, da es zu viele Einflussfaktoren gibt, die nicht beurteilt bzw. geschätzt werden können. So führen die IIR- und die UTPR-Ergänzungssteuer zu keinen Mehreinnahmen, wenn die ausländischen Staaten, in denen multinationale Unternehmensgruppen mit Liechtenstein-Bezug tätig sind, bereits eine ausreichende Besteuerung sicherstellen bzw. die GloBE-Mustervorschriften ebenfalls mittels einer nationalen Ergänzungssteuer umsetzen. Alles was bisher aus den Umsetzungen anderer Länder bekannt ist, weist darauf hin, dass die Länder die eine tiefere Besteuerung haben, den Weg einer nationalen Ergänzungssteuer wählen.

Betreffend die liechtensteinische Ergänzungssteuer für inländische Geschäftseinheiten von multinationalen Unternehmensgruppen und grossen inländischen Gruppen ist eine fundierte Schätzung ebenfalls nicht möglich, da die Ermittlung der Bemessungsgrundlage nach dem GloBE-Gesetz völlig unterschiedlich gegenüber jener des Steuergesetzes erfolgt. Die Bemessungsgrundlage gemäss dem GloBE-Gesetz basiert auf dem für die Konzernrechnung massgebenden Abschluss (z.B. IFRS) und sieht von diesem weitere umfangreiche Korrekturvorschriften vor, u.a. auch einen Abzug für Substanz in Form von Sachanlagen und Lohnaufwand ("Substance-based Income Exclusion"). Ebenfalls sehr schwer zu beurteilen sind die mittel- und langfristigen Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Finanzstandort Liechtenstein.

Die Vorlage hat keine organisatorischen oder räumlichen Auswirkungen.

7.3 Betroffene UNO-Nachhaltigkeitsziele und Auswirkungen auf deren Umsetzung

Die zunehmende Digitalisierung und Globalisierung wirken sich tiefgreifend auf die Wirtschaft aus. Die bisher geltenden Grundsätze für die Besteuerung internationaler Unternehmen sind durch Möglichkeiten der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting; BEPS) aus Sicht der OECD und der G20-Staaten in Frage gestellt. Aus diesem Grund soll eine faire Besteuerung sichergestellt werden, indem Gewinne dort besteuert werden, wo wirtschaftliche Tätigkeiten und Wertschöpfung tatsächlich stattfinden.

Die Herstellung einer fairen Besteuerung für grosse Unternehmensgruppen kann global zusätzliches Steuersubstrat schaffen, das u.a. für die Beseitigung von Armut, die Gleichstellung von Frauen, die Förderung der Bildung, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung sowie die Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt werden kann.

Betroffen ist damit insbesondere das UNO-Nachhaltigkeitsziel 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele). Gemäss Unterziel 17.1 sollen u.a. Ressourcen verstärkt werden, um die nationalen Kapazitäten zur Erhebung von Steuern und anderen Abgaben zu verbessern.

7.4 Evaluation

Die Vorlage führt zu neuen und veränderten Kernaufgaben bei der Steuerverwaltung, sie ist daher mit personellen und finanziellen Auswirkungen verbunden.

II. ANTRAG DER REGIERUNG

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen unterbreitet die Regierung dem Landtag den

Antrag,

der Hohe Landtag wolle diesen Bericht und Antrag zur Kenntnis nehmen und die beiliegende Gesetzesvorlage in Behandlung ziehen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete, den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung.

**REGIERUNG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN**

gez. Dr. Daniel Risch

III. REGIERUNGSVORLAGE

1.1 Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz)

Gesetz

vom ...

über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen (GloBE-Gesetz)

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gegenstand

Dieses Gesetz regelt die Mindestbesteuerung multinationaler Unternehmensgruppen und grosser inländischer Gruppen durch Erhebung folgender Ergänzungssteuern bei inländischen Geschäftseinheiten:

- a) einer Ergänzungssteuer in Form einer "Qualified Domestic Minimum Top-up Tax" (liechtensteinische Ergänzungssteuer);
- b) einer Ergänzungssteuer nach der "Income Inclusion Rule" (IIR-Ergänzungssteuer); und

- c) einer Ergänzungssteuer nach der "Undertaxed Payments Rule" (UTPR-Ergänzungssteuer).

Art. 2

Anwendbares Recht

1) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, finden die "Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)" des OECD/G20-Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting vom 14. Dezember 2021⁴⁴ (GloBE-Mustervorschriften) Anwendung.

2) Bei der Anwendung der GloBE-Mustervorschriften gilt Liechtenstein als "Implementing Jurisdiction".

Art. 3

Begriffsbestimmungen und Bezeichnungen

1) Im Sinne dieses Gesetzes gelten als:

- a) "Gruppe": eine "Group" nach Art. 1.2.2 und 1.2.3 der GloBE-Mustervorschriften;
- b) "multinationale Unternehmensgruppe": eine "MNE Group" nach Art. 1.2 der GloBE-Mustervorschriften;
- c) "grosse inländische Gruppe": eine Gruppe nach Bst. a, deren Geschäftseinheiten allesamt in Liechtenstein gelegen sind;
- d) "Rechtsträger": eine "Entity" nach Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften;

⁴⁴Die GloBE-Mustervorschriften sind auf der Internetseite der Steuerverwaltung unter www.stv.llv.li veröffentlicht.

- e) "Geschäftseinheit": eine "Constituent Entity" nach Art. 1.3.1 der GloBE-Mustervorschriften;
- f) "inländische Geschäftseinheit": eine Geschäftseinheit, die nach den GloBE-Mustervorschriften als in Liechtenstein gelegen gilt;
- g) "Konzernabschluss": "Consolidated Financial Statements" nach Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften;
- h) "Steuerpflichtige": Geschäftseinheiten, bei denen die Zurechnung und Erhebung einer Ergänzungssteuer nach diesem Gesetz erfolgt.

2) Unter den in diesem Gesetz verwendeten Personenbezeichnungen sind alle Personen unabhängig ihres Geschlechts zu verstehen, sofern sich die Personenbezeichnungen nicht ausdrücklich auf ein bestimmtes Geschlecht beziehen.

II. Liechtensteinische Ergänzungssteuer

Art. 4

Anwendungsbereich

1) Der liechtensteinischen Ergänzungssteuer im Sinne von Art. 10.1.1 der GloBE-Mustervorschriften unterliegen inländische Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen inländischen Gruppe, deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro erzielt.

2) Der liechtensteinischen Ergänzungssteuer unterliegen zudem Joint Ventures und Geschäftseinheiten von Joint Ventures ("JV Subsidiaries") nach Art. 6.4 der GloBE-Mustervorschriften.

3) Gilt im Steuerhoheitsgebiet der obersten Muttergesellschaft einer multinationalen Unternehmensgruppe ein tieferer Schwellenwert als der jährliche Umsatz nach Abs. 1, so unterliegen deren inländische Geschäftseinheiten ebenfalls der liechtensteinischen Ergänzungssteuer.

Art. 5

Berechnung

1) Die liechtensteinische Ergänzungssteuer wird vorbehaltlich Abs. 2 und 4 sinngemäss nach Art. 5.1 bis 5.6 der GloBE-Mustervorschriften berechnet; die diesbezüglichen Sonderregelungen der GloBE-Mustervorschriften finden ebenfalls sinngemäss Anwendung.

2) Bei der Berechnung nach Abs. 1 gilt insbesondere Folgendes:

- a) Die liechtensteinische Ergänzungssteuer ist bei der Berechnung nach Art. 5.2.3 der GloBE-Mustervorschriften nicht in Abzug zu bringen.
- b) Die liechtensteinische Ergänzungssteuer wird bei der betroffenen Geschäftseinheit ungeachtet der Beteiligungsquote der obersten Muttergesellschaft vollumfänglich erhoben.
- c) Für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage ist der für den Konzernabschluss der obersten Muttergesellschaft angewendete Rechnungslegungsstandard heranzuziehen.

- d) Joint Ventures und Geschäftseinheiten von Joint Ventures sind so zu behandeln, als läge eine separate multinationale Unternehmensgruppe oder eine grosse inländische Gruppe vor.

3) Der Mindeststeuersatz ("Minimum Rate") für die Berechnung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer beträgt 15 %.

4) Ungeachtet Abs. 1 bis 3 wird die geschuldete liechtensteinische Ergänzungssteuer auf Null gesetzt:

- a) in den ersten fünf Jahren der Anfangsphase der internationalen Tätigkeit der multinationalen Unternehmensgruppe im Sinne von Art. 9.3.2 der GloBE-Mustervorschriften, sofern im Ausland keine Ergänzungssteuer in Bezug auf liechtensteinische Geschäftseinheiten zur Anwendung gelangt;
- b) in den ersten fünf Jahren ab dem ersten Tag des Geschäftsjahres, in dem die grosse inländische Gruppe erstmals in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fällt.

Art. 6

Zurechnung und Erhebung

1) Sofern die inländischen Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen inländischen Gruppe eine oder mehrere inländische Geschäftseinheiten für die Zurechnung und Erhebung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer bestimmt haben, wird die liechtensteinische Ergänzungssteuer dieser bzw. diesen zugerechnet und bei dieser bzw. diesen erhoben. Sämtliche inländischen Geschäftseinheiten haften für die liechtensteinische Ergänzungssteuer solidarisch.

2) Wurde keine inländische Geschäftseinheit im Sinne von Abs. 1 bestimmt, so wird die liechtensteinische Ergänzungssteuer den einzelnen inländischen Geschäftseinheiten nach Massgabe des Betrags der liechtensteinischen Ergänzungssteuer zugerechnet, der sich bei einer Berechnung anhand der Einzelabschlüsse dieser Geschäftseinheiten ergibt, und bei diesen erhoben. Dazu werden die massgebenden Steuern, der massgebende Gewinn sowie der Gewinnüberschuss für jede Geschäftseinheit auf Basis des den GloBE-Mustervorschriften entsprechenden Einzelabschlusses ermittelt.

III. IIR- und UTPR-Ergänzungssteuer

Art. 7

Anwendungsbereich

1) Der IIR-Ergänzungssteuer nach Art. 2.1 bis 2.3 der GloBE-Mustervorschriften unterliegen inländische Muttergesellschaften einer multinationalen Unternehmensgruppe oder einer grossen inländischen Gruppe mit dem ihnen zuzurechnenden Anteil an der IIR-Ergänzungssteuer für niedrig besteuerte Geschäftseinheiten der Gruppe, sofern deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro erzielt.

2) Der UTPR-Ergänzungssteuer nach Art. 2.4 und 2.5 der GloBE-Mustervorschriften unterliegen inländische Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe mit dem Liechtenstein zuzurechnenden Anteil an der UTPR-Ergänzungssteuer für ausländische niedrig besteuerte Geschäftseinheiten, sofern deren oberste Muttergesellschaft in ihrem Konzernabschluss in mindestens zwei

der vier Geschäftsjahre, die dem geprüften Geschäftsjahr unmittelbar vorausgehen, einen jährlichen Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro erzielt.

Art. 8

Berechnung

1) Die IIR- und die UTPR-Ergänzungssteuer werden vorbehaltlich Abs. 3 nach Art. 5.1 bis 5.6 der GloBE-Mustervorschriften berechnet; die diesbezüglichen Sonderregelungen der GloBE-Mustervorschriften finden ebenfalls Anwendung.

2) Der Mindeststeuersatz ("Minimum Rate") für die Berechnung der IIR- und der UTPR-Ergänzungssteuer beträgt 15 %.

3) Ungeachtet Abs. 1 wird bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Art. 5 Abs. 4 Bst. a und b die geschuldete IIR-Ergänzungssteuer in Bezug auf inländische Geschäftseinheiten auf Null gesetzt.

Art. 9

Zurechnung und Erhebung

1) Die IIR-Ergänzungssteuer wird den inländischen Muttergesellschaften nach Massgabe der GloBE-Mustervorschriften zugerechnet und bei diesen erhoben.

2) Sofern die inländischen Geschäftseinheiten einer multinationalen Unternehmensgruppe eine oder mehrere inländische Geschäftseinheiten für die Zurechnung und Erhebung der UTPR-Ergänzungssteuer bestimmt haben, wird die UTPR-Ergänzungssteuer dieser bzw. diesen zugerechnet und bei dieser bzw. diesen erhoben. Sämtliche inländischen Geschäftseinheiten haften für die UTPR-Ergänzungssteuer solidarisch.

3) Wurde keine inländische Geschäftseinheit im Sinne von Abs. 2 bestimmt, wird die UTPR-Ergänzungssteuer den inländischen Geschäftseinheiten nach Massgabe ihrer Ergebnisse auf Basis des den GloBE-Mustervorschriften entsprechenden Einzelabschlusses zugerechnet und bei diesen erhoben.

IV. Steuerzuteilung

Art. 10

Zuteilung der Ergänzungssteuern

Die Einnahmen aus den Ergänzungssteuern werden unter sinngemässer Anwendung von Art. 74 des Steuergesetzes zwischen Land und Gemeinden aufgeteilt.

V. Organisation und Durchführung

A. Organisation

Art. 11

Vollzugsbehörde

Der Vollzug dieses Gesetzes obliegt der Steuerverwaltung.

B. Verfahrensbestimmungen

Art. 12

Grundsatz

Soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist, finden auf das Verfahren in Zusammenhang mit den Ergänzungssteuern die Art. 83 bis 86, 88 bis 91, 93 bis 95, 97, 98, 102, 103, 111, 113 bis 120, 123, 124, 128, 130, 131, 133 und 133a des Steuergesetzes sinngemäss Anwendung.

Art. 13

Steuererklärungen

1) Die Steuerpflichtigen haben einzureichen:

- a) eine Steuererklärung für die Erhebung der liechtensteinischen Ergänzungssteuer;
- b) eine Steuererklärung für die Erhebung der IIR- und der UTPR-Ergänzungssteuer;
- c) eine GloBE-Ergänzungssteuererklärung ("GloBE Information Return") nach Art. 8.1 der GloBE-Mustervorschriften.

2) Die Steuerpflichtigen werden durch öffentliche Kundmachung zur Einreichung der Steuererklärungen nach Abs. 1 aufgefordert.

3) Die Regierung regelt das Nähere über die Steuererklärungen nach Abs. 1 mit Verordnung, insbesondere Form, Einreichungsfrist, Sprache und beizulegende Unterlagen.

Art. 14

Änderung rechtskräftiger Veranlagungen

Eine Änderung einer in- oder ausländischen Steuerveranlagung, welche nach Rechtskraft der Veranlagung der Ergänzungssteuern nach diesem Gesetz erfolgt, ist unabhängig von Verjährungs- und Verwirkungsfristen als Nachbesteuerungsgrund im Sinne von Art. 120 des Steuergesetzes oder als Revisionsgrund im Sinne von Art. 123 des Steuergesetzes zuzulassen, sofern diese:

- a) die ordnungsgemässe Erhebung der Mindestbesteuerung nach den GloBE-Mustervorschriften herstellt;
- b) in Einklang mit den GloBE-Mustervorschriften eine ungewollte Doppelbesteuerung vermeidet und eine doppelte Nichtbesteuerung verhindert.

VI. Strafbestimmungen**A. Übertretungen**

Art. 15

Verletzung von Verfahrenspflichten

1) Wer einer Pflicht, die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder den dazu erlassenen Verordnungen oder nach einer von der Steuerverwaltung aufgrund dieses Gesetzes auferlegten Anordnung obliegt, trotz Mahnung vorsätzlich oder fahrlässig nicht oder nicht richtig nachkommt, wird wegen Übertretung mit Busse bis zu 1 000 Franken bestraft, in schweren Fällen oder im Wiederholungsfall bis zu 10 000 Franken.

2) Wer der Pflicht zur Einreichung der GloBE-Ergänzungssteuererklärung nach Art. 13 Abs. 1 Bst. c vorsätzlich oder fahrlässig nicht nachkommt, wird mit Busse bis zu 250 000 Franken bestraft.

Art. 16

Steuerhinterziehung

1) Wer als Steuerpflichtiger vorsätzlich oder fahrlässig durch unrichtige oder unvollständige Angaben in den Steuererklärungen nach Art. 13 oder durch unrichtige oder unvollständige Auskünfte die Einforderung einer von ihm zu entrichtenden Steuer verhindert oder auf sonstige Art schuldhaft Steuern vorenthält, wird wegen Übertretung mit Busse bestraft.

2) Die Busse nach Abs. 1 beträgt in der Regel das Einfache der hinterzogenen Steuer. Sie kann bei leichtem Verschulden bis auf einen Drittel ermässigt, bei schwerem Verschulden bis auf das Dreifache erhöht werden.

3) Der Versuch einer Steuerhinterziehung ist strafbar. Die Busse beträgt zwei Drittel der Busse, die bei vollendeter und vorsätzlicher Steuerhinterziehung festzusetzen wäre.

4) Wer vorsätzlich einen anderen zu einer Steuerhinterziehung bestimmt oder wer vorsätzlich sonst zu ihrer Ausführung beiträgt, wird ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit des Steuerpflichtigen mit Busse bestraft.

5) Die Busse nach Abs. 4 beträgt bis zu 10 000 Franken, in schweren Fällen oder im Wiederholungsfall bis zu 50 000 Franken.

B. Vergehen

Art. 17

Steuerbetrug

1) Wer eine Steuerhinterziehung durch vorsätzlichen Gebrauch falscher, verfälschter, inhaltlich unwahrer Geschäftsbücher oder anderer Urkunden begeht, wird wegen Vergehens mit einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen bestraft.

2) Versuch und Beteiligung richten sich nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches.

C. Gemeinsame Bestimmungen

Art. 18

Selbstanzeige

1) Zeigt ein Steuerpflichtiger erstmals eine von ihm begangene Steuerhinterziehung oder einen von ihm begangenen Steuerbetrug aus eigenem Antrieb an, ohne dazu durch eine unmittelbare Gefahr der Entdeckung veranlasst zu sein, ist er straffrei und hat lediglich die Nachsteuer zu entrichten.

2) Bei jeder weiteren Selbstanzeige einer Steuerhinterziehung wird die Busse auf einen Fünftel der hinterzogenen Steuer ermässigt. Zudem ist die Nachsteuer zu entrichten.

3) Zeigt ein Beteiligter (Art. 16 Abs. 4) eine strafbare Handlung nach Abs. 1 aus eigenem Antrieb an, ohne dazu durch eine unmittelbare Gefahr der Entdeckung veranlasst zu sein, ist er straffrei.

Art. 19

Verantwortlichkeit bei Geschäftseinheiten

1) Werden mit Wirkung für eine Geschäftseinheit strafbare Handlungen nach Art. 15 oder Art. 16 Abs. 1 begangen oder liegt ein Versuch einer Steuerhinterziehung nach Art. 16 Abs. 3 vor, so wird die Geschäftseinheit gebüßt.

2) Werden im Geschäftsbetrieb einer Geschäftseinheit Teilnahmehandlungen (Art. 16 Abs. 4) an Steuerhinterziehungen (Art. 16 Abs. 1) Dritter begangen, so ist Art. 16 Abs. 4 auf die Geschäftseinheit anwendbar.

3) Für die verhängten Bussen haften die zum Tatzeitpunkt vertretungsbefugten Organe solidarisch, sofern die Busse von der Geschäftseinheit nicht bezahlt wird.

4) Bei Vergehen nach Art. 17 werden die zum Tatzeitpunkt vertretungsbefugten Organe bestraft.

Art. 20

Haftung in Vertretungsfällen

Wurde in Vertretungsfällen von einem gesetzlichen oder von einem behördlichen oder rechtsgeschäftlich bestellten Vertreter im Rahmen seiner Tätigkeit für den Vertretenen eine strafbare Handlung nach diesem Gesetz begangen, so ist der Vertretene zur Entrichtung der Busse oder Geldstrafe verpflichtet. Er kann sich davon nur befreien, wenn er nachweist, dass er die Handlungen des Vertreters und

ihre Wirkungen nicht verhindern konnte. Der Vertreter unterliegt den Bestimmungen der Art. 15 bis 17.

Art. 21

Verjährung

1) Die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung verjähren:

- a) bei Verletzung von Verfahrenspflichten in einem Jahr;
- b) bei Steuerhinterziehung und Steuerbetrug in fünf Jahren.

2) Die Verjährung der Strafverfolgung beginnt nach Ablauf des Jahres, in welchem die Gesetzesverletzung letztmals begangen wurde. Sie ist gehemmt, solange der Täter im Ausland ist. Die Verjährung wird durch jede gegen den Täter gerichtete Untersuchungshandlung der zuständigen Behörde unterbrochen. Nach jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist von neuem. Die ursprüngliche Verjährungsfrist kann nicht mehr als verdoppelt werden.

3) Die Verjährung der Strafvollstreckung beginnt mit dem rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens. Sie ist gehemmt, solange die Strafe im Inland nicht vollzogen werden kann. Die Verjährung des Strafvollzuges wird durch jede gegen den Verurteilten gerichtete Vollstreckungshandlung der zuständigen Behörde unterbrochen. Nach jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist von neuem. Die ursprüngliche Verjährungsfrist kann nicht mehr als verdoppelt werden.

Art. 22

Bedingte Strafen

Eine bedingte Bestrafung ist bei Bussen ausgeschlossen.

D. Strafverfahren

Art. 23

Zuständigkeiten

1) Die Verletzung von Verfahrenspflichten und eine Steuerhinterziehung werden von der Steuerverwaltung verfolgt.

2) Die Verfolgung eines Steuerbetruges fällt in die Zuständigkeit des Landgerichtes.

Art. 24

Verfahren bei Verletzung von Verfahrenspflichten

1) In einem Verfahren wegen Verletzung von Verfahrenspflichten kann die Steuerverwaltung bei klarer Sach- und Rechtslage mittels eines Verwaltungsstrafbotes vorgehen. Soweit in diesem Gesetz keine abweichenden Vorschriften bestehen, finden die Art. 147 bis 149 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege sinngemäss Anwendung.

2) In den übrigen Fällen richtet sich das Verfahren, soweit in diesem Gesetz keine abweichenden Vorschriften bestehen, sinngemäss nach Art. 152 bis 159 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege.

Art. 25

Verfahren bei Steuerhinterziehung

1) In einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung finden, soweit in diesem Gesetz keine abweichenden Vorschriften bestehen, die Art. 152 bis 159 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltungspflege sinngemäss Anwendung.

2) Der vom Verfahren betroffenen Person wird Gelegenheit gegeben, sich zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern; sie wird auf ihr Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.

3) Beweismittel aus einem Nachsteuerverfahren dürfen im Strafverfahren nur dann verwendet werden, wenn sie weder unter Androhung einer Veranlagung nach pflichtgemäsem Ermessen mit Umkehr der Beweislast (Art. 102 SteG) noch unter Androhung einer Busse wegen Verletzung von Verfahrenspflichten beschafft wurden.

4) Die Berufsgeheimnisse sind zu wahren.

Art. 26

Rechtsmittelverfahren

1) Verwaltungsstrafentscheide der Steuerverwaltung können innert 14 Tagen ab Zustellung mit Beschwerde bei der Landessteuerkommission angefochten werden.

2) Gegen Verwaltungsstrafbote der Steuerverwaltung kann innert 14 Tagen ab Zustellung Einspruch (Art. 149 LVG) bei der Steuerverwaltung erhoben werden. Wird in einem Verwaltungsstrafbot eine Busse bis zu 2 000 Franken ausgesprochen, so ist statt des Einspruchs ausschliesslich die Beschwerde nach Abs. 1 zulässig.

3) Beschwerdeentscheidungen der Landessteuerkommission können innert 14 Tagen ab Zustellung mit Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof angefochten werden.

Art. 27

Strafgerichtliche Bestimmungen

Für ein Verfahren wegen Steuerbetruges gelten die Vorschriften über das strafgerichtliche Verfahren.

VII. Übergangsbestimmungen

Art. 28

Safe Harbour

Die Regierung kann mit Verordnung eine vereinfachte Ermittlung der Ergänzungssteuern für Steuerjahre vorsehen, die am oder vor dem 31. Dezember 2026 beginnen und vor dem 1. Juli 2028 enden. Sie berücksichtigt dabei die "Safe Harbours and Penalty Relief: Global Anti-Base Erosion Rules (Pillar Two)" des OECD/G20-Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting vom 15. Dezember 2022⁴⁵.

Art. 29

Straffreiheit

Bei Übertretungen nach Art. 15 und 16, die innerhalb von drei Jahren ab Anwendbarkeit dieses Gesetzes begangen werden, werden keine Bussen verhängt, sofern angemessene Massnahmen ergriffen wurden, um die Vorschriften dieses Gesetzes ordnungsgemäss anzuwenden.

⁴⁵Die Leitlinien sind auf der Internetseite der Steuerverwaltung unter www.stv.llv.li veröffentlicht.

VIII. Schlussbestimmungen

Art. 30

Durchführungsverordnungen

Die Regierung erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen.

Art. 31

Inkrafttreten und Anwendbarkeit

1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und findet vorbehaltlich Abs. 2 erstmals auf die Veranlagungen von Steuerjahren Anwendung, die am oder nach dem 1. Januar 2024 beginnen.

2) Die Regierung legt die erstmalige Anwendbarkeit der Bestimmungen über die UTPR-Ergänzungssteuer mit Verordnung fest; diese darf frühestens für Veranlagungen von Steuerjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2025 beginnen, erfolgen. Bei der Festlegung der Anwendbarkeit berücksichtigt die Regierung den Stand der Umsetzung der GloBE-Mustervorschriften auf globaler Ebene.

1.2 Gesetz über die Abänderung des Steuergesetzes

Gesetz

vom ...

über die Abänderung des Steuergesetzes

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Das Gesetz vom 23. September 2010 über die Landes- und Gemeindesteuern (Steuergesetz; SteG), LGBI. 2010 Nr. 340, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1 Abs. 2

2) Vorbehalten bleibt die zusätzliche Erhebung einer Ergänzungssteuer für Geschäftseinheiten nach dem Gesetz über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen.

II.

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gesetz vom ... über die Mindestbesteuerung grosser Unternehmensgruppen in Kraft.

OECD/G20 BASE EROSION AND PROFIT SHIFTING PROJECT

Tax Challenges Arising from the Digitalisation of the Economy Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)

INCLUSIVE FRAMEWORK ON BEPS



OECD/G20 Base Erosion and Profit Shifting Project

**Tax Challenges Arising from the
Digitalisation of the Economy – Global
Anti-Base Erosion Model Rules
(Pillar Two)**

Inclusive Framework on BEPS

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

This document was approved by the OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS on 14 December 2021 and prepared for publication by the OECD Secretariat.

Please cite this document as:

OECD (2021), *Tax Challenges Arising from the Digitalisation of the Economy – Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two): Inclusive Framework on BEPS*, OECD, Paris, <https://www.oecd.org/tax/beps/tax-challenges-arising-from-the-digitalisation-of-the-economy-global-anti-base-erosion-model-rules-pillar-two.htm>.

Photo credits: Cover © ninog – Fotolia.com.

© OECD 2021

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at www.oecd.org/termsandconditions

Foreword

Digitalisation and globalisation have had a profound impact on economies and the lives of people around the world, and this impact has only accelerated in the 21st century. These changes have brought with them challenges to the rules for taxing international business income, which have prevailed for more than a hundred years and created opportunities for base erosion and profit shifting (BEPS), requiring bold moves by policy makers to restore confidence in the system and ensure that profits are taxed where economic activities take place and value is created.

In 2013, the OECD ramped up efforts to address these challenges in response to growing public and political concerns about tax avoidance by large multinationals. The OECD and G20 countries joined forces and developed an Action Plan to address BEPS in September 2013. The Action Plan identified 15 actions aimed at introducing coherence in the domestic rules that affect cross-border activities, reinforcing substance requirements in the existing international standards, and improving transparency as well as certainty.

After two years of work, measures in response to the 15 actions, including those published in an interim form in 2014, were consolidated into a comprehensive package and delivered to G20 Leaders in November 2015. The BEPS package represents the first substantial renovation of the international tax rules in almost a century. As the BEPS measures are implemented, it is expected that profits will be reported where the economic activities that generate them are carried out and where value is created. BEPS planning strategies that rely on outdated rules or on poorly co-ordinated domestic measures will be rendered ineffective.

OECD and G20 countries also agreed to continue to work together to ensure a consistent and co-ordinated implementation of the BEPS recommendations and to make the project more inclusive. As a result, they created the OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS (Inclusive Framework), bringing all interested and committed countries and jurisdictions on an equal footing in the Committee on Fiscal Affairs and its subsidiary bodies. With over 140 members, the Inclusive Framework monitors and peer reviews the implementation of the minimum standards and is completing the work on standard setting to address BEPS issues. In addition to its members, other international organisations and regional tax bodies are involved in the work of the Inclusive Framework, which also consults business and the civil society on its different work streams.

Although implementation of the BEPS package is dramatically changing the international tax landscape and improving the fairness of tax systems, one of the key outstanding BEPS issues – to address the tax challenges arising from the digitalisation of the economy – remained unresolved. In a major step forward on 8 October 2021, over 135 Inclusive Framework members, representing more than 95% of global GDP, joined a two-pillar solution to reform the international taxation rules and ensure that multinational enterprises pay a fair share of tax wherever they operate and generate profits in today's digitalised and globalised world economy. The implementation of these new rules is envisaged by 2023.

This report was approved by the Inclusive Framework on 14 December 2021 and prepared for publication by the OECD Secretariat.

Table of contents

Foreword	3
Abbreviations and acronyms	6
Executive summary	7
1 Scope	8
Article 1.1. Scope of GloBE Rules	8
Article 1.2. MNE Group and Group	8
Article 1.3. Constituent Entity	9
Article 1.4. Ultimate Parent Entity	9
Article 1.5. Excluded Entity	9
2 Charging Provisions	11
Article 2.1. Application of the IIR	11
Article 2.2. Allocation of Top-Up Tax under the IIR	12
Article 2.3. IIR Offset Mechanism	12
Article 2.4. Application of the UTPR	12
Article 2.5. UTPR Top-up Tax Amount	13
Article 2.6. Allocation of Top-Up Tax for the UTPR	13
3 Computation of GloBE Income or Loss	15
Article 3.1. Financial Accounts	15
Article 3.2. Adjustments to determine GloBE Income or Loss	15
Article 3.3. International Shipping Income exclusion	18
Article 3.4. Allocation of Income or Loss between a Main Entity and a Permanent Establishment	19
Article 3.5. Allocation of Income or Loss from a Flow-through Entity	20
4 Computation of Adjusted Covered Taxes	22
Article 4.1. Adjusted Covered Taxes	22
Article 4.2. Definition of Covered Taxes	23
Article 4.3. Allocation of Covered Taxes from one Constituent Entity to another Constituent Entity	24
Article 4.4. Mechanism to address temporary differences	25
Article 4.5. The GloBE Loss Election	26
Article 4.6. Post-filing Adjustments and Tax Rate Changes	27

5 Computation of Effective Tax Rate and Top-up Tax	28
Article 5.1. Determination of Effective Tax Rate	28
Article 5.2. Top-up Tax	29
Article 5.3. Substance-based Income Exclusion	30
Article 5.4. Additional Current Top-up Tax	31
Article 5.5. De minimis exclusion	32
Article 5.6. Minority-Owned Constituent Entities	33
6 Corporate Restructurings and Holding Structures	34
Article 6.1. Application of Consolidated Revenue Threshold to Group Mergers and Demergers	34
Article 6.2. Constituent Entities joining and leaving an MNE Group	35
Article 6.3. Transfer of Assets and Liabilities	36
Article 6.4. Joint Ventures	37
Article 6.5. Multi-Parented MNE Groups	37
7 Tax neutrality and distribution regimes	39
Article 7.1. Ultimate Parent Entity that is a Flow-through Entity	39
Article 7.2. Ultimate Parent Entity subject to Deductible Dividend Regime	40
Article 7.3. Eligible Distribution Tax Systems	41
Article 7.4. Effective Tax Rate Computation for Investment Entities	42
Article 7.5. Investment Entity Tax Transparency Election	43
Article 7.6. Taxable Distribution Method Election	43
8 Administration	46
Article 8.1. Filing obligation	46
Article 8.2. Safe Harbours	47
Article 8.3. Administrative Guidance	48
9 Transition rules	49
Article 9.1. Tax Attributes Upon Transition	49
Article 9.2. Transitional relief for the Substance-based Income Exclusion	49
Article 9.3. Exclusion from the UTPR of MNE Groups in the initial phase of their international activity	50
Article 9.4. Transitional relief for filing obligations	51
10 Definitions	52
Article 10.1. Defined Terms	52
Article 10.2. Definitions of Flow-through Entity, Tax Transparent Entity, Reverse Hybrid Entity, and Hybrid Entity	67
Article 10.3. Location of an Entity and a Permanent Establishment	67

Abbreviations and acronyms

CE	Constituent Entity
ETR	Effective Tax Rate
GloBE	Global Anti-Base Erosion
IFRS	International Financial Reporting Standards
JV	Joint Venture
MNE	Multinational enterprise
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
UPE	Ultimate Parent Entity

Executive summary

The Global Anti-Base Erosion (GloBE) Rules provide for a co-ordinated system of taxation intended to ensure large multinational enterprise (MNE) groups pay a minimum level of tax on the income arising in each of the jurisdictions where they operate. It does so by imposing a top-up tax on profits arising in a jurisdiction whenever the effective tax rate, determined on a jurisdictional basis, is below the minimum rate.

- Chapter 1 defines the scope of the GloBE Rules.
- Chapter 2 determines the constituent entities in the group that are liable for any top-up tax and the portion of any top-up tax charged to any such entity.
- Chapters 3 and 4 set out the components of the effective tax rate calculation under the GloBE Rules. Chapter 3 determines the income (or loss) for the period for each constituent entity in the MNE Group and Chapter 4 then identifies the taxes attributable to such income
- Chapter 5 aggregates the income and taxes of all constituent entities located in the same jurisdiction to determine the effective tax rate for that jurisdiction. If the effective tax rate is below the minimum rate, the difference results in a top-up tax percentage which is applied to the jurisdictional income to determine the total amount of top-up tax. The top-up tax is pro-rated amongst the constituent entities located in that jurisdiction and then charged to the constituent entities liable for any top-up tax in accordance with Chapter 2. Chapter 5 also includes an elective substance-based income exclusion that may reduce the amount of profits subject to any top-up tax.
- Chapter 6 contains rules relating to acquisitions, disposals and joint ventures.
- Chapter 7 deals with the application of the GloBE Rules to certain tax neutrality and other distribution regimes.
- Chapter 8 covers administrative aspects of the GloBE Rules including information filing requirements as well as the application of any safe-harbours.
- Chapter 9 sets out certain transitional rules.
- Chapter 10 sets out defined terms used in the GloBE Rules.

The GloBE Rules apply a minimum rate on a jurisdictional basis. In that context, the OECD/G20 Inclusive Framework on BEPS agreed, in its 8 October 2021 statement, that consideration will be given to the conditions under which the US Global Intangible Low-Taxed Income (GILTI) regime will co-exist with the GloBE Rules, to ensure a level playing field.

1 Scope

Operation of the rules in this chapter

Chapter 1 defines the scope of the rules.

- Article 1.1 determines which MNE Groups and Group Entities are subject to the GloBE Rules.
- Article 1.2 to Article 1.4 set out a number of key definitions that are used to determine when an Entity or collection of Entities constitutes a Group and when that Group qualifies as an MNE Group.
- Article 1.5 specifies those Entities that are Excluded Entities and therefore outside the operative provisions of the GloBE Rules.

Article 1.1. Scope of GloBE Rules

1.1.1. The GloBE Rules apply to Constituent Entities that are members of an MNE Group that has annual revenue of EUR 750 million or more in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity (UPE) in at least two of the four Fiscal Years immediately preceding the tested Fiscal Year. Further rules are set out in Article 6.1 which modify the application of the consolidated revenue threshold in certain cases.

1.1.2. If one or more of the Fiscal Years of the MNE Group taken into account for purposes of Article 1.1.1 is of a period other than 12 months, for each of those Fiscal Years the EUR 750 million threshold is adjusted proportionally to correspond with the length of the relevant Fiscal Year.

1.1.3. Entities that are Excluded Entities are not subject to the GloBE Rules.

Article 1.2. MNE Group and Group

1.2.1. An MNE Group means any Group that includes at least one Entity or Permanent Establishment that is not located in the jurisdiction of the Ultimate Parent Entity.

1.2.2. A Group means a collection of Entities that are related through ownership or control such that the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of those Entities:

- (a) are included in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity; or
- (b) are excluded from the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity solely on size or materiality grounds, or on the grounds that the Entity is held for sale.

1.2.3. A Group also means an Entity that is located in one jurisdiction and has one or more Permanent Establishments located in other jurisdictions provided that the Entity is not a part of another Group described in Article 1.2.2.

Article 1.3. Constituent Entity

- 1.3.1. A Constituent Entity is:
- (a) any Entity that is included in a Group; and
 - (b) any Permanent Establishment of a Main Entity that is within paragraph (a).
- 1.3.2. A Permanent Establishment that is a Constituent Entity under paragraph (b) above shall be treated as separate from the Main Entity and any other Permanent Establishment of that Main Entity.
- 1.3.3. A Constituent Entity does not include an Entity that is an Excluded Entity.

Article 1.4. Ultimate Parent Entity

- 1.4.1. Ultimate Parent Entity means either:
- (a) an Entity that:
 - i. owns directly or indirectly a Controlling Interest in any other Entity; and
 - ii. is not owned, with a Controlling Interest, directly or indirectly by another Entity; or
 - (b) the Main Entity of a Group that is within Article 1.2.3.

Article 1.5. Excluded Entity

- 1.5.1. An Excluded Entity is an Entity that is:
- (a) a Governmental Entity;
 - (b) an International Organisation;
 - (c) a Non-profit Organisation;
 - (d) a Pension Fund;
 - (e) an Investment Fund that is an Ultimate Parent Entity; or
 - (f) a Real Estate Investment Vehicle that is an Ultimate Parent Entity.
- 1.5.2. An Excluded Entity is also an Entity:
- (a) where at least 95% of the value of the Entity is owned (directly or through a chain of Excluded Entities) by one or more Excluded Entities referred to in Article 1.5.1 (other than a Pension Services Entity) and where that Entity:
 - i. operates exclusively or almost exclusively to hold assets or invest funds for the benefit of the Excluded Entity or Entities; or
 - ii. only carries out activities that are ancillary to those carried out by the Excluded Entity or Entities; or
 - (b) where at least 85% of the value of the Entity is owned (directly or through a chain of Excluded Entities), by one or more Excluded Entities referred to in Article 1.5.1 (other than a Pension Services Entity) provided that substantially all of the Entity's income is Excluded Dividends or Excluded Equity Gain or Loss that is excluded from the computation of GloBE Income or Loss in accordance with Articles 3.2.1(b) or (c).

1.5.3. A Filing Constituent Entity may elect not to treat an Entity as an Excluded Entity under Article 1.5.2. An election under this Article is a Five-Year Election.

2 Charging Provisions

Operation of the rules in this chapter

Under this chapter, the amount of Top-Up Tax charged to a Parent Entity or to the Constituent Entities located in a UTPR Jurisdiction is determined:

- by attributing the Top-Up Tax of each Low-Taxed Constituent Entity determined under the rules in Chapter 5 to the Parent Entity under the IIR in accordance with Article 2.1 to Article 2.3; and then
- by allocating the residual Top-Up Tax, if any, to UTPR Jurisdictions in accordance with Article 2.4 to Article 2.6.

Article 2.1. Application of the IIR

2.1.1. A Constituent Entity, that is the Ultimate Parent Entity of an MNE Group, located in [insert name of implementing-jurisdiction] that owns (directly or indirectly) an Ownership Interest in a Low-Taxed Constituent Entity at any time during the Fiscal Year shall pay a tax in an amount equal to its Allocable Share of the Top-Up Tax of that Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.1.2. An Intermediate Parent Entity of an MNE Group located in [insert name of implementing-jurisdiction] that owns (directly or indirectly) an Ownership Interest in a Low-Taxed Constituent Entity at any time during a Fiscal Year shall pay a tax in an amount equal to its Allocable Share of the Top-Up Tax of that Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.1.3. Article 2.1.2 shall not apply if:

- (a) the Ultimate Parent Entity of the MNE Group is required to apply a Qualified IIR for that Fiscal Year; or
- (b) another Intermediate Parent Entity that owns (directly or indirectly) a Controlling Interest in the Intermediate Parent Entity is required to apply a Qualified IIR for that Fiscal Year.

2.1.4. Notwithstanding Articles 2.1.1 to 2.1.3, a Partially-Owned Parent Entity located in [insert name of implementing-jurisdiction] that owns (directly or indirectly) an Ownership Interest in a Low-Taxed Constituent Entity at any time during the Fiscal Year shall pay a tax in an amount equal to its Allocable Share of the Top-up Tax of that Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.1.5. Article 2.1.4 shall not apply if the Partially-Owned Parent Entity is wholly owned (directly or indirectly) by another Partially-Owned Parent Entity that is required to apply a Qualified IIR for that Fiscal Year.

2.1.6. A Parent Entity located in [insert name of implementing-jurisdiction] shall apply the provisions of Articles 2.1.1 to 2.1.5 with respect to a Low-Taxed Constituent Entity that is not located in [insert name of implementing-jurisdiction].

Article 2.2. Allocation of Top-Up Tax under the IIR

2.2.1. A Parent Entity's Allocable Share of the Top-up Tax of a Low-Taxed Constituent Entity is an amount equal to the Top-up Tax of the Low-Taxed Constituent Entity as calculated under Chapter 5 multiplied by the Parent Entity's Inclusion Ratio for the Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.2.2. A Parent Entity's Inclusion Ratio for a Low-Taxed Constituent Entity for a Fiscal Year is the ratio of (a) the GloBE Income of the Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year, reduced by the amount of such income attributable to Ownership Interests held by other owners, to (b) the GloBE Income of the Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.2.3. The amount of GloBE Income attributable to Ownership Interests in a Low-Taxed Constituent Entity held by other owners is the amount that would have been treated as attributable to such owners under the principles of the Acceptable Financial Accounting Standard used in the Ultimate Parent Entity's Consolidated Financial Statements if the Low-Taxed Constituent Entity's net income were equal to its GloBE Income and:

- (a) the Parent Entity had prepared Consolidated Financial Statements in accordance with that accounting standard (the hypothetical Consolidated Financial Statements);
- (b) the Parent Entity owned a Controlling Interest in the Low-Taxed Constituent Entity such that all of the income and expenses of the Low-Taxed Constituent Entity were consolidated on a line-by-line basis with those of the Parent Entity in the hypothetical Consolidated Financial Statements;
- (c) all of the Low-Taxed Constituent Entity's GloBE Income were attributable to transactions with persons that are not Group Entities; and
- (d) all Ownership Interests not directly or indirectly held by the Parent Entity were held by persons other than Group Entities.

2.2.4. In the case of a Flow-through Entity, GloBE Income under this Article shall not include any income allocated, pursuant to Article 3.5.3, to an owner that is not a Group Entity.

Article 2.3. IIR Offset Mechanism

2.3.1. A Parent Entity that owns an Ownership Interest in a Low-Taxed Constituent Entity indirectly through an Intermediate Parent Entity or a Partially-Owned Parent Entity that is not eligible for an exclusion from the IIR under Article 2.1.3 or 2.1.5 shall reduce its allocable share of a Top-up Tax of the Low-Taxed Constituent Entity in accordance with Article 2.3.2.

2.3.2. The reduction in Article 2.3.1 will be an amount equal to the portion of the Parent Entity's Allocable Share of the Top-up Tax that is brought into charge by the Intermediate Parent Entity or the Partially-Owned Parent Entity under a Qualified IIR.

Article 2.4. Application of the UTPR

2.4.1. Constituent Entities of an MNE Group located in [insert name of implementing-Jurisdiction] shall be denied a deduction (or required to make an equivalent adjustment under domestic law) in an amount resulting in those Constituent Entities having an additional cash tax expense equal to the UTPR Top-up Tax Amount for the Fiscal Year allocated to that jurisdiction.

2.4.2. The adjustment mentioned in Article 2.4.1 shall apply to the extent possible with respect

to the taxable year in which the Fiscal Year ends. If this adjustment is insufficient to produce an additional cash tax expense for this taxable year equal to the UTPR Top-up Tax Amount allocated to [insert name of implementing-Jurisdiction] for the Fiscal Year, the difference shall be carried forward to the extent necessary to the succeeding Fiscal Years and be subject to the adjustment mentioned in Article 2.4.1 to the extent possible for each taxable year.

2.4.3. Article 2.4.1 shall not apply to a Constituent Entity that is an Investment Entity.

Article 2.5. UTPR Top-up Tax Amount

2.5.1. The Total UTPR Top-up Tax Amount for a Fiscal Year shall be equal to the sum of the Top-up Tax calculated for each Low-Taxed Constituent Entity of an MNE Group for that Fiscal Year (determined in accordance with Article 5.2), subject to the adjustments set out in this Article 2.5 and Article 9.3.

2.5.2. The Top-up Tax calculated for a Low-Taxed Constituent Entity that is otherwise taken into account under Article 2.5.1 shall be reduced to zero if all of the Ultimate Parent Entity's Ownership Interests in such Low-Taxed Constituent Entity are held directly or indirectly by one or more Parent Entities that are required to apply a Qualified IIR in the jurisdiction where they are located with respect to that Low-Taxed Constituent Entity for the Fiscal Year.

2.5.3. Where Article 2.5.2 does not apply, the Top-up Tax calculated for a Low-Taxed Constituent Entity that is otherwise taken into account under Article 2.5.1 shall be reduced by a Parent Entity's Allocable Share of the Top-up Tax of that Low-Taxed Constituent Entity that is brought into charge under a Qualified IIR.

Article 2.6. Allocation of Top-Up Tax for the UTPR

2.6.1. Subject to Articles 2.6.2 and 2.6.3, the UTPR Top-up Tax Amount allocated to [insert name of implementing-Jurisdiction] shall be determined by multiplying the Total UTPR Top-up Tax Amount determined in Article 2.5.1 by the jurisdiction's UTPR Percentage. The UTPR Percentage of [insert name of implementing-Jurisdiction] shall be determined each Fiscal Year for each MNE Group as follows:

$$50\% \times \frac{\text{Number of Employees in the jurisdiction}}{\text{Number of Employees in all UTPR jurisdictions}} + 50\% \times \frac{\text{Total value of Tangible Assets in the jurisdiction}}{\text{Total value of Tangible Assets in all UTPR jurisdictions}}$$

Where, for each Fiscal Year:

- (a) the Number of Employees in the jurisdiction is the total Number of Employees of all the Constituent Entities of the MNE Group located in [insert name of implementing-Jurisdiction];
- (b) the Number of Employees in all UTPR Jurisdictions is the total Number of Employees of all the Constituent Entities of the MNE Group located in a jurisdiction that has a Qualified UTPR in force for the Fiscal Year;
- (c) the total value of Tangible Assets in the jurisdiction is the sum of the Net Book Values of Tangible Assets of all the Constituent Entities of the MNE Group located in [insert name of implementing-Jurisdiction];
- (d) the total value of Tangible Assets in all UTPR Jurisdictions is the sum of the Net Book Values of Tangible Assets of all the Constituent Entities of the MNE Group located in a

jurisdiction that has a Qualified UTPR in Force for the Fiscal Year.

2.6.2. For purposes of Article 2.6.1,

- (a) the Number of Employees employed and the Net Book Value of Tangible Assets held by an Investment Entity shall be excluded from the elements of the formula for allocating the Total UTPR Top-up Tax Amount;
- (b) the Number of Employees employed and the Net Book Value of Tangible Assets held by a Flow-through Entity that are not allocated to Permanent Establishments shall be allocated to the Constituent Entities (if any) that are located in the jurisdiction where the Flow-through Entity was created. The Number of Employees employed and the Net Book Value of Tangible Assets held by a Flow-through Entity that are not allocated either to Permanent Establishments or under this provision shall be excluded from the formula for allocating the Total UTPR Top-up Tax Amount.

2.6.3. Notwithstanding Article 2.6.1, the UTPR Percentage of [insert name of implementing-Jurisdiction] for an MNE Group is deemed to be zero for a Fiscal Year as long as the Top-Up Tax Amount allocated to [insert name of implementing-Jurisdiction] in a prior Fiscal Year has not resulted in the Constituent Entities of this MNE Group located in [insert name of implementing-Jurisdiction] having an additional cash tax expense equal, in total, to the UTPR Top-up Tax Amount for that prior Fiscal Year allocated to [insert name of implementing-Jurisdiction]. The Number of Employees and the Tangible Assets of the Constituent Entities of this MNE Group located in a jurisdiction with a UTPR Percentage of zero for a Fiscal Year shall be excluded from the formula provided under Article 2.6.1 for allocating the Total UTPR Top-up Tax Amount for that Fiscal Year.

2.6.4. Article 2.6.3 does not apply for a Fiscal Year if all jurisdictions with a Qualified UTPR in Force for the Fiscal Year have a UTPR Percentage of zero for the MNE Group for that Fiscal Year.

3 Computation of GloBE Income or Loss

Operation of the rules in this chapter

Under this chapter, the amount of GloBE Income or Loss of a Constituent Entity is determined:

- by taking the Financial Accounting Net Income or Loss determined for the Constituent Entity for the Fiscal Year in accordance with Article 3.1; and then
- by adjusting this amount under Article 3.2 to Article 3.5 to arrive at that Entity's GloBE Income or Loss.

Article 3.1. Financial Accounts

3.1.1. The GloBE Income or Loss of each Constituent Entity is the Financial Accounting Net Income or Loss determined for the Constituent Entity for the Fiscal Year adjusted for the items described in Article 3.2 to Article 3.5.

3.1.2. Financial Accounting Net Income or Loss is the net income or loss determined for a Constituent Entity (before any consolidation adjustments eliminating intra-group transactions) in preparing Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity.

3.1.3. If it is not reasonably practicable to determine the Financial Accounting Net Income or Loss for a Constituent Entity based on the accounting standard used in the preparation of Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity, the Financial Accounting Net Income or Loss for the Constituent Entity for the Fiscal Year may be determined using another Acceptable Financial Accounting Standard or an Authorised Financial Accounting Standard if:

- (a) the financial accounts of the Constituent Entity are maintained based on that accounting standard;
- (b) the information contained in the financial accounts is reliable; and
- (c) permanent differences in excess of EUR 1 million that arise from the application of a particular principle or standard to items of income or expense or transactions that differs from the financial standard used in the preparation of the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity are conformed to the treatment required under the accounting standard used in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity.

Article 3.2. Adjustments to determine GloBE Income or Loss

3.2.1. A Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss is adjusted for the following items to arrive at that Entity's GloBE Income or Loss:

- (a) Net Taxes Expense;
- (b) Excluded Dividends;
- (c) Excluded Equity Gain or Loss;
- (d) Included Revaluation Method Gain or Loss;
- (e) Gain or loss from disposition of assets and liabilities excluded under Article 6.3;
- (f) Asymmetric Foreign Currency Gains or Losses;
- (g) Policy Disallowed Expenses;
- (h) Prior Period Errors and Changes in Accounting Principles; and
- (i) Accrued Pension Expense.

3.2.2. At the election of the Filing Constituent Entity, a Constituent Entity may substitute the amount allowed as a deduction in the computation of its taxable income in its location for the amount expensed in its financial accounts for a cost or expense of such Constituent Entity that was paid with stock-based compensation. If the stock-based compensation expense arises in connection with an option that expires without exercise, the Constituent Entity must include the total amount previously deducted in the computation of its GloBE Income or Loss for the Fiscal Year in which the option expires. The election is a Five-Year Election and must be applied consistently to the stock-based compensation of all Constituent Entities located in the same jurisdiction for the year in which the election is made and all subsequent Fiscal Years. If the election is made in a Fiscal Year after some of the stock-based compensation of a transaction has been recorded in the financial accounts, the Constituent Entity must include in the computation of its GloBE Income or Loss for that Fiscal Year an amount equal to the excess of the cumulative amount allowed as an expense in the computation of its GloBE Income or Loss in previous Fiscal Years over the cumulative amount that would have been allowed as an expense if the election had been in place in those Fiscal Years. If the election is revoked, the Constituent Entity must include in the computation of its GloBE Income or Loss for the revocation year the amount deducted pursuant to the election that exceeds financial accounting expense accrued in respect of the stock-based compensation that has not been paid.

3.2.3. Any transaction between Constituent Entities located in different jurisdictions that is not recorded in the same amount in the financial accounts of both Constituent Entities or that is not consistent with the Arm's Length Principle must be adjusted so as to be in the same amount and consistent with the Arm's Length Principle. A loss from a sale or other transfer of an asset between two Constituent Entities located in the same jurisdiction that is not recorded consistent with the Arm's Length Principle shall be recomputed based on the Arm's Length Principle if that loss is included in the computation of GloBE Income or Loss. Rules for allocating income or loss between a Main Entity and its Permanent Establishments are found in Article 3.4.

3.2.4. Qualified Refundable Tax Credits shall be treated as income in the computation of GloBE Income or Loss of a Constituent Entity. Non-Qualified Refundable Tax Credits shall not be treated as income in the computation of GloBE Income or Loss of a Constituent Entity.

3.2.5. With respect to assets and liabilities that are subject to fair value or impairment accounting in the Consolidated Financial Statements, a Filing Constituent Entity may elect to determine gains and losses using the realisation principle for purposes of computing GloBE Income. The election is a Five-Year Election and applies to all Constituent Entities located in the jurisdiction to which the election applies. The election applies to all assets and liabilities of such Constituent Entities, unless the Filing Constituent Entity chooses to limit the election to tangible assets of such Constituent Entities or to Constituent Entities that are Investment Entities. Under this election:

- (a) all gains or losses attributable to fair value or impairment accounting with respect to an

asset or liability shall be excluded from the computation of GloBE Income or Loss;

- (b) the carrying value of an asset or liability for purposes of determining gain or loss shall be its carrying value at the later of:
 - (i) the first day of the election year, or
 - (ii) the date the asset was acquired or liability was incurred; and
- (c) if the election is revoked, the GloBE Income or Loss of the Constituent Entities is adjusted by the difference at the beginning of the revocation year between the fair value of the asset or liability and the carrying value of the asset or liability determined pursuant to the election.

3.2.6. Where there is Aggregate Asset Gain in a jurisdiction in a Fiscal Year, the Filing Constituent Entity may make, under this Article 3.2.6, an Annual Election for that jurisdiction to adjust GloBE Income or Loss with respect to each previous Fiscal Year in the Look-back Period in the manner described in paragraphs (b) and (c) and to spread any remaining Adjusted Asset Gain over the Look-back Period in the manner described in paragraph (d). The Effective Tax Rate (ETR) and Top-up Tax, if any, for any previous Fiscal Year must be re-calculated under Article 5.4.1. When an election is made under this Article:

- (a) Covered Taxes with respect to any Net Asset Gain or Net Asset Loss in the Election Year shall be excluded from the computation of Adjusted Covered Taxes.
- (b) The Aggregate Asset Gain in the Election Year shall be carried-back to the earliest Loss Year and set-off ratably against any Net Asset Loss of any Constituent Entity located in that jurisdiction.
- (c) If, for any Loss Year, the Adjusted Asset Gain exceeds the total amount of Net Asset Loss of all Constituent Entities located in that jurisdiction, the Adjusted Asset Gain shall be carried forward to the following Loss Year (if any) and applied ratably against any Net Asset Loss of any Constituent Entity located in that jurisdiction.
- (d) Any Adjusted Asset Gain that remains after the application of paragraphs (b) and (c) shall be allocated evenly to each Fiscal Year in the Look-back Period. The Allocated Asset Gain for the relevant year shall be included in the computation of GloBE Income or Loss for a Constituent Entity located in that jurisdiction in that year in accordance with the following formula:

$$\text{Allocated Asset Gain for relevant year} \times \frac{\text{The specified Constituent Entity's Net Asset Gain in the Election Year}}{\text{The Net Asset Gain of all specified Constituent Entities in the Election Year}}$$

For the purposes of the above formula, a specified Constituent Entity is Constituent Entity that has Net Asset Gain in the Election Year and was located in the jurisdiction in the relevant year. If there is no specified Constituent Entity for a relevant year the Adjusted Asset Gain allocated to that year will be allocated equally to each Constituent Entity in the jurisdiction in that year.

3.2.7. The computation of a Low-Tax Entity's GloBE Income or Loss shall exclude any expense attributable to an Intragroup Financing Arrangement that can reasonably be anticipated, over the expected duration of the arrangement to:

- (a) increase the amount of expenses taken into account in calculating the GloBE Income or Loss of the Low-Tax Entity;
- (b) without resulting in a commensurate increase in the taxable income of the High-Tax Counterparty.

3.2.8. An Ultimate Parent Entity may elect to apply its consolidated accounting treatment to eliminate income, expense, gains, and losses from transactions between Constituent Entities that are located, and included in a tax consolidation group, in the same jurisdiction for purposes of computing each such Constituent Entity's Net GloBE Income or Loss. The election under this Article is a Five-Year Election. Upon making or revoking such election, appropriate adjustments shall be made for GloBE purposes such that there shall not be duplications or omissions of items of GloBE Income or Loss as a result of having made or revoked the election.

3.2.9. An insurance company shall exclude from the computation of GloBE Income or Loss amounts charged to policyholders for Taxes paid by the insurance company in respect of returns to the policy holders. An insurance company shall include in the computation of GloBE Income or Loss any returns to policyholders that are not reflected in Financial Accounting Net Income or Loss to the extent the corresponding increase or decrease in liability to the policyholders is reflected in its Financial Accounting Net Income or Loss.

3.2.10. Amounts recognised as a decrease to the equity of a Constituent Entity attributable to distributions paid or payable in respect of Additional Tier One Capital issued by the Constituent Entity shall be treated as an expense in the computation of its GloBE Income or Loss. Amounts recognised as an increase to the equity of a Constituent Entity attributable to distributions received or receivable in respect of Additional Tier One Capital held by the Constituent Entity shall be included in the computation of its GloBE Income or Loss.

3.2.11. A Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss must be adjusted as necessary to reflect the requirements of the relevant provisions of Chapters 6 and 7.

Article 3.3. International Shipping Income exclusion

3.3.1. For an MNE Group that has International Shipping Income, each Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income shall be excluded from the computation of its GloBE Income or Loss under Article 3.2 for the jurisdiction in which it is located. Where the computation of a Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income results in a loss, the loss shall be excluded from the computation of its GloBE Income or Loss.

3.3.2. International Shipping Income means the net income obtained by a Constituent Entity from:

- (a) the transportation of passengers or cargo by ships that it operates in international traffic, whether the ship is owned, leased or otherwise at the disposal of the Constituent Entity;
- (b) the transportation of passengers or cargo by ships operated in international traffic under slot-chartering arrangements;
- (c) leasing a ship, to be used for the transportation of passengers or cargo in international traffic, on charter fully equipped, crewed and supplied;
- (d) leasing a ship on a bare boat charter basis, for the use of transportation of passengers or cargo in international traffic, to another Constituent Entity;
- (e) the participation in a pool, a joint business or an international operating agency for the transportation of passengers or cargo by ships in international traffic; and
- (f) the sale of a ship used for the transportation of passengers or cargo in international traffic provided that the ship has been held for use by the Constituent Entity for a minimum of one year.

International Shipping Income shall not include net income obtained from the transportation of passengers or cargo by ships via inland waterways within the same jurisdiction.

3.3.3. Qualified Ancillary International Shipping Income means net income obtained by a Constituent Entity from the following activities that are performed primarily in connection with the transportation of passengers or cargo by ships in international traffic:

- (a) leasing a ship on a bare boat charter basis to another shipping enterprise that is not a Constituent Entity, provided that the charter does not exceed three years;
- (b) sale of tickets issued by other shipping enterprises for the domestic leg of an international voyage;
- (c) leasing and short-term storage of containers or detention charges for the late return of containers;
- (d) provision of services to other shipping enterprises by engineers, maintenance staff, cargo handlers, catering staff, and customer services personnel; and
- (e) investment income where the investment that generates the income is made as an integral part of the carrying on the business of operating the ships in international traffic.

3.3.4. The aggregated Qualified Ancillary International Shipping Income of all Constituent Entities located in a jurisdiction shall not exceed 50% of those Constituent Entities' International Shipping Income.

3.3.5. The costs incurred by a Constituent Entity that are directly attributable to its international shipping activities listed in Article 3.3.2 and the costs directly attributable to its qualified ancillary activities listed in Article 3.3.3 shall be deducted from the Constituent Entity's revenues from such activities to compute its International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income. Other costs incurred by a Constituent Entity that are indirectly attributable to a Constituent Entity's international shipping activities and qualified ancillary activities shall be allocated on the basis of the Constituent Entity's revenues from such activities in proportion to its total revenues. All direct and indirect costs attributed to a Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income shall be excluded from the computation of its GloBE Income or Loss.

3.3.6. In order for a Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income to qualify for the exclusion from its GloBE Income or Loss under this Article, the Constituent Entity must demonstrate that the strategic or commercial management of all ships concerned is effectively carried on from within the jurisdiction where the Constituent Entity is located.

Article 3.4. Allocation of Income or Loss between a Main Entity and a Permanent Establishment

3.4.1. The Financial Accounting Net Income or Loss of a Constituent Entity that is a Permanent Establishment in accordance with paragraphs (a), (b) and (c) of the definition in Article 10.1 is the net income or loss reflected in the separate financial accounts of the Permanent Establishment. If the Permanent Establishment does not have separate financial accounts, then the Financial Accounting Net Income or Loss is the amount that would have been reflected in its separate financial accounts if prepared on a standalone basis and in accordance with the accounting standard used in the preparation of the Consolidated Financial Accounts of the Ultimate Parent Entity.

3.4.2. The Financial Accounting Net Income or Loss of a Permanent Establishment referred to

in Article 3.4.1 shall be adjusted, if necessary:

- (a) in the case of a Permanent Establishment as defined by paragraphs (a) and (b) of the definition in Article 10.1, to reflect only the amounts and items of income and expense that are attributable to the Permanent Establishment in accordance with the applicable Tax Treaty or domestic law of the jurisdiction where it is located regardless of the amount of income subject to tax and the amount of deductible expenses in that jurisdiction;
- (b) in the case of a Permanent Establishment as defined by paragraph (c) of the definition in Article 10.1, to reflect only the amounts and items of income and expense that would have been attributed to it in accordance with Article 7 of the OECD Model Tax Convention.

3.4.3. In case of a Constituent Entity that is a Permanent Establishment in accordance with paragraph (d) of the definition in Article 10.1, its income used for computing Financial Accounting Net Income or Loss is the income being exempted in the jurisdiction where the Main Entity is located and attributable to the operations conducted outside that jurisdiction. The expenses used for computing Financial Accounting Net Income or Loss are those that are not deducted for taxable purposes in the jurisdiction where the Main Entity is located and that are attributable to such operations.

3.4.4. The Financial Accounting Net Income or Loss of a Permanent Establishment is not taken into account in determining the GloBE Income or Loss of the Main Entity, except as provided in Article 3.4.5.

3.4.5. A GloBE Loss of a Permanent Establishment shall be treated as an expense of the Main Entity (and not of the Permanent Establishment) for purposes of computing its GloBE Income or Loss to the extent that the loss of the Permanent Establishment is treated as an expense in the computation of the domestic taxable income of such Main Entity and is not set off against an item of income that is subject to tax under the laws of both the jurisdiction of the Main Entity and the jurisdiction of the Permanent Establishment. GloBE Income subsequently arising in the Permanent Establishment shall be treated as GloBE Income of the Main Entity (and not the Permanent Establishment) up to the amount of the GloBE Loss that previously was treated as an expense for purposes of computing the GloBE Income or Loss of the Main Entity.

Article 3.5. Allocation of Income or Loss from a Flow-through Entity

3.5.1. The Financial Accounting Net Income or Loss of a Constituent Entity that is a Flow-through Entity is allocated as follows:

- (a) in the case of a Permanent Establishment through which the business of the Entity is wholly or partly carried out, the Financial Accounting Net Income or Loss of the Entity is allocated to that Permanent Establishment in accordance with Article 3.4;
- (b) in the case of a Tax Transparent Entity that is not the Ultimate Parent Entity, any Financial Accounting Net Income or Loss remaining after application of paragraph (a) is allocated to its Constituent Entity-owners in accordance with their Ownership Interests; and
- (c) in the case of a Tax Transparent Entity that is the Ultimate Parent Entity or a Reverse Hybrid Entity, any Financial Accounting Net Income or Loss remaining after application of paragraph (a) is allocated to it.

3.5.2. The rules of Article 3.5.1 shall be applied separately with respect to each Ownership Interest in the Flow-through Entity.

3.5.3. Prior to the application of Article 3.5.1, the Financial Accounting Net Income or Loss of a

Flow-through Entity shall be reduced by the amount allocable to its owners that are not Group Entities and that hold their Ownership Interest in the Flow-through Entity directly or through a Tax Transparent Structure.

3.5.4. Article 3.5.3 does not apply to:

- (a) an Ultimate Parent Entity that is a Flow-through Entity; or
- (b) any Flow-through Entity owned by such an Ultimate Parent Entity (directly or through a Tax Transparent Structure).

The treatment of these Entities is addressed in Article 7.1.

3.5.5. The Financial Accounting Net Income or Loss of a Flow-through Entity is reduced by the amount that is allocated to another Constituent Entity.

4 Computation of Adjusted Covered Taxes

Operation of the rules in this chapter

Under this chapter the amount of a Constituent Entity's Covered Taxes, as defined in Article 4.2 is determined

- by taking the current taxes determined for the Constituent Entity for the Fiscal Year in accordance with Article 4.1, adjusted to reflect certain timing differences under Article 4.4 and Article 4.5; by allocating Covered Taxes from one Constituent Entity to another in certain cases under Article 4.3; and
- by taking into account the effect of certain post-filing tax adjustments under Article 4.6.

Article 4.1. Adjusted Covered Taxes

4.1.1. The Adjusted Covered Taxes of a Constituent Entity for the Fiscal Year shall be equal to the current tax expense accrued in its Financial Accounting Net Income or Loss with respect to Covered Taxes for the Fiscal Year adjusted by:

- (a) the net amount of its Additions to Covered Taxes for the Fiscal Year (as determined under Article 4.1.2) and Reductions to Covered Taxes for the Fiscal Year (as determined under Article 4.1.3);
- (b) the Total Deferred Tax Adjustment Amount (as determined under Article 4.4); and
- (c) any increase or decrease in Covered Taxes recorded in equity or Other Comprehensive Income relating to amounts included in the computation of GloBE Income or Loss that will be subject to tax under local tax rules.

4.1.2. The Additions to Covered Taxes of a Constituent Entity for the Fiscal Year is the sum of:

- (a) any amount of Covered Taxes accrued as an expense in the profit before taxation in the financial accounts;
- (b) any amount of GloBE Loss Deferred Tax Asset used under Article 4.5.3;
- (c) any amount of Covered Taxes that is paid in the Fiscal Year and that relates to an uncertain tax position where that amount has been treated for a previous Fiscal Year as a Reduction to Covered Taxes under Article 4.1.3(d); and
- (d) any amount of credit or refund in respect of a Qualified Refundable Tax Credit that is recorded as a reduction to the current tax expense.

4.1.3. The Reductions to Covered Taxes of a Constituent Entity for the Fiscal Year is the sum of:

- (a) the amount of current tax expense with respect to income excluded from the computation of GloBE Income or Loss under Chapter 3;
- (b) any amount of credit or refund in respect of a Non-Qualified Refundable Tax Credit that is not recorded as a reduction to the current tax expense;
- (c) any amount of Covered Taxes refunded or credited, except for any Qualified Refundable Tax Credit, to a Constituent Entity that was not treated as an adjustment to current tax expense in the financial accounts;
- (d) the amount of current tax expense which relates to an uncertain tax position; and
- (e) any amount of current tax expense that is not expected to be paid within three years of the last day of the Fiscal Year.

4.1.4. No amount of Covered Taxes may be taken into account more than once.

4.1.5. In a Fiscal Year in which there is no Net GloBE Income for a jurisdiction, if the Adjusted Covered Taxes for a jurisdiction are less than zero and less than the Expected Adjusted Covered Taxes Amount the Constituent Entities in that jurisdiction shall be treated as having Additional Current Top-up Tax for the jurisdiction under Article 5.4 arising in the current Fiscal Year equal to the difference between these amounts. The Expected Adjusted Covered Taxes Amount is equal to the GloBE Income or Loss for a jurisdiction multiplied by the Minimum Rate.

Article 4.2. Definition of Covered Taxes

4.2.1. Covered Taxes means:

- (a) Taxes recorded in the financial accounts of a Constituent Entity with respect to its income or profits or its share of the income or profits of a Constituent Entity in which it owns an Ownership Interest;
- (b) Taxes on distributed profits, deemed profit distributions, and non-business expenses imposed under an Eligible Distribution Tax System;
- (c) Taxes imposed in lieu of a generally applicable corporate income tax; and
- (d) Taxes levied by reference to retained earnings and corporate equity, including a Tax on multiple components based on income and equity.

4.2.2. Covered Taxes does not include any amount of:

- (a) Top-up Tax accrued by a Parent Entity under a Qualified IIR;
- (b) Top-up Tax accrued by a Constituent Entity under a Qualified Domestic Minimum Top-Up Tax;
- (c) Taxes attributable to an adjustment made by a Constituent Entity as a result of the application of a Qualified UTPR;
- (d) A Disqualified Refundable Imputation Tax;
- (e) Taxes paid by an insurance company in respect of returns to policyholders.

Article 4.3. Allocation of Covered Taxes from one Constituent Entity to another Constituent Entity

4.3.1. Article 4.3.2 applies to the allocation of Covered Taxes in respect of Permanent Establishments, Tax Transparent Entities and Hybrid Entities as well as the allocation of CFC taxes and taxes on distributions from one Constituent Entity to another.

4.3.2. Covered Taxes are allocated from one Constituent Entity to another Constituent Entity as follows:

- (a) the amount of any Covered Taxes included in the financial accounts of a Constituent Entity with respect to GloBE Income or Loss of a Permanent Establishment is allocated to the Permanent Establishment;
- (b) the amount of any Covered Taxes included in the financial accounts of a Tax Transparent Entity with respect to GloBE Income or Loss allocated to a Constituent Entity-owner pursuant to Article 3.5.1(b) is allocated to that Constituent Entity-owner;
- (c) in the case of a Constituent Entity whose Constituent Entity-owners are subject to a Controlled Foreign Company Tax Regime, the amount of any Covered Taxes included in the financial accounts of its direct or indirect Constituent Entity-owners under a Controlled Foreign Company Tax Regime on their share of the Controlled Foreign Company's income are allocated to the Constituent Entity;
- (d) in the case of a Constituent Entity that is a Hybrid Entity the amount of any Covered Taxes included in the financial accounts of a Constituent Entity-owner on income of the Hybrid Entity is allocated to the Hybrid Entity; and
- (e) the amount of any Covered Taxes accrued in the financial accounts of a Constituent Entity's direct Constituent Entity-owners on distributions from the Constituent Entity during the Fiscal Year are allocated to the distributing Constituent Entity.

4.3.3. Covered Taxes allocated to a Constituent Entity pursuant to Article 4.3.2(c) and (d) in respect of Passive Income are included in such Constituent Entity's Adjusted Covered Taxes in an amount equal to the lesser of:

- (a) the Covered Taxes allocated in respect of such Passive Income; or
- (b) the Top-up Tax Percentage for the Constituent Entity's jurisdiction, determined without regard to the Covered Taxes incurred with respect to such Passive Income by the Constituent Entity-owner, multiplied by the amount of the Constituent Entity's Passive Income includible under any Controlled Foreign Company Tax Regime or fiscal transparency rule.

Any Covered Taxes of the Constituent Entity-owner incurred with respect to such Passive Income that remain after the application of this Article shall not be allocated under Article 4.3.2(c) or (d).

4.3.4. Where the GloBE Income of a Permanent Establishment is treated as GloBE Income of the Main Entity pursuant to Article 3.4.5, any Covered Taxes arising in the location of the Permanent Establishment and associated with such income are treated as Covered Taxes of the Main Entity up to an amount not exceeding such income multiplied by the highest corporate tax rate on ordinary income in the jurisdiction where the Main Entity is located.

Article 4.4. Mechanism to address temporary differences

4.4.1. The Total Deferred Tax Adjustment Amount for a Constituent Entity for the Fiscal Year is equal to the deferred tax expense accrued in its financial accounts if the applicable tax rate is below the Minimum Rate or, in any other case, such deferred tax expense recast at the Minimum Rate, with respect to Covered Taxes for the Fiscal Year subject to the adjustments set forth in Articles 4.4.2 and 4.4.3 and the following exclusions:

- (a) The amount of deferred tax expense with respect to items excluded from the computation of GloBE Income or Loss under Chapter 3;
- (b) The amount of deferred tax expense with respect to Disallowed Accruals and Unclaimed Accruals;
- (c) The impact of a valuation adjustment or accounting recognition adjustment with respect to a deferred tax asset;
- (d) The amount of deferred tax expense arising from a re-measurement with respect to a change in the applicable domestic tax rate; and
- (e) The amount of deferred tax expense with respect to the generation and use of tax credits.

4.4.2. The Total Deferred Tax Adjustment Amount is adjusted as follows:

- (a) Increased by the amount of any Disallowed Accrual or Unclaimed Accrual paid during the Fiscal Year;
- (b) Increased by the amount of any Recaptured Deferred Tax Liability determined in a preceding Fiscal Year which has been paid during the Fiscal Year; and
- (c) Reduced by the amount that would be a reduction to the Total Deferred Tax Adjustment Amount due to recognition of a loss deferred tax asset for a current year tax loss, where a loss deferred tax asset has not been recognised because the recognition criteria are not met.

4.4.3. A deferred tax asset that has been recorded at a rate lower than the Minimum Rate may be recast at the Minimum Rate in the Fiscal Year such deferred tax asset is recorded, if the taxpayer can demonstrate that the deferred tax asset is attributable to a GloBE Loss. The Total Deferred Tax Adjustment Amount is reduced by the amount that a deferred tax asset is increased due to being recast under this Article.

4.4.4. To the extent a deferred tax liability, that is not a Recapture Exception Accrual, is taken into account under this Article and such amount is not paid within the five subsequent Fiscal Years, the amount must be recaptured pursuant to this article. The Amount of the Recaptured Deferred Tax Liability determined for the current Fiscal Year shall be treated as a reduction to Covered Taxes in the fifth preceding Fiscal Year and the Effective Tax Rate and Top-up Tax of such Fiscal Year shall be recalculated under the rules of Article 5.4.1. The Recaptured Deferred Tax Liability for the current Fiscal Year is the amount of the increase in a category of deferred tax liability that was included in the Total Deferred Tax Adjustment Amount in the fifth preceding Fiscal Year that has not reversed by the end of the last day of the current Fiscal Year, unless such amount relates to a Recapture Exception Accrual as set forth in Article 4.4.5.

4.4.5. Recapture Exception Accrual means the tax expense accrued attributable to changes in associated deferred tax liabilities, in respect of:

- (a) Cost recovery allowances on tangible assets
- (b) The cost of a licence or similar arrangement from the government for the use of immovable

property or exploitation of natural resources that entails significant investment in tangible assets;

- (c) Research and development expenses;
- (d) De-commissioning and remediation expenses;
- (e) Fair value accounting on unrealised net gains;
- (f) Foreign currency exchange net gains;
- (g) Insurance reserves and insurance policy deferred acquisition costs;
- (h) Gains from the sale of tangible property located in the same jurisdiction as the Constituent Entity that are reinvested in tangible property in the same jurisdiction; and
- (i) Additional amounts accrued as a result of accounting principle changes with respect to categories (a) through (h).

4.4.6. Disallowed Accrual means:

- (a) Any movement in deferred tax expense accrued in the financial accounts of a Constituent Entity which relates to an uncertain tax position; and
- (b) Any movement in deferred tax expense accrued in the financial accounts of a Constituent Entity which relates to distributions from a Constituent Entity.

4.4.7. Unclaimed Accrual means any increase in a deferred tax liability recorded in the financial accounts of a Constituent Entity for a Fiscal Year that is not expected to be paid within the time period set forth in Article 4.4.4 and for which the Filing Constituent Entity makes an Annual Election not to include in Total Deferred Tax Adjustment Amount for such Fiscal Year.

Article 4.5. The GloBE Loss Election

4.5.1. In lieu of applying the rules set forth in Article 4.4, a Filing Constituent Entity may make a GloBE Loss Election for a jurisdiction. When a GloBE Loss Election is made for a jurisdiction, a GloBE Loss Deferred Tax Asset is established in each Fiscal Year in which there is a Net GloBE Loss for the jurisdiction. The GloBE Loss Deferred Tax Asset is equal to the Net GloBE Loss in a Fiscal Year for the jurisdiction multiplied by the Minimum Rate.

4.5.2. The balance of the GloBE Loss Deferred Tax Asset is carried forward to subsequent Fiscal Years, reduced by the amount of GloBE Loss Deferred Tax Asset used in a Fiscal Year.

4.5.3. The GloBE Loss Deferred Tax Asset must be used in any subsequent Fiscal Year in which there is Net GloBE Income for the jurisdiction in an amount equal to the lower of the Net GloBE Income multiplied by the Minimum Rate or the amount of available GloBE Loss Deferred Tax Asset.

4.5.4. If the GloBE Loss Election is subsequently revoked, any remaining GloBE Loss Deferred Tax Asset is reduced to zero, effective as of the first day of the first Fiscal Year in which the GloBE Loss Election is no longer applicable.

4.5.5. The GloBE Loss Election must be filed with the first GloBE Information Return of the MNE Group that includes the jurisdiction for which the election is made. A GloBE Loss Election cannot be made for a jurisdiction with an Eligible Distribution Tax System as defined in Article 7.3.

4.5.6. A Flow-through Entity that is a UPE of an MNE Group may make a GloBE Loss Election under this Article. When such an election is made, the GloBE Loss Deferred Tax Asset shall be calculated in accordance with Articles 4.5.1 to 4.5.5, however, the GloBE Loss Deferred Tax Asset

shall be calculated with reference to the GloBE Loss of the Flow-through Entity after reduction in accordance with Article 7.1.2.

Article 4.6. Post-filing Adjustments and Tax Rate Changes

4.6.1. An adjustment to a Constituent Entity's liability for Covered Taxes for a previous Fiscal Year recorded in the financial accounts shall be treated as an adjustment to Covered Taxes in the Fiscal Year in which the adjustment is made, unless the adjustment relates to a Fiscal Year in which there is a decrease in Covered Taxes for the jurisdiction. In the case of a decrease in Covered Taxes included in the Constituent Entity's Adjusted Covered Taxes for a previous Fiscal Year, the Effective Tax Rate and Top-up Tax for such Fiscal Year must be recalculated under Article 5.4.1. In the Article 5.4.1 recalculations, the Adjusted Covered Taxes determined for the Fiscal Year shall be reduced by the amount of the decrease in Covered Taxes and GloBE Income determined for the Fiscal Year and any intervening Fiscal Years shall be adjusted as necessary and appropriate. A Filing Constituent Entity may make an Annual Election to treat an immaterial decrease in Covered Taxes as an adjustment to Covered Taxes in the Fiscal Year in which the adjustment is made. An immaterial decrease in Covered Taxes is an aggregate decrease of less than EUR 1 million in the Adjusted Covered Taxes determined for the jurisdiction for a Fiscal Year.

4.6.2. The amount of deferred tax expense resulting from a reduction to the applicable domestic tax rate shall be treated as an adjustment to a Constituent Entity's liability for Covered Taxes claimed under Article 4.1 for a previous Fiscal Year when such reduction results in the application of a rate that is less than the Minimum Rate.

4.6.3. The amount of deferred tax expense, when paid, that has resulted from an increase to the applicable domestic tax rate shall be treated as an adjustment under Article 4.6.1 to a Constituent Entity's liability for Covered Taxes claimed under Article 4.1 for a previous Fiscal Year when such amount was originally recorded at a rate less than the Minimum Rate. This adjustment is limited to an amount that is equal to an increase of deferred tax expense up to such deferred tax expense recast at the Minimum Rate.

4.6.4. If more than EUR 1 million of the amount accrued by a Constituent Entity as current tax expense and included in Adjusted Covered Taxes for a Fiscal Year is not paid within three years of the last day of such year, the Effective Tax Rate and Top-up Tax for the Fiscal Year in which the unpaid amount was claimed as a Covered Tax must be recalculated in accordance with Article 5.4.1 by excluding such unpaid amount from Adjusted Covered Taxes.

5 Computation of Effective Tax Rate and Top-up Tax

Operation of the rules in this chapter

Under this chapter the Top-up Tax of each Low-Taxed Constituent Entity is determined:

- by aggregating each Constituent Entity's GloBE Income or Loss, determined under Chapter 3, and Adjusted Covered Taxes, determined under Chapter 4, with those of other Constituent Entities located in the same jurisdiction to determine an Effective Tax Rate for the jurisdiction;
- by identifying which jurisdiction is a Low-Tax Jurisdiction (i.e. has an Effective Tax Rate that is below the Minimum Rate);
- by computing a jurisdictional Top-Up Tax Percentage for each Low-Tax Jurisdiction;
- by applying the Substance-based Income Exclusion to the Net GloBE Income in the Low-Tax Jurisdiction to determine the Excess Profits in that jurisdiction;
- by multiplying the Top-up Tax percentage by such Excess Profit and reducing the result by the amount of any Qualified Domestic Minimum Top-up Tax to determine the Top-Up Tax for each Low-Tax Jurisdiction; and
- by allocating such Top-up Taxes to the Constituent Entities in the Low-Tax Jurisdiction in proportion to their GloBE Income.

The resulting Top-up Tax of each Low Tax Constituent Entity is then charged to a Parent Entity or to Constituent Entities located in a UTPR Jurisdiction under Chapter 2.

This chapter also includes a *de minimis* exclusion for the Constituent Entities located in the same jurisdiction when their aggregated revenue and income does not exceed certain thresholds. Special rules are provided in Article 5.6 for calculating the ETR in respect of Minority-Owned Constituent Entities.

Article 5.1. Determination of Effective Tax Rate

5.1.1. The Effective Tax Rate of the MNE Group for a jurisdiction with Net GloBE Income shall be calculated for each Fiscal Year. The Effective Tax Rate of the MNE Group for a jurisdiction is equal to the sum of the Adjusted Covered Taxes of each Constituent Entity located in the jurisdiction divided by the Net GloBE Income of the jurisdiction for the Fiscal Year. For purposes of Chapter 5, each Stateless Constituent Entity shall be treated as a single Constituent Entity located in a separate jurisdiction.

5.1.2. The Net GloBE Income of a jurisdiction for a Fiscal Year is the positive amount, if any, computed in accordance with the following formula:

Net GloBE Income = GloBE Income of all Constituent Entities – GloBE Losses of all Constituent Entities

Where:

- (a) the GloBE Income of all Constituent Entities is the sum of the GloBE Income of all Constituent Entities located in the jurisdiction determined in accordance with Chapter 3 for the Fiscal Year; and
- (b) the GloBE Losses of all Constituent Entities is the sum of the GloBE Losses of all Constituent Entities located in the jurisdiction determined in accordance with Chapter 3 for the Fiscal Year.

5.1.3. Adjusted Covered Taxes and GloBE Income or Loss of Constituent Entities that are Investment Entities are excluded from the determination of the Effective Tax Rate in Article 5.1.1 and the determination of Net GloBE Income in Article 5.1.2.

Article 5.2. Top-up Tax

5.2.1. The Top-up Tax Percentage for a jurisdiction for a Fiscal Year shall be the positive percentage point difference, if any, computed in accordance with the following formula:

$$\text{Top up Tax Percentage} = \text{Minimum Rate} - \text{Effective Tax Rate}$$

Where the Effective Tax Rate is the Effective Tax Rate determined in accordance with Article 5.1 for the jurisdiction for the Fiscal Year.

5.2.2. The Excess Profit for the jurisdiction for the Fiscal Year is the positive amount, if any, computed in accordance with the following formula:

$$\text{Excess Profit} = \text{Net GloBE Income} - \text{Substance based Income Exclusion}$$

Where:

- (a) The Net GloBE Income is the Net GloBE Income determined under Article 5.1.2 for the jurisdiction for the Fiscal Year; and
- (b) The Substance-based Income Exclusion is the Substance-based Income Exclusion determined under Article 5.3 for the jurisdiction for the Fiscal Year (if any).

5.2.3. The Jurisdictional Top-up Tax for a jurisdiction for a Fiscal Year is equal to the positive amount, if any, computed in accordance with the following formula:

$$\text{Jurisdictional Top up Tax}$$

$$= (\text{Top up Tax Percentage} \times \text{Excess Profit}) + \text{Additional Current Top up Tax} - \text{Domestic Top up Tax}$$

Where:

- (a) The Top-up Tax Percentage is percentage point difference determined in accordance with Article 5.2.1 for the jurisdiction for the Fiscal Year;
- (b) The Excess Profit is the Excess Profit determined in accordance with Article 5.2.2 for the jurisdiction for the Fiscal Year;
- (c) The Additional Current Top-up Tax is the amount determined, or treated as Additional Current Top-up Tax, under Article 4.1.5 or Article 5.4.1 for the jurisdiction for the Fiscal Year; and
- (d) The Domestic Top-up Tax is the amount payable under a Qualified Domestic Minimum Top-Up Tax of the jurisdiction for the Fiscal Year.

5.2.4. Except as provided in Article 5.4.3, the Top-up Tax of a Constituent Entity shall be determined for each Constituent Entity of a jurisdiction that has GloBE Income determined in accordance with Chapter 3 for the Fiscal Year included in the computation of Net GloBE Income of that jurisdiction in accordance with the following formula:

$$\text{Top up Tax of a CE} = \text{Jurisdictional Top up Tax} \times \frac{\text{GloBE Income of the CE}}{\text{Aggregate GloBE Income of all CEs}}$$

Where:

- (a) The Jurisdictional Top-up Tax is the Top-up Tax determined in accordance with Article 5.2.3 for the jurisdiction for the Fiscal Year;
- (b) The GloBE Income of the CE is the GloBE Income of the Constituent Entity determined in accordance with Article 3.2 for the jurisdiction for the Fiscal Year;
- (c) The aggregate GloBE Income of all CEs is the aggregate GloBE Income of all Constituent Entities that have GloBE Income for the Fiscal Year included in the computation of Net GloBE Income in accordance with Article 5.1.2 for the jurisdiction for the Fiscal Year.

5.2.5. If the Jurisdictional Top-up Tax is attributable to a recalculation under the Article 5.4.1 and the jurisdiction does not have Net GloBE Income for the current Fiscal Year, Top-up Tax shall be allocated using the formula in Article 5.2.4 based on the GloBE Income of the Constituent Entities in the Fiscal Years for which the recalculations under Article 5.4.1 were performed.

Article 5.3. Substance-based Income Exclusion

5.3.1. The Net GloBE Income for the jurisdiction shall be reduced by the Substance-based Income Exclusion for the jurisdiction to determine the Excess Profit for purposes of computing the Top-up Tax under Article 5.2. A Filing Constituent Entity of an MNE Group may make an Annual Election not to apply the Substance-based Income Exclusion for a jurisdiction by not computing the exclusion or claiming it in the computation of Top-up Tax for the jurisdiction in the GloBE Information Return(s) filed for the Fiscal Year.

5.3.2. The Substance-based Income Exclusion amount for a jurisdiction is the sum of the payroll carve-out and the tangible asset carve-out for each Constituent Entity, except for Constituent Entities that are Investment Entities, in that jurisdiction.

5.3.3. The payroll carve-out for a Constituent Entity located in a jurisdiction is equal to 5% of its Eligible Payroll Costs of Eligible Employees that perform activities for the MNE Group in such jurisdiction, except Eligible Payroll costs that are:

- (a) capitalised and included in the carrying value of Eligible Tangible Assets;
- (b) attributable to a Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income under Article 3.3.5 that is excluded from the computation of GloBE Income or Loss for the Fiscal Year.

5.3.4. The tangible asset carve-out for a Constituent Entity located in a jurisdiction is equal to 5% of the carrying value of Eligible Tangible Assets located in such jurisdiction. Eligible Tangible Assets means:

- (a) property, plant, and equipment located in that jurisdiction;
- (b) natural resources located in that jurisdiction;
- (c) a lessee's right of use of tangible assets located in that jurisdiction; and

- (d) a licence or similar arrangement from the government for the use of immovable property or exploitation of natural resources that entails significant investment in tangible assets.

For this purpose, the tangible asset carve-out computation shall not include the carrying value of property (including land or buildings) that is held for sale, lease or investment. The tangible asset carve-out computation shall not include the carrying value of tangible assets used in the generation of a Constituent Entity's International Shipping Income and Qualified Ancillary International Shipping Income (i.e. ships and other maritime equipment and infrastructure). The carrying value of tangible assets attributable to a Constituent Entity's excess income over the cap for Qualified Ancillary International Shipping Income under Article 3.3.4 shall be included in the tangible asset carve-out computation.

5.3.5. The computation of carrying value of Eligible Tangible Assets for purposes of Article 5.3.4 shall be based on the average of the carrying value (net of accumulated depreciation, amortisation, or depletion and including any amount attributable to capitalisation of payroll expense) at the beginning and ending of the Reporting Fiscal Year as recorded for the purposes of preparing the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity.

5.3.6. For purposes of Articles 5.3.3 and 5.3.4, the Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of a Constituent Entity that is a Permanent Establishment are those included in its separate financial accounts as determined by Article 3.4.1 and adjusted in accordance with Article 3.4.2, provided that the Eligible Employees and Eligible Tangible Assets are located in the jurisdiction where the Permanent Establishment is located. The Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of a Permanent Establishment are not taken into account for the Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of the Main Entity. The Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of a Permanent Establishment whose income has been wholly or partly excluded in accordance with Articles 3.5.3 and 7.1.4 are excluded from the Substance-based Income Exclusion computations of the MNE Group in the same proportion.

5.3.7. For purposes of Articles 5.3.3 and 5.3.4, Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of a Flow-through Entity that are not allocated under Article 5.3.6 are allocated as follows:

- (a) if the Financial Accounting Net Income or Loss of the Flow-through Entity has been allocated to the Constituent Entity-owner under Article 3.5.1(b), then the Entity's Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets are allocated in the same proportion to the Constituent Entity-owner provided it is located in the jurisdiction where the Eligible Employees and Eligible Tangible Assets are located;
- (b) if the Flow-through Entity is the Ultimate Parent Entity, then Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets located in the jurisdiction where the Ultimate Parent Entity is located are allocated to it and reduced in proportion to the income that is excluded under Article 7.1.1; and
- (c) all other Eligible Payroll Costs and Eligible Tangible Assets of the Flow-through Entity are excluded from the Substance-based Income Exclusion computations of the MNE Group.

Article 5.4. Additional Current Top-up Tax

5.4.1. If the Effective Tax Rate and Top-up Tax for a prior Fiscal Year is required or permitted to be recalculated pursuant to an ETR Adjustment Article,

- (a) the Effective Tax Rate and Top-Up Tax for the prior Fiscal Year shall be recalculated in accordance with the rules of Article 5.1 through Article 5.3 after taking into account the adjustments to Adjusted Covered Taxes and GloBE Income or Loss required by the

relevant ETR Adjustment Article; and

- (b) any amount of incremental Top-up Tax resulting from such recalculation shall be treated as Additional Current Top-up Tax under Article 5.2.3 arising in the current Fiscal Year.

5.4.2. If there is Additional Current Top-up Tax attributable to a recalculation under Article 5.4.1 and the jurisdiction does not have Net GloBE Income for the current Fiscal Year, the GloBE Income of each Constituent Entity located in the jurisdiction for purposes of Article 2.2.2 shall be equal to the result of the Top-up Tax allocated to such Entity under Articles 5.2.4 and 5.2.5 divided by the Minimum Rate.

5.4.3. If there is Additional Current Top-up Tax attributable to the operation of Article 4.1.5, the GloBE Income of each Constituent Entity located in the jurisdiction for purposes of Article 2.2.2 shall be equal to the result of the Top-up Tax allocated to such Entity under this Article divided by the Minimum Rate. The amount of Additional Current Top-up Tax allocated to each Constituent Entity for purposes of this Article shall be allocated only to Constituent Entities that record an Adjusted Covered Taxes amount that is less than zero and less than the GloBE Income or Loss of such Constituent Entity multiplied by the Minimum Rate. The allocation shall be made pro-rata based upon the following amount for each of those Constituent Entities:

$$(GloBE\ Income\ or\ Loss\ \times\ Minimum\ Rate) - Adjusted\ Covered\ Taxes$$

5.4.4. If a Constituent Entity is allocated Additional Current top-up Tax pursuant to this Article and Article 5.2.4 such Constituent Entity shall be treated as a Low-Taxed Constituent Entity for the purposes of Chapter 2.

Article 5.5. De minimis exclusion

5.5.1. At the election of the Filing Constituent Entity, and notwithstanding the requirements otherwise provided in Chapter 5, the Top-up Tax for the Constituent Entities located in a jurisdiction shall be deemed to be zero for a Fiscal Year if, for such Fiscal Year:

- (a) the Average GloBE Revenue of such jurisdiction is less than EUR 10 million; and
- (b) the Average GloBE Income or Loss of such jurisdiction is a loss or is less than EUR 1 million.

The election under this Article is an Annual Election.

5.5.2. For purposes of Article 5.5.1, the Average GloBE Revenue (or GloBE Income or Loss) of a jurisdiction is the average of the GloBE Revenue (or GloBE Income or Loss) of the jurisdiction for the current and the two preceding Fiscal Years. If there were no Constituent Entities with GloBE Revenue or GloBE Losses that were located in the jurisdiction in the first or second preceding Fiscal Year, such year or years shall be excluded from the calculation of the Average GloBE Revenue and the Average GloBE Income or Loss of the relevant jurisdiction.

5.5.3. For purposes of Article 5.5.2:

- (a) the GloBE Revenue of a jurisdiction for a Fiscal Year is the sum of the revenue of all Constituent Entities located in the jurisdiction for such Fiscal Year, taking into account the adjustments calculated in accordance with Chapter 3; and
- (b) the GloBE Income or Loss of a jurisdiction for a Fiscal Year is the Net GloBE Income of that jurisdiction, if any, or the Net GloBE Loss of that jurisdiction.

5.5.4. An election under Article 5.5 shall not apply to a Constituent Entity that is a Stateless

Constituent Entity or an Investment Entity and the revenue and GloBE Income or Loss of a Stateless Constituent Entity and of an Investment Entity shall be excluded from the computations in Article 5.5.3.

Article 5.6. Minority-Owned Constituent Entities

5.6.1. The computation of the Effective Tax Rate and Top-up Tax for a jurisdiction in accordance with Chapters 3 to 7, and Article 8.2 with respect to members of a Minority-Owned Subgroup shall apply as if they were a separate MNE Group. The Adjusted Covered Taxes and GloBE Income or Loss of members of a Minority-Owned Subgroup are excluded from the determination of the remainder of the MNE Group's Effective Tax Rate in Article 5.1.1 and Net GloBE Income in Article 5.1.2.

5.6.2. The Effective Tax Rate and Top-up Tax of a Minority-Owned Constituent Entity that is not a member of a Minority-Owned Subgroup is computed on an entity basis in accordance with Chapters 3 to 7, and Article 8.2. The Adjusted Covered Taxes and GloBE Income or Loss of the Minority-Owned Constituent Entity are excluded from the determination of the remainder of the MNE Group's Effective Tax Rate in Article 5.1.1 and Net GloBE Income in Article 5.1.2. This provision does not apply if the Minority-Owned Constituent Entity is an Investment Entity.

6 Corporate Restructurings and Holding Structures

Operation of the rules in this chapter

Chapter 6 contains rules relating to acquisitions, disposals and Joint Ventures.

- Article 6.1 supplements Article 1.1 by providing further rules for applying the consolidated revenue threshold in the case of merger and demerger transactions that took place in the prior four year period.
- Article 6.2 provides special rules for the application of the GloBE Rules that apply when a Constituent Entity enters or leaves an MNE Group during the Fiscal Year.
- Article 6.3 provides special rules for the treatment of transfers of assets and liabilities including as part of a reorganisation.
- Article 6.4 brings certain Joint Ventures within the scope of the GloBE Rules.
- Article 6.5 provides special rules for Multi-Parented MNE Groups.

Article 6.1. Application of Consolidated Revenue Threshold to Group Mergers and Demergers

6.1.1. For the purposes of Article 1.1

- (a) If two or more Groups merge to form a single Group in any of the four Fiscal Years prior to the tested Fiscal Year, then the consolidated revenue threshold of the MNE Group for any Fiscal Year prior to the merger is deemed to be met for that year if the sum of the revenue included in each of their Consolidated Financial Statements for that year is equal to or greater than EUR 750 million.
- (b) Where an Entity that is not a member of any Group (target) merges with an Entity or Group (acquirer) in the tested Fiscal Year and the target or acquirer does not have Consolidated Financial Statements in any of the four Fiscal Years prior to the tested Fiscal Year because it was not a member of any Group in that year, the consolidated revenue threshold of the MNE Group is deemed to be met for that year if the sum of the revenue included in each of their Financial Statements or Consolidated Financial Statements for that year is equal to or greater than EUR 750 million.
- (c) Where a single MNE Group within the scope of the GloBE Rules demerges into two or more Groups (each a demerged Group), the consolidated revenue threshold is deemed to be met by a demerged Group:
 - i. with respect to the first tested Fiscal Year ending after the demerger, if the demerged

Group has annual revenues of EUR 750 million or more in that year;

- ii. with respect to the second to fourth tested Fiscal Years ending after the demerger, if the demerged Group has annual revenues of EUR 750 million or more in at least two of the Fiscal Years following the year of the demerger.

6.1.2. For the purposes of Article 6.1.1 a merger is any arrangement where :

- (a) all or substantially all of the Group Entities of two or more separate Groups are brought under common control such that they constitute Group Entities of a combined Group; or
- (b) an Entity that is not a member of any Group is brought under common control with another Entity or Group such that they constitute Group Entities of a combined Group.

6.1.3. For the purposes of Article 6.1.1 a demerger is any arrangement where the Group Entities of a single Group are separated into two or more Groups that are no longer consolidated by the same Ultimate Parent Entity.

Article 6.2. Constituent Entities joining and leaving an MNE Group

6.2.1. Except to the extent provided in Article 6.2.2, the following provisions apply where an Entity (the target) becomes or ceases to be a Constituent Entity of an MNE Group as a result of a transfer of direct or indirect Ownership Interests in such Entity during the Fiscal Year (the acquisition year):

- (a) where the target joins or leaves a Group or the target becomes the Ultimate Parent Entity of a new Group, the target will be treated as a member of the Group for the purposes of the GloBE Rules if any portion of its assets, liabilities, income, expenses or cash flows are included on a line-by-line basis in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity in the acquisition year;
- (b) in the acquisition year, an MNE Group shall take into account only the Financial Accounting Net Income or Loss and Adjusted Covered Taxes of the target that are taken into account in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity for purposes of applying the GloBE Rules;
- (c) in the acquisition year and each succeeding year, the target shall determine its GloBE Income or Loss and Adjusted Covered Taxes using its historical carrying value of the assets and liabilities;
- (d) the computation of the target's Eligible Payroll Costs under Article 5.3.3 shall take into account only those costs reflected in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity;
- (e) the computation of carrying value of the target's Eligible Tangible Assets for purposes of Article 5.3.4 shall be adjusted proportionally to correspond with the length of the relevant Fiscal Year that the target was a member of the MNE Group;
- (f) with the exception of the GloBE Loss Deferred Tax Asset, the deferred tax assets and deferred tax liabilities of a Constituent Entity that are transferred between MNE Groups shall be taken into account under the GloBE Rules by the acquiring MNE Group in the same manner and to the same extent as if the acquiring MNE Group controlled the Constituent Entity when such assets and liabilities arose;
- (g) deferred tax liabilities of a target that have previously been included in its Total Deferred Tax Adjustment Amount shall be treated as reversed for purposes of applying Article 4.4.4

by the disposing MNE Group and treated as arising in the acquisition year for purposes of applying Article 4.4.4 by the acquiring MNE Group, except that in such cases any subsequent reduction to Covered Taxes under Article 4.4.4 shall have effect in the year in which the amount is recaptured ; and

- (h) if the target is a Parent Entity and it is a Group Entity of two or more MNE Groups during the acquisition year, it shall apply separately the provisions of the IIR to its Allocable Shares of the Top-up Tax of Low-Taxed Constituent Entities determined for each MNE Group.

6.2.2. For purposes of the GloBE Rules, the acquisition or disposal of a Controlling Interest in a Constituent Entity will be treated as an acquisition or disposal of the assets and liabilities if the jurisdiction in which the target Constituent Entity is located, or in the case of a Tax Transparent Entity, the jurisdiction in which the assets are located, treats the acquisition or disposal of that Controlling Interest in the same or similar manner as an acquisition or disposition of the assets and liabilities and imposes a Covered Tax on the seller based on the difference between the tax basis and the consideration paid in exchange for the Controlling Interest or the fair value of the assets and liabilities.

Article 6.3. Transfer of Assets and Liabilities

6.3.1. In the case of a disposition or acquisition of assets and liabilities, a disposing Constituent Entity will include the gain or loss on disposition in the computation of its GloBE Income or Loss and an acquiring Constituent Entity will determine its GloBE Income or Loss using the acquiring Constituent Entity's carrying value of the acquired assets and liabilities determined under the accounting standard used in preparing Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity.

6.3.2. If the disposition or acquisition of assets and liabilities is part of a GloBE Reorganisation Article 6.3.1 shall not apply and:

- (a) a disposing Constituent Entity will exclude any gain or loss on the disposition from the computation of its GloBE Income or Loss; and
- (b) an acquiring Constituent Entity will determine its GloBE Income or Loss after the acquisition using the disposing Entity's carrying values of the acquired assets and liabilities upon disposition.

6.3.3. If a disposition or acquisition of assets and liabilities is part of a GloBE Reorganisation in which a disposing Constituent Entity recognises Non-qualifying Gain or Loss, Articles 6.3.1 and 6.3.2 shall not apply and:

- (a) the disposing Constituent Entity will include gain or loss on the disposition in its GloBE Income or Loss computation to the extent of the Non-qualifying Gain or Loss; and
- (b) an acquiring Constituent Entity will determine its GloBE Income or Loss after the acquisition using the disposing Entity's carrying value of the acquired assets and liabilities upon disposition adjusted consistent with local tax rules to account for the Non-qualifying Gain or Loss.

6.3.4. At the election of the Filing Constituent Entity, a Constituent Entity of an MNE Group that is required or permitted to adjust the basis of its assets and the amount of its liabilities to fair value for tax purposes in the jurisdiction in which it is located, shall:

- (a) Include in the computation of its GloBE Income or Loss an amount of gain or loss in respect

of each of its assets and liabilities that is equal to:

- i. the difference between the carrying value for financial accounting purposes of the asset or liability immediately before and the fair value of the asset or liability immediately after the date of the event that triggered the tax adjustment (the triggering event);
 - ii. decreased (or increased) by the Non-Qualifying Gain (or Loss), if any, arising in connection with the triggering event;
- (b) use the fair value for financial accounting purposes of the asset or liability immediately after the triggering event to determine GloBE Income or Loss in Fiscal Years ending after the triggering event; and
- (c) include the net total of the amounts determined in 6.3.4(a) in the Constituent Entity's GloBE Income or Loss in one of the following ways:
- i. the net total of the amounts is included in the Fiscal Year in which the triggering event occurs; or
 - ii. an amount equal to the net total of the amounts divided by five is included in the Fiscal Year in which the triggering event occurs and in each of the immediate four subsequent Fiscal Years, unless the Constituent Entity leaves the MNE Group in a Fiscal Year within this period, in which case the remaining amount will be wholly included in that Fiscal Year.

Article 6.4. Joint Ventures

6.4.1. The GloBE Rules shall apply to a Joint Venture and its JV Subsidiaries as follows for each Fiscal Year:

- (a) Chapters 3 to 7, and Article 8.2 shall apply for purposes of computing any Top-Up Tax of the Joint Venture and its JV Subsidiaries as if they were Constituent Entities of a separate MNE Group and as if the Joint Venture was the Ultimate Parent Entity of that Group;
- (b) a Parent Entity that holds directly or indirectly Ownership Interests in the Joint Venture or a JV Subsidiary shall apply the IIR with respect to its Allocable Share of the Top-up Tax of a member of the JV Group in accordance with Article 2.1 to Article 2.3; and
- (c) the JV Group Top-up Tax shall be reduced by each Parent Entity's Allocable Share of the Top-up Tax of each member of the JV Group that is brought into charge under a Qualified IIR under paragraph (b), and any remaining amount shall be added to the Total UTPR Top-up Tax Amount taken into account under Article 2.5.1.

Article 6.5. Multi-Parented MNE Groups

6.5.1. The following provisions apply to Multi-Parented MNE Groups:

- (a) the Entities and Constituent Entities of each Group are treated as members of a single MNE Group for purposes of the GloBE Rules (the Multi-Parented MNE Group);
- (b) an Entity (other than an Excluded Entity) shall be treated as a Constituent Entity if it is consolidated on a line-by-line basis by the Multi-Parented MNE Group or its Controlling Interests are held by Entities in the Multi-Parented MNE Group;

- (c) the Consolidated Financial Statements of the Multi-Parented MNE Group shall be the Consolidated Financial Statements referred to in the definition of Stapled Structure or Dual-listed arrangement (as relevant) prepared under an Acceptable Financial Accounting Standard, which is deemed to be the accounting standard of the Ultimate Parent Entity;
- (d) the Ultimate Parent Entities of the separate Groups that comprise the Multi-Parented MNE Group shall be the Ultimate Parent Entities of the Multi-Parented MNE Group (when applying the GloBE Rules in respect of a Multi-Parented MNE Group, references to an Ultimate Parent Entity shall apply, as required, as if they were references to multiple Ultimate Parent Entities);
- (e) the Parent Entities of the Multi-Parented MNE Group (including each Ultimate Parent Entity) located in [insert name of implementing jurisdiction] shall apply the IIR in accordance with Article 2.1 to Article 2.3 with respect to their Allocable Share of the Top-up Tax of the Low-Taxed Constituent Entity;
- (f) all of the Constituent Entities of the Multi-Parented MNE Group located in [insert name of implementing jurisdiction] shall apply the UTPR in accordance with Article 2.4 to Article 2.6 taking into account the Top-up Tax of each Low-Taxed Constituent Entity of the Multi-Parented MNE Group; and
- (g) the Ultimate Parent Entities are required to submit the GloBE Information Return in accordance with Article 8.1, unless they appoint a single Designated Filing Entity and that return shall include the information concerning each of the Groups that comprise the Multi-Parented MNE Group.

7 Tax neutrality and distribution regimes

Operation of the rules in this chapter

Chapter 7 deals with the application of the GloBE Rules to certain tax neutrality and other distribution regimes.

- Article 7.1 and Article 7.2 provide special rules in relation to Ultimate Parent Entities that are subject to a tax neutrality regime (such as a tax transparency regime or a Deductible Dividend Regime).
- Article 7.3 provides special rules in relation to certain tax regimes that subject an Entity to tax on its earnings when those earnings are distributed or deemed distributed.
- Article 7.4 to Article 7.6 provide special rules in relation to controlled Investment Entities that seek to preserve the tax neutrality of these Entities without giving rise to any leakage under the GloBE Rules.

Article 7.1. Ultimate Parent Entity that is a Flow-through Entity

7.1.1. The GloBE Income for a Fiscal Year of a Flow-through Entity that is the Ultimate Parent Entity of an MNE Group shall be reduced by the amount of GloBE Income attributable to each Ownership Interest if:

- (a) the holder of the Ownership Interest is subject to tax on such income for a taxable period that ends within 12 months of the end of the MNE Group's Fiscal Year and:
 - (i) the holder of the Ownership Interest is subject to tax on the full amount of such income at a nominal rate that equals or exceeds the Minimum Rate; or
 - (ii) it can be reasonably expected that the aggregate amount of Adjusted Covered Taxes of the Ultimate Parent Entity and Taxes of the holder of the Ownership Interest on such income equals or exceeds the amount that results from multiplying the full amount of such income by the Minimum Rate; or
- (b) the holder is a natural person that:
 - (i) is a tax resident in the UPE Jurisdiction; and
 - (ii) holds Ownership Interests that, in the aggregate, are a right to 5% or less of the profits and assets of the Ultimate Parent Entity; or
- (c) the holder is a Governmental Entity, an International Organisation, a Non-profit Organisation, or a Pension Fund that
 - (i) is resident in the UPE Jurisdiction; and

- (ii) holds Ownership Interests that, in the aggregate, are a right to 5% or less of the profits and assets of the Ultimate Parent Entity.

7.1.2. In computing its GloBE Loss for a Fiscal Year, a Flow-through Entity that is the Ultimate Parent Entity of an MNE Group shall reduce its GloBE Loss for such Fiscal Year by the amount of GloBE Loss attributable to each Ownership Interest, except to the extent that the holders of Ownership Interests are not allowed to use the loss in computing their separate taxable income.

7.1.3. A Flow-through Entity that reduces its GloBE Income pursuant to Article 7.1.1 shall reduce its Covered Taxes proportionally.

7.1.4. Articles 7.1.1 through 7.1.3 shall apply to a Permanent Establishment:

- (a) through which a Flow-Through Entity that is the Ultimate Parent Entity of an MNE Group wholly or partly carries out its business; or
- (b) through which the business of a Tax Transparent Entity is wholly or partly carried out if the Ultimate Parent Entity's Ownership Interest in that Tax Transparent Entity is held directly or through a Tax Transparent Structure.

Article 7.2. Ultimate Parent Entity subject to Deductible Dividend Regime

7.2.1. For purposes of computing its GloBE Income or Loss for a Fiscal year, an Ultimate Parent Entity that is subject to a Deductible Dividend Regime shall reduce (but not below zero) its GloBE Income for such Fiscal Year by the amount that is distributed as a Deductible Dividend within 12 months of the end of the Fiscal Year if:

- (a) the dividend is subject to tax in the hands of the dividend recipient for a taxable period that ends within 12 months of the end of the MNE Group's Fiscal Year, and:
 - (i) the dividend recipient is subject to tax on such dividend at a nominal rate that equals or exceeds the Minimum Rate;
 - (ii) it can be reasonably expected that the aggregate amount of Adjusted Covered Taxes of the Ultimate Parent Entity and Taxes paid by the dividend recipient on the dividend income equals or exceeds the amount that results from multiplying the full amount of such income by the Minimum Rate; or
 - (iii) the dividend recipient is a natural person and the dividend is a patronage dividend from a supply Cooperative; or
- (b) the dividend recipient is a natural person that:
 - (i) is a tax resident in the UPE Jurisdiction; and
 - (ii) holds Ownership Interests that, in the aggregate, are a right to 5% or less of the profits and assets of the Ultimate Parent Entity.
- (c) the dividend recipient is resident in the UPE Jurisdiction and is:
 - (i) a Governmental Entity,
 - (ii) an International Organisation,
 - (iii) a Non-profit Organisation or
 - (iv) a Pension Fund that is not a Pension Services Entity.

7.2.2. An Ultimate Parent Entity that reduces its GloBE Income pursuant to Article 7.2.1 shall reduce its Covered Taxes (other than the Taxes for which the dividend deduction was allowed) proportionally and shall reduce its GloBE Income by the same amount.

7.2.3. If the Ultimate Parent Entity holds an Ownership Interest in another Constituent Entity subject to the Deductible Dividend Regime (directly or through a chain of such Constituent Entities), Articles 7.2.1 and 7.2.2 shall apply to each other Constituent Entity in the UPE Jurisdiction that is subject to the Deductible Dividend Regime to the extent that its GloBE Income is further distributed by the Ultimate Parent Entity to recipients that meet the requirements of Article 7.2.1.

7.2.4. Patronage dividends from a supply Cooperative are subject to tax to the extent they reduce an expense or cost that is deductible in the computation of the recipient's taxable income.

Article 7.3. Eligible Distribution Tax Systems

7.3.1. A Filing Constituent Entity may make an annual election with respect to a Constituent Entity that is subject to an Eligible Distribution Tax System to add the amount of Deemed Distribution Tax determined under Article 7.3.2 to Adjusted Covered Taxes for the Fiscal Year. An election under this Article shall apply to all Constituent Entities located in the jurisdiction.

7.3.2. The amount of Deemed Distribution Tax is the lesser of:

- (a) the amount of Adjusted Covered Taxes necessary to increase the Effective Tax Rate computed under Article 5.2.1 for the jurisdiction for the Fiscal Year to the Minimum Rate; or
- (b) the amount of tax that would have been due if the Constituent Entities located in the jurisdiction had distributed all of their income that is subject to the Eligible Distribution Tax Regime during such year.

7.3.3. An annual Deemed Distribution Tax Recapture Account is established for each Fiscal Year in which the election in Article 7.3.1 applies. A Deemed Distribution Tax Recapture Account is increased by the amount of the Deemed Distribution Tax determined under Article 7.3.2 for the jurisdiction for the Fiscal Year for which it was established. At the end of each succeeding Fiscal Year, the outstanding balances of Deemed Distribution Tax Recapture Accounts established for prior Fiscal Years are reduced in chronological order and to the extent thereof, but not below zero:

- (a) first by Taxes paid by the Constituent Entities during the Fiscal Year in relation to actual or deemed distributions;
- (b) then by the amount of any Net GloBE Loss of the jurisdiction multiplied by the Minimum Rate; and
- (c) then by any amount of Recapture Account Loss Carry-forward applied to the current Fiscal Year pursuant to Article 7.3.4.

7.3.4. A Recapture Account Loss Carry-forward shall be established for the jurisdiction when the amount described in Article 7.3.3(b) exceeds the outstanding balance of the Deemed Distribution Tax Recapture Accounts. The Recapture Account Loss Carry-forward shall be in an amount equal to such excess and shall be taken into account in subsequent Fiscal Years as a reduction to Deemed Distribution Tax Recapture Accounts in such Fiscal Years. When such amount is taken into account in a subsequent Fiscal Year, the Recapture Account Loss Carry-forward must be reduced by that amount.

7.3.5. If there is an outstanding balance of a Deemed Distribution Tax Recapture Account (maintained in accordance with Article 7.3.3) on the last day of the fourth Fiscal Year after the Fiscal

Year for which such account was established, the Effective Tax Rate and Top-up Tax for the Fiscal Year for which the account was established must be recalculated under Article 5.4.1 by treating the balance of the Deemed Distribution Tax Recapture Account as a reduction to the Adjusted Covered Taxes previously determined for such year.

7.3.6. Taxes paid during the Fiscal Year in relation to actual or deemed distributions are not included in Adjusted Covered Taxes to the extent they reduce a Deemed Distribution Tax Recapture Account under Article 7.3.3.

7.3.7. In the Fiscal Year that a Departing Constituent Entity leaves the MNE Group or transfers substantially all of its assets,

- (a) the Effective Tax Rate and Top-up Tax for each preceding year for which a Deemed Distribution Tax Recapture Account is outstanding is re-calculated in accordance with the principles of Article 5.4.1. by treating the balance of the Deemed Distribution Tax Recapture Account as a reduction to the Adjusted Covered Taxes previously determined for such year; and
- (b) any amount of incremental Top-up Tax resulting from such recalculation shall be multiplied by the Disposition Recapture Ratio to determine the Additional Current Top-up Tax for purposes of Article 5.2.3.

7.3.8. The Disposition Recapture Ratio is determined for each Departing Constituent Entity using the following formula:

$$\frac{\text{GloBE Income of the CE}}{\text{Net Income of the jurisdiction}}$$

Where:

- (a) GloBE Income of the CE is the sum of GloBE Income of the Departing Constituent Entity determined in accordance with Chapter 3 for each Fiscal Year corresponding to the Deemed Distribution Tax Recapture Accounts for the jurisdiction; and
- (b) Net Income of the jurisdiction is the sum of the Net GloBE Income of the jurisdiction determined in accordance with Article 5.1.2 for each Fiscal Year corresponding to the Deemed Distribution Tax Recapture Accounts for the jurisdiction.

Article 7.4. Effective Tax Rate Computation for Investment Entities

7.4.1. The rules of Article 7.4 apply to Constituent Entities that meet the definition of an Investment Entity, except Investment Entities that are Tax Transparent Entities or subject to an election under Article 7.5 or Article 7.6.

7.4.2. The Effective Tax Rate for an Investment Entity that is a Constituent Entity shall be calculated separately from the Effective Tax Rate of the jurisdiction in which it is located. The Effective Tax Rate for each such Investment Entity is equal to the Investment Entity's Adjusted Covered Taxes divided by the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income determined under Chapter 3. If there is more than one Investment Entity located in the jurisdiction, the Adjusted Covered Taxes and the MNE Group's Allocable Share of each Investment Entity's GloBE Income or Loss determined for each such Investment Entity are combined to compute the Effective Tax Rate of all such Investment Entities.

7.4.3. An Investment Entity's Adjusted Covered Taxes is the sum of the Adjusted Covered Taxes determined for the Investment Entity under Article 4.1 attributable to the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income and the Covered Taxes allocated to the Investment

Entity under Article 4.3. The Investment Entity's Adjusted Covered Taxes does not include any Covered Taxes accrued by the Investment Entity attributable to income that is not part of the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income.

7.4.4. The MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income is equal to the Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income or Loss that would be determined for the Ultimate Parent Entity in accordance with the rules of Article 2.2.2 taking into account only interests that are not subject to an election under Article 7.5 or Article 7.6.

7.4.5. The Top-up Tax of a Constituent Entity that is an Investment Entity shall be an amount equal to the Top-up Tax Percentage for the Investment Entity multiplied by the excess of the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income over the Substance-based Income Exclusion for the Investment Entity. The Top-up Tax Percentage for an Investment Entity shall be the percentage point excess, if any, of the Minimum Rate over the Effective Tax Rate of the Investment Entity. If there is more than one Investment Entity located in the jurisdiction, the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income and the Substance-based Income Exclusion determined for each such Investment Entity are combined to compute the Effective Tax Rate of all such Investment Entities.

7.4.6. The Substance-based Income Exclusion for an Investment Entity shall be determined in accordance with the principles in Article 5.3 without regard to the exception in Article 5.3.2, and by taking into account only Eligible Tangible Assets and Eligible Payroll Costs of Eligible Employees of the Investment Entities reduced in proportion to the MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income to the Investment Entity's total GloBE Income.

Article 7.5. Investment Entity Tax Transparency Election

7.5.1. A Filing Constituent Entity may elect to treat a Constituent Entity that is an Investment Entity or an Insurance Investment Entity as a Tax Transparent Entity if the Constituent Entity-owner is subject to tax in its location under a mark-to-market or similar regime based on the annual changes in the fair value of its Ownership Interest in the Entity and the tax rate applicable to the Constituent Entity-owner with respect to such income equals or exceeds the Minimum Rate. For this purpose, a Constituent Entity that indirectly owns an Ownership Interest in an Investment Entity or Insurance Investment Entity through a direct Ownership Interest in another Investment Entity or Insurance Investment Entity is considered to be subject to tax under a mark-to-market or similar regime with respect to the indirect Ownership Interest in the first-mentioned Entity if it is subject to a mark-to-market or similar regime with respect to the direct Ownership Interest in the second-mentioned Entity.

7.5.2. The election under this Article is a Five-Year Election. If the election is revoked, gain or loss from the disposition of an asset or liability held by the Investment Entity shall be determined based on the fair value of the assets or liabilities on the first day of the revocation year.

Article 7.6. Taxable Distribution Method Election

7.6.1. At the election of the Filing Constituent Entity, a Constituent Entity-owner that is not an Investment Entity may apply the Taxable Distribution Method with respect to its Ownership Interest in a Constituent Entity that is an Investment Entity if the Constituent Entity-owner can be reasonably expected to be subject to tax on distributions from the Investment Entity at a tax rate that equals or exceeds the Minimum Rate.

7.6.2. Under the Taxable Distribution Method:

- (a) distributions and deemed distributions of the Investment Entity's GloBE Income are included in the GloBE Income of the Constituent Entity-owner (other than an Investment Entity) that received the distribution;
- (b) the Local Creditable Tax Gross-up is included in the GloBE Income and Adjusted Covered Taxes of the Constituent Entity-owner (other than an Investment Entity) that received the distribution;
- (c) the Constituent Entity-owner's proportionate share of the Investment Entity's Undistributed Net GloBE Income for the Tested Year is treated as GloBE Income of the Investment Entity for the Reporting Fiscal Year and the result of multiplying the Minimum Rate by such GloBE Income is treated as Top-up Tax of a Low-Tax Constituent Entity in the Fiscal Year for purposes of Chapter 2; and
- (d) the Investment Entity's GloBE Income or Loss for the Fiscal Year and any Adjusted Covered Taxes attributable to such income are excluded from all Effective Tax Rate computations under Chapter 5 and Articles 7.4.2 to 7.4.5, except as provided in paragraph (b).

7.6.3. The Undistributed Net GloBE Income for a Fiscal Year is the amount of the Investment Entity's GloBE Income, if any, for the Tested Year reduced (but not below zero) by:

- (a) any Covered Taxes of the Investment Entity;
- (b) distributions and deemed distributions to shareholders other than Constituent Entities that are Investment Entities in the Testing Period;
- (c) GloBE Losses arising in the Testing Period; and
- (d) Investment Loss Carry-forwards.

7.6.4. Undistributed Net GloBE Income for the Tested Year cannot be reduced by distributions or deemed distributions to the extent that such distributions were treated as a reduction to Undistributed Net GloBE Income of a previous Tested Year. For purposes of computing Undistributed Net GloBE Income, a GloBE Loss is reduced to the extent it reduced Undistributed Net GloBE Income at the end of a previous Fiscal Year. If a GloBE Loss for a Fiscal Year is not reduced to zero before the end of the last Tested Period that includes such Fiscal Year, the remainder becomes an Investment Loss Carry-forward and is reduced in the same manner as a GloBE Loss in subsequent Fiscal Years.

7.6.5. For purposes of Article 7.6,

- (a) the Tested Year is the third year preceding the Reporting Fiscal Year;
- (b) the Testing Period is the period beginning with the first day of the Tested Year and ending with the last day of the Reporting Fiscal Year that the Ownership Interest was held by a Group Entity;
- (c) a deemed distribution arises when a direct or indirect Ownership Interest in the Investment Entity is transferred to a non-Group Entity and is equal to the proportionate share of the Undistributed Net GloBE Income attributable to such Ownership Interest on the date of such transfer (determined without regard to the deemed distribution); and
- (d) the Local Creditable Tax Gross-up is the amount of Covered Taxes incurred by the Investment Entity that is allowed as a credit against the Constituent Entity-owner's tax liability arising in connection with a distribution from the Investment Entity.

7.6.6. The election under this Article is a Five-Year Election. If the election is revoked, Constituent Entity-owner's proportionate share of the Investment Entity's Undistributed Net GloBE

Income for the Tested Year at the end of the Fiscal Year preceding the revocation year is treated as GloBE Income of the Investment Entity for the revocation year and the result of multiplying the Minimum Rate by such GloBE Income is treated as Top-up Tax of a Low-Tax Constituent Entity in the revocation year for purposes of Chapter 2.

8 Administration

Operation of the rules in this chapter

Chapter 8 addresses certain administrative aspects of the GloBE Rules.

- Article 8.1 sets out an MNE Groups obligation to file a standardised information return in each jurisdiction that has introduced the GloBE Rules in order to provide information on the tax calculations made by the MNE under the GloBE Rules.
- Article 8.2 allows for the development of certain safe harbours.
- Article 8.3 facilitates co-ordination between tax administrations in the application of the GloBE Rules through the development Agreed Administrative Guidance.

Article 8.1. Filing obligation

8.1.1. Subject to Article 8.1.2, each Constituent Entity located in [insert name of implementing-Jurisdiction] shall file a GloBE Information Return conforming to the requirements of Articles 8.1.4 to 8.1.6 with the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction]. The return may be filed by either the Constituent Entity itself or by a Designated Local Entity on its behalf.

8.1.2. A Constituent Entity is not obligated to file a GloBE Information Return with the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] if a GloBE Information Return conforming to the requirements of Articles 8.1.4 to 8.1.6 has been filed by either:

- (a) the Ultimate Parent Entity located in a jurisdiction that has a Qualifying Competent Authority Agreement in effect with [insert name of implementing-Jurisdiction] for the Reporting Fiscal Year; or
- (b) the Designated Filing Entity located in a jurisdiction that has a Qualifying Competent Authority Agreement in effect with [insert name of implementing-Jurisdiction] for the Reporting Fiscal Year.

8.1.3. Where Article 8.1.2 applies, a Constituent Entity located in [insert name of implementing-Jurisdiction] or the Designated Local Entity on its behalf, shall notify the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] of the identity of the Entity that is filing the GloBE Information Return and the jurisdiction in which it is located.

8.1.4. The GloBE Information Return shall be filed in a standard template that is developed in accordance with the GloBE Implementation Framework and shall include the following information concerning the MNE Group (which shall be specified, expanded or restricted in accordance with the GloBE Implementation Framework including through the development of simplified reporting procedures):

- (a) identification of the Constituent Entities, including their tax identification numbers (if they

- exist), the jurisdiction in which they are located and their status under the GloBE Rules,
- (b) Information on the overall corporate structure of the MNE Group including the Controlling Interests in the Constituent Entities held by other Constituent Entities;
 - (c) the information necessary to compute:
 - i. the Effective Tax Rate for each jurisdiction and the Top-up Tax of each Constituent Entity under Chapter 5;
 - ii. the Top-up Tax of a member of the JV Group under Chapter 6;
 - iii. the allocation of Top-Up Tax under the IIR, and the UTPR Top-Up Tax Amount to each jurisdiction, under Chapter 2;
 - (d) a record of the elections made in accordance with the relevant provisions of the GloBE Rules; and
 - (e) other information that is agreed as part of the GloBE Implementation Framework and is necessary to carry out the administration of the GloBE Rules.

8.1.5. The GloBE Information Return shall apply the definitions and instructions contained in the standard template that is developed in accordance with the GloBE Implementation Framework.

8.1.6. The GloBE Information Return and the notifications pursuant to this Article shall be filed with the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] no later than 15 months after the last day of the Reporting Fiscal Year.

8.1.7. The tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] may modify the information, filing and notification requirements of the GloBE Information Return to align those requirements with those provided under the GloBE Implementation Framework (including the development of simplified reporting procedures).

8.1.8. The laws of [insert name of implementing-Jurisdiction] with respect to penalties, sanctions and the confidentiality of returns and return information shall apply to the GloBE Information Return.

Article 8.2. Safe Harbours

8.2.1. At the election of the Filing Constituent Entity, and notwithstanding Chapter 5, the Top-up Tax for a jurisdiction (the safe harbour jurisdiction) shall be deemed to be zero for a Fiscal Year when the Constituent Entities located in this jurisdiction are eligible for a GloBE Safe Harbour, pursuant to the conditions provided under the GloBE Implementation Framework and applicable for that Fiscal Year.

8.2.2. An election made for a jurisdiction under Article 8.2.1 shall not apply in circumstances where:

- (a) [insert name of implementing-Jurisdiction] could be allocated Top-up Tax under the GloBE Rules if the Effective Tax Rate for the safe harbour jurisdiction computed in accordance with Chapter 5 was below the Minimum Rate; and
- (b) the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] notifies the Liable Constituent Entity (or Entities) within 36 months after the filing of the GloBE Information Return of specific facts and circumstances that may have materially affected the eligibility of the Constituent Entities located in the safe harbour jurisdiction for the relevant safe harbour and invites the Liable Constituent Entity (or Entities) to clarify within six months the effect of those facts and circumstances on the eligibility of those Constituent Entities

for that safe harbour; and

- (c) the Liable Constituent Entity (or Entities) fail(s) to demonstrate within the response period that those facts and circumstances did not materially affect the eligibility of the Constituent Entities for the relevant safe harbour.

Article 8.3. Administrative Guidance

8.3.1. The tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] shall, subject to any requirements of domestic law, apply the GloBE Rules in accordance with any Agreed Administrative Guidance.

9 Transition rules

Operation of the rules in this chapter

Chapter 9 sets out certain Transitional Rules.

- Article 9.1 provides the transition rules that apply where an MNE Group enters within the scope of the GloBE Rules.
- Article 9.2 modifies the percentages to be applied in the calculation of the Substance-based Income Exclusion under Article 5.3 during a transitional period.
- Article 9.3 provides an exclusion from the UTPR for MNE Groups that are in the initial phase of their international activity.
- Article 9.4 provides transitional relief for filing obligations.

Article 9.1. Tax Attributes Upon Transition

9.1.1. When determining the Effective Tax Rate for a jurisdiction in a Transition Year, and for each subsequent year, the MNE Group shall take into account all of the deferred tax assets and deferred tax liabilities reflected or disclosed in the financial accounts of all of the Constituent Entities in a jurisdiction for the Transition Year. Such deferred tax assets and liabilities must be taken into account at the lower of the Minimum Rate or the applicable domestic tax rate. A deferred tax asset that has been recorded at a rate lower than the Minimum Rate may be taken into account at the Minimum Rate if the taxpayer can demonstrate that the deferred tax asset is attributable to a GloBE Loss. For purposes of applying this Article, the impact of any valuation adjustment, or accounting recognition adjustment with respect to a deferred tax asset is disregarded.

9.1.2. Deferred tax assets arising from items excluded from the computation of GloBE Income or Loss under Chapter 3 must be excluded from the Article 9.1.1 computation when such deferred tax assets are generated in a transaction that takes place after 30 November 2021.

9.1.3. In the case of a transfer of assets between Constituent Entities after 30 November 2021 and before the commencement of a Transition Year, the basis in the acquired assets (other than inventory) shall be based upon the disposing Entity's carrying value of the transferred assets upon disposition with the deferred tax assets and liabilities brought into GloBE determined on that basis.

Article 9.2. Transitional relief for the Substance-based Income Exclusion

9.2.1. For the purposes of applying Article 5.3.3, the value of 5% shall be replaced with the value set out in the table set out below for each Fiscal Year beginning in each of the following calendar years:

Fiscal Year Beginning In	Article 5.3.3 Rate
2023	10%
2024	9.8%
2025	9.6%
2026	9.4%
2027	9.2%
2028	9.0%
2029	8.2%
2030	7.4%
2031	6.6%
2032	5.8%

9.2.2. For the purposes of applying Article 5.3.4, the value of 5% shall be replaced with the value set out in the table set out below for each Fiscal Year beginning in each of the following calendar years:

Fiscal Year Beginning In	Article 5.3.4 Rate
2023	8.0%
2024	7.8%
2025	7.6%
2026	7.4%
2027	7.2%
2028	7.0%
2029	6.6%
2030	6.2%
2031	5.8%
2032	5.4%

Article 9.3. Exclusion from the UTPR of MNE Groups in the initial phase of their international activity

9.3.1. Subject to Article 9.3.4 the Top-up Tax that would otherwise be taken into account under Article 2.5.1 shall be reduced to zero during the initial phase of an MNE Group's international activity, notwithstanding the requirements otherwise provided in Chapter 5.

9.3.2. For the purposes of Article 9.3, an MNE Group is in its initial phase of its international activity if, for a Fiscal Year:

- (a) it has Constituent Entities in no more than six jurisdictions; and
- (b) the sum of the Net Book Values of Tangible Assets of all Constituent Entities located in all jurisdictions other than the Reference Jurisdiction does not exceed EUR 50 million.

9.3.3. For the purposes of Article 9.3.2, the Reference Jurisdiction of an MNE Group is the jurisdiction where the MNE Group has the highest total value of Tangible Assets for the Fiscal Year in which the MNE Group originally comes within the scope of the GloBE Rules. The total value of Tangible Assets in a jurisdiction is the sum of the Net Book Values of all Tangible Assets of all the Constituent Entities of the MNE Group that are located in that jurisdiction.

9.3.4. This Article 9.3 shall not apply for any Fiscal Year that starts later than five years after the first day of the first Fiscal Year when the MNE Group originally came within the scope of the GloBE Rules. For MNE Groups that are in scope of the GloBE Rules when they come into effect, the period of five years will start at the time the UTPR rules come into effect.

9.3.5. [Optional provision] If [insert name of implementing-Jurisdiction] is the Reference

Jurisdiction of the MNE Group pursuant to Article 9.3.3, then Article 9.3.1 shall not apply during the initial phase of that MNE Group's international activity and, during that initial phase:

- (a) [*Optional provision*] the Top-up Tax calculated for a Low-Taxed Constituent Entity that would be taken into account under Article 2.5.1 shall be reduced to zero if that Low-Taxed Constituent Entity is located in the Reference Jurisdiction, notwithstanding the requirements otherwise provided in Chapter 5; and
- (b) the UTPR Percentage of the jurisdictions other than the Reference Jurisdiction is deemed to be zero.

Article 9.4. Transitional relief for filing obligations

9.4.1. Notwithstanding Article 8.1.6, the GloBE Information Return or the notifications pursuant to Article 8.1 shall be filed with the tax administration of [insert name of implementing-Jurisdiction] no later than 18 months after the last day of the Reporting Fiscal Year that is the Transitional Year.

10 Definitions

Operation of the rules in this chapter

Chapter 10 sets out defined terms used elsewhere in the GloBE Rules.

- Article 10.1 sets out general definitions that are used in the GloBE Rules.
- Article 10.2 sets out certain definitions in respect of Flow-through Entities.
- Article 10.3 sets out definitional rules for determining the location of an Entity for the purposes of applying the GloBE Rules.

Article 10.1. Defined Terms

10.1.1. The terms set out below have the following definitions:

Acceptable Financial Accounting Standard means International Financial Reporting Standards (IFRS) and the generally accepted accounting principles of Australia, Brazil, Canada, Member States of the European Union, Member States of the European Economic Area, Hong Kong (China), Japan, Mexico, New Zealand, the People's Republic of China, the Republic of India, the Republic of Korea, Russia, Singapore, Switzerland, the United Kingdom, and the United States of America.

Accrued Pension Expense means the difference between the amount of pension liability expense included in the Financial Accounting Net Income or Loss and the amount contributed to a Pension Fund for the Fiscal Year.

Additional Current Top-up Tax is the amount of tax determined in Article 5.4 and any amount treated as Additional Current Top-up Tax determined under Article 5.4, such as the amount determined under Article 4.1.5 or Article 7.3.

Additional Tier One Capital means an instrument issued by a Constituent Entity pursuant to prudential regulatory requirements applicable to the banking sector that is convertible to equity or written down if a pre-specified trigger event occurs and that has other features which are designed to aid loss absorbency in the event of a financial crisis.

Additions to Covered Taxes is defined in Article 4.1.2.

Adjusted Asset Gain in respect of Aggregate Asset Gain that is subject to an election under Article 3.2.6 means an amount equal to the Aggregate Asset Gain in the Election Year, reduced by any amount of such gain that has been applied against the Net Asset Loss in a prior Loss Year under Article 3.2.6(b) or (c).

Adjusted Covered Taxes is defined in Article 4.1.1.

Aggregate Asset Gain in respect of an election under Article 3.2.6, means the net gain in the Election Year from the disposition of Local Tangible Assets by all Constituent Entities located in the jurisdiction excluding the gain or loss on a transfer of assets between Group Members.

Agreed Administrative Guidance means guidance on the interpretation or administration of the GloBE Rules issued by the Inclusive Framework.

Allocable Share of the Top-up Tax is defined in Article 2.2.1.

Annual Election means an election made by a Filing Constituent Entity and that applies only for the Fiscal Year for which the election is made.

Allocated Asset Gain in respect of an election under Article 3.2.6, means the Adjusted Asset Gain that is allocated to a Fiscal Year in the Lookback Period under Article 3.2.6(d).

Arm's Length Principle means the principle under which transactions between Constituent Entities must be recorded by reference to the conditions that would have been obtained between independent enterprises in comparable transactions and under comparable circumstances.

Asymmetric Foreign Currency Gains or Losses means foreign currency gains or losses of an entity whose accounting and tax functional currencies are different and that are:

- (a) included in the computation of a Constituent Entity's taxable income or loss and attributable to fluctuations in the exchange rate between its accounting functional currency and its tax functional currency;
- (b) included in the computation of a Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss and attributable to fluctuations in the exchange rate between its tax functional currency and its accounting functional currency;
- (c) included in the computation of a Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss and attributable to fluctuations in the exchange rate between a third foreign currency and its accounting functional currency; and
- (d) attributable to fluctuations in the exchange rate between a third foreign currency and its tax functional currency, whether or not such foreign currency gain or loss is included in taxable income.

The tax functional currency is the functional currency used to determine the Constituent Entity's taxable income or loss for a Covered Tax in the jurisdiction in which it is located. The accounting functional currency is the functional currency used to determine the Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss. A third foreign currency is a currency that is not the Constituent Entity's tax functional currency or accounting functional currency.

Authorised Accounting Body is the body with legal authority in a jurisdiction to prescribe, establish, or accept accounting standards for financial reporting purposes.

Authorised Financial Accounting Standard, in respect of any Entity, means a set of generally acceptable accounting principles permitted by an Authorised Accounting Body in the jurisdiction where that Entity is located.

Average GloBE Income or Loss is defined in Article 5.5.2.

Average GloBE Revenue is defined in Article 5.5.2.

Commentary means the Commentary to the GloBE Rules as developed by the OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting.

Consolidated Financial Statements means:

- (a) the financial statements prepared by an Entity in accordance with an Acceptable Financial Accounting Standard, in which the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of that Entity and the Entities in which it has a Controlling Interest are presented as those of a single economic unit;

- (b) where an Entity meets the definition of a Group under Article 1.2.3, the financial statements of the Entity that are prepared in accordance with an Acceptable Financial Accounting Standard;
- (c) where the Ultimate Parent Entity has financial statements described in paragraph (a) or (b) that are not prepared in accordance with an Acceptable Financial Accounting Standard, the financial statements are those that have been prepared subject to adjustments to prevent any Material Competitive Distortions; and
- (d) where the Ultimate Parent Entity does not prepare financial statements described in the paragraphs above, the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity are those that would have been prepared if such Entity were required to prepare such statements in accordance with an Authorised Financial Accounting Standard that is either an Acceptable Financial Accounting Standard or another financial accounting standard that is adjusted to prevent any Material Competitive Distortions.

Constituent Entity (CE) is defined in Article 1.3.1.

Constituent Entity-owner means a Constituent Entity that directly or indirectly owns an Ownership Interest in another Constituent Entity of the same MNE Group.

Controlled Foreign Company Tax Regime means a set of tax rules (other than an IIR) under which a direct or indirect shareholder of a foreign entity (the controlled foreign company or CFC) is subject to current taxation on its share of part or all of the income earned by the CFC, irrespective of whether that income is distributed currently to the shareholder.

Controlling Interest means an Ownership Interest in an Entity such that the interest holder:

- (a) is required to consolidate the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of the Entity on a line-by-line basis in accordance with an Acceptable Financial Accounting Standard; or
- (b) would have been required to consolidate the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of the Entity on a line-by-line basis if the interest holder had prepared Consolidated Financial Statements.

A Main Entity is deemed to have the Controlling Interests of its Permanent Establishments.

Cooperative means an Entity that collectively markets or acquires goods or services on behalf of its members and that is subject to a tax regime in the jurisdiction in which it is located that is designed to ensure tax neutrality in respect of members' property or services sold through the cooperative and property or services acquired by members through the cooperative.

Covered Taxes is defined in Article 4.2.

Deductible Dividend means, with respect to a Constituent Entity that is subject to a Deductible Dividend Regime,

- (a) a distribution of profits to the holder of an Ownership Interest that is deductible from taxable income of the Constituent Entity under the laws of the jurisdiction in which it is located; or
- (b) a patronage dividend to a member of a Cooperative.

Deductible Dividend Regime means a tax regime designed to yield a single level of taxation on the owners of an Entity through a deduction from the income of the Entity for distributions of profits to the owners. For this purpose, patronage dividends of a Cooperative are treated as distributions to owners. A Deductible Dividend Regime also includes a regime applicable to Cooperatives that exempts the Cooperative from taxation.

Deemed Distribution Tax is defined in Article 7.3.2.

Deemed Distribution Tax Recapture Account means an account maintained in accordance with Article 7.3.3.

Departing Constituent Entity means a Constituent Entity that is subject to an election under Article 7.3.1 and that leaves the MNE Group or transfers substantially all of its assets to a person that is not a Constituent Entity of the same MNE Group located in the same jurisdiction.

Designated Filing Entity means the Constituent Entity, other than the Ultimate Parent Entity, that has been appointed by the MNE Group to file the GloBE Information Return on behalf of the MNE Group.

Designated Local Entity means the Constituent Entity of an MNE Group that is located in [insert name of implementing-Jurisdiction] and that has been appointed by the other Constituent Entities located in [insert name of implementing-Jurisdiction] of the MNE Group to file the GloBE Information Return, or to submit the notifications under Article 8.1.3.

Disallowed Accrual is defined in Article 4.4.6.

Disposition Recapture Ratio is defined in Article 7.3.8.

Disqualified Refundable Imputation Tax means any amount of Tax, other than a Qualified Imputation Tax, accrued or paid by a Constituent Entity that is:

- (a) refundable to the beneficial owner of a dividend distributed by such Constituent Entity in respect of that dividend or creditable by the beneficial owner against a tax liability other than a tax liability in respect of such dividend; or
- (b) refundable to the distributing corporation upon distribution of a dividend.

Dual-listed Arrangement means an arrangement entered into by two or more Ultimate Parent Entities of separate Groups, under which:

- (a) the Ultimate Parent Entities agree to combine their business by contract alone;
- (b) pursuant to contractual arrangements the Ultimate Parent Entities will make distributions (with respect to dividends and in liquidation) to their shareholders based on a fixed ratio;
- (c) their activities are managed as a single economic entity under contractual arrangements while retaining their separate legal identities;
- (d) the Ownership Interests in the Ultimate Parent Entities comprising the agreement are quoted, traded or transferred independently in different capital markets; and
- (e) the Ultimate Parent Entities prepare Consolidated Financial Statements in which the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of all the Entities of the Groups are presented together as those of a single economic unit and that are required by a regulatory regime to be externally audited.

Effective Tax Rate (ETR) is defined in Article 5.1.1.

Election Year in respect of an Annual Election means the year for which the election is made.

Eligible Distribution Tax System means a corporate income tax system that

- (a) imposes an income tax on the corporation with the tax generally payable only when the corporation distributes profits to shareholders, is deemed to distribute profits to shareholders, or incurs certain non-business expenses;
- (b) imposes tax at a rate equal to or in excess of the Minimum Rate; and
- (c) was in force on or before 1 July 2021.

Eligible Employees means employees, including part-time employees, of a Constituent Entity that is a member of the MNE Group and independent contractors participating in the ordinary operating activities of the MNE Group under the direction and control of the MNE Group.

Eligible Payroll Costs means employee compensation expenditures (including salaries, wages, and other expenditures that provide a direct and separate personal benefit to the employee, such as health insurance and pension contributions), payroll and employment taxes, and employer social security contributions.

Eligible Tangible Assets is defined in Article 5.3.4.

Entity means:

- (a) any legal person (other than a natural person); or
- (b) an arrangement that prepares separate financial accounts, such as a partnership or trust.

ETR Adjustment Article means Article 3.2.6, Article 4.4.4, Article 4.6.1, Article 4.6.4, and Article 7.3.

Excess Profit is defined in Article 5.2.2.

Excluded Dividends means dividends or other distributions received or accrued in respect of an Ownership Interest, except for:

- (a) a Short-term Portfolio Shareholding, and
- (b) an Ownership Interest in an Investment Entity that is subject to an election under Article 7.6.

Excluded Entity is defined in Article 1.5.1 and Article 1.5.2.

Excluded Equity Gain or Loss means the gain, profit or loss included in the Financial Accounting Net Income or Loss of the Constituent Entity arising from:

- (a) gains and losses from changes in fair value of an Ownership Interest, except for a Portfolio Shareholding;
- (b) profit or loss in respect of an Ownership Interest included under the equity method of accounting; and
- (c) gains and losses from disposition of an Ownership Interest, except for a disposition of a Portfolio Shareholding.

Filing Constituent Entity is an Entity filing the GloBE Information Return in accordance with Article 8.1.

Financial Accounting Net Income or Loss is defined in Article 3.1.2.

Fiscal Year means an accounting period with respect to which the Ultimate Parent Entity of the MNE Group prepares its Consolidated Financial Statements. In the case of Consolidated Financial Statements as defined in paragraph (d) of its definition, Fiscal Year means the calendar year.

Five-Year Election means an election made by a Filing Constituent Entity with respect to a Fiscal Year (the election year) that cannot be revoked with respect to the election year or the four succeeding Fiscal Years. If a Five-Year Election is revoked with respect to a Fiscal Year (the revocation year), a new election cannot be made with respect to the four Fiscal Years succeeding the revocation year.

General Government means the central administration, agencies whose operations are under its effective control, state and local governments and their administrations.

GloBE Implementation Framework means the procedures to be developed by the Inclusive Framework on BEPS in order to develop administrative rules, guidance, and procedures that will facilitate the coordinated implementation of the GloBE Rules.

GloBE Income of all Constituent Entities is defined in Article 5.1.2(a)

GloBE Income or Loss of a Constituent Entity is defined in Article 3.1.1.

GloBE Information Return means that standardized return to be developed in accordance with the GloBE Implementation Framework that contains the information described in Article 8.1.4.

GloBE Loss Deferred Tax Asset is defined in Article 4.5.

GloBE Loss Election is defined in Article 4.5.1.

GloBE Losses of all Constituent Entities is defined in Article 5.1.2(b).

GloBE Reorganisation means a transformation or transfer of assets and liabilities such as in a merger, demerger, liquidation, or similar transaction where:

- (a) the consideration for the transfer is, in whole or in significant part, equity interests issued by the acquiring Constituent Entity or by a person connected with the acquiring Constituent Entity, or, in the case of a liquidation, equity interests of the target (or, when no consideration is provided, where the issuance of an equity interest would have no economic significance);
- (b) the disposing Constituent Entity's gain or loss on those assets is not subject to tax, in whole or in part; and
- (c) the tax laws of the jurisdiction in which the acquiring Constituent Entity is located require the acquiring Constituent Entity to compute taxable income after the disposition or acquisition using the disposing Constituent Entity's tax basis in the assets, adjusted for any Non-qualifying Gain or Loss on the disposition or acquisition.

GloBE Revenue is defined in Article 5.5.3(a) for the purposes of Article 5.5.2.

GloBE Rules means this set of rules as developed by the OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting.

GloBE Safe Harbour means the exception provided in Article 8.2.1 to facilitate compliance by MNEs and administration by tax authorities. The conditions under which the Constituent Entities of an MNE Group located in a jurisdiction are eligible to the GloBE Safe Harbour will be established in accordance with a common and agreed process to be defined as part of the work undertaken by the Inclusive Framework on BEPS to develop the GloBE Implementation Framework.

Governmental Entity means an Entity that meets all of the following criteria set out in paragraphs (a) to (d) below:

- (a) it is part of or wholly-owned by a government (including any political subdivision or local authority thereof);
- (b) it has the principal purpose of:
 - (i) fulfilling a government function; or
 - (ii) managing or investing that government's or jurisdiction's assets through the making and holding of investments, asset management, and related investment activities for the government's or jurisdiction's assets;

and does not carry on a trade or business;

- (c) it is accountable to the government on its overall performance, and provides annual information reporting to the government; and
- (d) its assets vest in such government upon dissolution and to the extent it distributes net earnings, such net earnings are distributed solely to such government with no portion of its net earnings inuring to the benefit of any private person.

Group is defined in Article 1.2.2 and 1.2.3.

Group Entity, in respect of any Entity or Group, means an Entity that is a member of the same Group.

High-Tax Counterparty means a Constituent Entity that is located in a jurisdiction that is not a Low-Tax Jurisdiction or that is located in a jurisdiction that would not be a Low-Tax Jurisdiction if its ETR were determined without regard to any income or expense accrued by that Entity in respect of an Intragroup Financing Arrangement.

IFRS means the International Financial Reporting Standards.

IIR means the rules set out in Article 2.1 to Article 2.3.

Included Revaluation Method Gain or Loss means the net gain or loss, increased or decreased by any associated Covered Taxes, for the Fiscal Year in respect of all property, plant and equipment that arises under an accounting method or practice that:

- (a) periodically adjusts the carrying value of such property to its fair value;
- (b) records the changes in value in Other Comprehensive Income; and
- (c) does not subsequently report the gains or losses recorded in Other Comprehensive Income through profit and loss.

Insurance Investment Entity means an Entity that would meet the definition of an Investment Fund or a Real Estate Investment Vehicle except that it is established in relation to liabilities under an insurance or annuity contract and is wholly-owned by an Entity that is subject to regulation in its location as an insurance company.

Intermediate Parent Entity means a Constituent Entity (other than a Ultimate Parent Entity, Partially-Owned Parent Entity, Permanent Establishment, or Investment Entity) that owns (directly or indirectly) an Ownership Interest in another Constituent Entity in the same MNE Group.

International Organisation means any intergovernmental organisation (including a supranational organisation) or wholly-owned agency or instrumentality thereof that meets all of the criteria set out in paragraphs (a) to (c) below:

- (a) it is comprised primarily of governments;
- (b) it has in effect a headquarters or substantially similar agreement (for example, arrangements that entitle the organisation's offices or establishments in the jurisdiction (e.g. a subdivision, or a local, or regional office) to privileges and immunities) with the jurisdiction in which it is established; and
- (c) law or its governing documents prevent its income inuring to the benefit of private persons.

International Shipping Income is defined in Article 3.3.2.

Intragroup Financing Arrangement means any arrangement entered into between two or more members of the MNE Group whereby a High Tax Counterparty directly or indirectly provides credit or otherwise makes an investment in a Low Tax Entity.

Investment Entity means:

- (a) an Investment Fund or a Real Estate Investment Vehicle;
- (b) an Entity that is at least 95% owned directly by an Entity described in paragraph (a) or through a chain of such Entities and that operates exclusively or almost exclusively to hold assets or invest funds for the benefit of such Investment Entities; and
- (c) an Entity where at least 85% of the value of the Entity is owned by an Entity referred to in paragraph (a) provided that substantially all of the Entity's income is Excluded Dividends or

Excluded Equity Gain or Loss that is excluded from the computation of GloBE Income or Loss in accordance with Articles 3.2.1 (b) or (c).

Investment Fund means an Entity that meets all of the criteria set out in paragraphs (a) to (g) below:

- (a) it is designed to pool assets (which may be financial and non-financial) from a number of investors (some of which are not connected);
- (b) it invests in accordance with a defined investment policy;
- (c) it allows investors to reduce transaction, research, and analytical costs, or to spread risk collectively;
- (d) it is primarily designed to generate investment income or gains, or protection against a particular or general event or outcome;
- (e) investors have a right to return from the assets of the fund or income earned on those assets, based on the contributions made by those investors;
- (f) the Entity or its management is subject to a regulatory regime in the jurisdiction in which it is established or managed (including appropriate anti-money laundering and investor protection regulation); and
- (g) it is managed by investment fund management professionals on behalf of the investors.

Joint Venture (JV) means an Entity whose financial results are reported under the equity method in the Consolidated Financial Statements of the Ultimate Parent Entity provided that the Ultimate Parent Entity holds directly or indirectly at least 50% of its Ownership Interests. A Joint Venture does not include:

- (a) an Ultimate Parent Entity of an MNE Group that is subject to the GloBE Rules;
- (b) an Excluded Entity as defined by Article 1.5.1;
- (c) an Entity whose Ownership Interest held by the MNE Group are held directly through an Excluded Entity referred in Article 1.5.1 and the Entity:
 - (i) operates exclusively or almost exclusively to hold assets or invest funds for the benefit of its investors;
 - (ii) carries out activities that are ancillary to those carried out by the Excluded Entity; or
 - (iii) substantially all of its income is excluded from the computation of GloBE Income or Loss in accordance with Articles 3.2.1(b) and (c).
- (d) an Entity that is held by an MNE Group composed exclusively of Excluded Entities; or
- (e) a JV Subsidiary.

JV Group means a Joint Venture and its JV Subsidiaries.

JV Group Top-up Tax means the Ultimate Parent Entity's Allocable Share of the Top-up Tax of all members of the JV Group.

JV Subsidiary means an Entity whose assets, liabilities, income, expenses and cash flows are consolidated by a Joint Venture under an Acceptable Financial Accounting Standard (or would have been required had it been required to consolidate such items in accordance with an Acceptable Financial Accounting Standard). A Permanent Establishment whose Main Entity is the Joint Venture or a JV Subsidiary shall be treated as a separate JV Subsidiary.

Liable Constituent Entity (or Entities) means one or several Constituent Entities located in [insert name of implementing-Jurisdiction] that could be liable for Top-up Tax or subject to an adjustment under Chapter 2 if the GloBE Safe Harbour in Article 8.2.1 did not apply.

Local Tangible Asset means immovable property located in the same jurisdiction as the Constituent Entity.

Look-back Period in respect of an election under Article 3.2.6, means the Election Year and the four prior Fiscal Years.

Loss Year in respect of jurisdiction for which the Filing Constituent Entity has made an election under Article 3.2.6, means a Fiscal Year in the Lookback Period for which there is a Net Asset Loss for a Constituent Entity located in that jurisdiction and the total amount of Net Asset Loss of all such Constituent Entities exceeds the total amount of their Net Asset Gain.

Low-Taxed Constituent Entity means a Constituent Entity of the MNE Group that is located in a Low-Tax Jurisdiction or a Stateless Constituent Entity that, in respect of a Fiscal Year, has GloBE Income and is subject to an Effective Tax Rate (as determined under Chapter 5) in that Fiscal Year is lower than the Minimum Rate.

Low-Tax Entity means a Constituent Entity located in a Low Tax Jurisdiction or a jurisdiction that would be a Low-Tax Jurisdiction if the Effective Tax Rate for the jurisdiction were determined without regard to any income or expense accrued by that Entity in respect of an Intragroup Financing Arrangement.

Low-Tax Jurisdiction, in respect of an MNE Group in any Fiscal Year, means a jurisdiction where the MNE Group has Net GloBE Income and is subject to an Effective Tax Rate (as determined under Chapter 5) in that period that is lower than the Minimum Rate.

Main Entity, in respect of a Permanent Establishment, is the Entity that includes the Financial Accounting Net Income or Loss of the Permanent Establishment in its financial statements.

Material Competitive Distortion in respect of the application of a specific principle or procedure under a set of generally accepted accounting principles means an application that results in an aggregate variation greater than EUR 75 million in a Fiscal Year as compared to the amount that would have been determined by applying the corresponding IFRS principle or procedure. Where the application of a specific principle or procedure results in a Material Competitive Distortion, the accounting treatment of any item or transaction subject to that principle or procedure must be adjusted to conform to the treatment required for the item or transaction under IFRS in accordance with any Agreed Administrative Guidance.

Minimum Rate means fifteen percent (15%).

Minority-Owned Constituent Entity means a Constituent Entity where the Ultimate Parent Entity has a direct or indirect Ownership Interest in that Entity of 30% or less.

Minority-Owned Parent Entity means a Minority-Owned Constituent Entity that holds, directly or indirectly, the Controlling Interests of another Minority-Owned Constituent Entity, except where the Controlling Interests of the first-mentioned Entity are held, directly or indirectly, by another Minority-Owned Constituent Entity.

Minority-Owned Subgroup means a Minority-Owned Parent Entity and its Minority-Owned Subsidiaries.

Minority-Owned Subsidiary means a Minority-Owned Constituent Entity whose Controlling Interests are held, directly or indirectly, by a Minority-Owned Parent Entity.

MNE Group is defined in Articles 1.2.1.

MNE Group's Allocable Share of the Investment Entity's GloBE Income is defined in Article 7.4.4.

Multi-Parented MNE Group means two or more Groups where:

- (a) the Ultimate Parent Entities of those Groups enter into an arrangement that is a Stapled Structure or a Dual-listed Arrangement; and
- (b) at least one Entity or Permanent Establishment of the combined Group is located in a different

jurisdiction with respect to the location of the other Entities of the combined Group.

Net Asset Gain in respect of an election under Article 3.2.6, means the net gain from the disposition of Local Tangible Assets by a Constituent Entity located in the jurisdiction for which the election was made excluding the gain or loss on a transfer of assets to another Group Member.

Net Asset Loss in respect of a Constituent Entity and a Fiscal Year, means the net loss from the disposition of Local Tangible Assets by that Constituent Entity in that year excluding the gain or loss on a transfer of assets to another Group Member. The amount of Net Asset Loss shall be reduced by the amount of Net Asset Gain or Adjusted Asset Gain which is set-off against such loss pursuant to the application of Article 3.2.6(b) or (c) as a result of a previous election made under Article 3.2.6.

Net Book Value of Tangible Assets means the average of the beginning and end values of Tangible Assets after taking into account accumulated depreciation, depletion, and impairment, as recorded in the financial statements.

Net GloBE Income of a jurisdiction is defined in Article 5.1.2.

Net GloBE Loss of a jurisdiction is the nil or negative amount, if any, computed in accordance with the following formula:

$$\text{Net GloBE Loss} = \text{GloBE Income of all Constituent Entities} - \text{GloBE Losses of all Constituent Entities}$$

Where:

- (a) the GloBE Income of all Constituent Entities is the sum of the GloBE Income of all Constituent Entities located in the jurisdiction determined in accordance with Chapter 3 for the Fiscal Year; and
- (b) the GloBE Losses of all Constituent Entities is the sum of the GloBE Losses of all Constituent Entities located in the jurisdiction determined in accordance with Chapter 3 for the Fiscal Year.

Net Taxes Expense means the net amount of:

- (a) any Covered Taxes accrued as an expense and any current and deferred Covered Taxes included in the income tax expense, including Covered Taxes on income that is excluded from the GloBE Income or Loss computation;
- (b) any deferred tax asset attributable to a loss for the Fiscal Year;
- (c) any Qualified Domestic Minimum Top-up Tax accrued as an expense;
- (d) any taxes arising pursuant to the GloBE rules accrued as an expense; and
- (e) any Disqualified Refundable Imputation Tax accrued as an expense.

Non-profit Organisation means an Entity that meets all of the following criteria:

- (a) it is established and operated in its jurisdiction of residence:
 - (i) exclusively for religious, charitable, scientific, artistic, cultural, athletic, educational, or other similar purposes; or
 - (ii) as a professional organisation, business league, chamber of commerce, labour organisation, agricultural or horticultural organisation, civic league or an organisation operated exclusively for the promotion of social welfare;
- (b) substantially all of the income from the activities mentioned in paragraph (a) is exempt from income tax in its jurisdiction of residence;
- (c) it has no shareholders or members who have a proprietary or beneficial interest in its income or assets;

- (d) the income or assets of the Entity may not be distributed to, or applied for the benefit of, a private person or non-charitable Entity other than:
 - (i) pursuant to the conduct of the Entity's charitable activities;
 - (ii) as payment of reasonable compensation for services rendered or for the use of property or capital; or
 - (iii) as payment representing the fair market value of property which the Entity has purchased, and
- (e) upon termination, liquidation or dissolution of the Entity, all of its assets must be distributed or revert to a Non-profit Organisation or to the government (including any Governmental Entity) of the Entity's jurisdiction of residence or any political subdivision thereof;

but does not include any Entity carrying on a trade or business that is not directly related to the purposes for which it was established.

Non-Qualified Refundable Tax Credit means a tax credit that is not a Qualified Refundable Tax Credit but that is refundable in whole or in part.

Non-qualifying Gain or Loss means the lesser of the gain or loss of the disposing Constituent Entity arising in connection with a GloBE Reorganisation that is subject to tax in the disposing Constituent Entity's location and the financial accounting gain or loss arising in connection with the GloBE Reorganisation.

Number of Employees, for the purposes of the UTPR percentage, means the total number of employees on a full-time equivalent (FTE) basis of all the Constituent Entities resident for tax purposes in the relevant tax jurisdiction. For this purpose, independent contractors participating in the ordinary operating activities of the Constituent Entity are reported as employees. With regard to Permanent Establishments, employees should be allocated to the tax jurisdiction in which the Permanent Establishment is located when the payroll costs of such employees are included in the separate financial accounts of that Permanent Establishment as determined by Article 3.4.1 and adjusted in accordance with 3.4.2. The Number of Employees attributed to the tax jurisdiction of a Permanent Establishment shall not be taken into account for the Number of Employees of the tax jurisdiction of the Main Entity.

OECD Model Tax Convention means the OECD (2017), Model Tax Convention on Income and on Capital: Condensed Version 2017, OECD Publishing, Paris, https://doi.org/10.1787/mtc_cond-2017-en.

Other Comprehensive Income means items of income and expense that are not recognised in profit or loss as required or permitted by the Authorised Financial Accounting Standard used in the Consolidated Financial Statements. Other Comprehensive Income is usually reported as an adjustment to equity in the statement of financial position (balance sheet).

Ownership Interest means any equity interest that carries rights to the profits, capital or reserves of an Entity, including the profits, capital or reserves of a Main Entity's Permanent Establishment(s).

Parent Entity means an Ultimate Parent Entity that is not an Excluded Entity, an Intermediate Parent Entity, or a Partially-Owned Parent Entity.

Parent Entity's Inclusion Ratio is defined in Article 2.2.2.

Partially-Owned Parent Entity means a Constituent Entity (other than a Ultimate Parent Entity, Permanent Establishment, or Investment Entity) that:

- (a) owns (directly or indirectly) an Ownership Interest in another Constituent Entity of the same MNE Group; and
- (b) has more than 20% of the Ownership Interests in its profits held directly or indirectly by persons that are not Constituent Entities of the MNE Group.

Passive Income means income included in GloBE Income that is:

- (a) a dividend or dividend equivalents;
- (b) interest or interest equivalent;
- (c) rent;
- (d) royalty;
- (e) annuity; or
- (f) net gains from property of a type that produces income described in paragraphs (a) to (e),

but only to the extent a Constituent Entity-owner is subject to tax on such income under a Controlled Foreign Company Tax Regime or as a result of an Ownership Interest in a Hybrid Entity.

Pension Fund means:

- (a) an Entity that is established and operated in a jurisdiction exclusively or almost exclusively to administer or provide retirement benefits and ancillary or incidental benefits to individuals:
 - i. regulated as such by that jurisdiction or one of its political subdivisions or local authorities; or
 - ii. those benefits are secured or otherwise protected by national regulations and funded by a pool of assets held through a fiduciary arrangement or trustor to secure the fulfilment of the corresponding pension obligations against a case of insolvency of the MNE Group; and
- (b) a Pension Services Entity.

Pension Services Entity means an Entity that is established and operated exclusively or almost exclusively:

- (a) to invest funds for the benefit of Entities referred to in paragraph (a) of the definition of Pension Fund; or
- (b) to carry out activities that are ancillary to those regulated activities carried out by the Entities referred to in paragraph (a) of the definition of Pension Fund provided that they are members of the same Group.

Permanent Establishment means:

- (a) a place of business (including a deemed place of business) situated in a jurisdiction and treated as a permanent establishment in accordance with an applicable Tax Treaty in force provided that such jurisdiction taxes the income attributable to it in accordance with a provision similar to Article 7 of the OECD Model Tax Convention on Income and on Capital;
- (b) if there is no applicable Tax Treaty in force, a place of business (including a deemed place of business) in respect of which a jurisdiction taxes under its domestic law the income attributable to such place of business on a net basis similar to the manner in which it taxes its own tax residents;
- (c) if a jurisdiction has no corporate income tax system, a place of business (including a deemed place of business) situated in that jurisdiction that would be treated as a permanent establishment in accordance with the OECD Model Tax Convention on Income and on Capital provided that such jurisdiction would have had the right to tax the income attributable to it in accordance with Article 7 of that model; or
- (d) a place of business (or a deemed place of business) that is not already described in

paragraphs (a) to (c) through which operations are conducted outside the jurisdiction where the Entity is located provided that such jurisdiction exempts the income attributable to such operations.

Policy Disallowed Expenses means:

- (a) expenses accrued by the Constituent Entity for illegal payments, including bribes and kickbacks; and
- (b) expenses accrued by the Constituent Entity for fines and penalties that equal or exceed EUR 50 000 (or an equivalent in the functional currency in which the Constituent Entity's Financial Accounting Net Income or Loss was calculated).

Portfolio Shareholding means Ownership Interests in an Entity that are held by the MNE Group and that carry rights to less than 10% of the profits, capital, reserves, or voting rights of that Entity at the date of the distribution or disposition.

Prior Period Errors and Changes in Accounting Principles means all changes in the opening equity at the beginning of the Fiscal Year of a Constituent Entity attributable to:

- (a) a correction of an error in the determination of Financial Accounting Net Income in a previous Fiscal Year that affected the income or expenses includible in the computation of GloBE Income or Loss for such Fiscal Year, except to the extent such error correction resulted in a material decrease to a liability for Covered Taxes subject to Article 4.6; or
- (b) a change in accounting principle or policy that affects income or expenses includible in the computation of GloBE Income or Loss.

Qualified Ancillary International Shipping Income is defined in Article 3.3.3.

Qualified Domestic Minimum Top-up Tax means a minimum tax that is included in the domestic law of a jurisdiction and that:

- (a) determines the Excess Profits of the Constituent Entities located in the jurisdiction (domestic Excess Profits) in a manner that is equivalent to the GloBE Rules;
- (b) operates to increase domestic tax liability with respect to domestic Excess Profits to the Minimum Rate for the jurisdiction and Constituent Entities for a Fiscal Year; and
- (c) is implemented and administered in a way that is consistent with the outcomes provided for under the GloBE Rules and the Commentary, provided that such jurisdiction does not provide any benefits that are related to such rules.

A Qualified Domestic Minimum Top-up Tax may compute domestic Excess Profits based on an Acceptable Financial Accounting Standard permitted by the Authorised Accounting Body or an Authorised Financial Accounting Standard adjusted to prevent any Material Competitive Distortions, rather than the financial accounting standard used in the Consolidated Financial Statements.

Qualified IIR means a set of rules equivalent to Article 2.1 to Article 2.3 of the GloBE Rules (including any provisions of the GloBE Rules associated with those articles) that are included in the domestic law of a jurisdiction and that are implemented and administered in a way that is consistent with the outcomes provided for under the GloBE Rules and the Commentary provided that such jurisdiction does not provide any benefits that are related to such rules.

Qualified Imputation Tax means a Covered Tax accrued or paid by a Constituent Entity that is refundable or creditable to the beneficial owner of a dividend distributed by such Constituent Entity (or, in the case of a Covered Tax accrued or paid by a Permanent Establishment, a dividend distributed by the Main Entity) to the extent that the refund is payable, or the credit is provided:

- (a) by a jurisdiction other than the jurisdiction which imposed the Covered Taxes under a foreign tax credit regime;
- (b) to a beneficial owner of the dividend that is subject to tax at a nominal rate that equals or exceeds the Minimum Rate on the dividend on a current basis under the domestic law of the jurisdiction which imposed the Covered Taxes on the Constituent Entity;
- (c) to an individual beneficial owner of the dividend who is tax resident in the jurisdiction which imposed the Covered Taxes on the Constituent Entity and who is subject to tax on the dividends as ordinary income; or
- (d) to a Governmental Entity, an International Organisation, a resident Non-profit Organisation, a resident Pension Fund, a resident Investment Entity that is not a Group Entity, or a resident life insurance company to the extent that the dividends are received in connection with a pension fund business and subject to tax in a similar manner as a dividend received by Pension Fund.

For purposes of paragraph (d), a Non-Profit Organisation or Pension Fund is resident in a jurisdiction if it is created and managed in that jurisdiction, and an Investment Entity is resident in a jurisdiction if it is created and regulated in the jurisdiction. A life insurance company is resident in the jurisdiction in which it is located.

Qualified Refundable Tax Credit means a refundable tax credit designed in a way such that it must be paid as cash or available as cash equivalents within four years from when a Constituent Entity satisfies the conditions for receiving the credit under the laws of the jurisdiction granting the credit. A tax credit that is refundable in part is a Qualified Refundable Tax Credit to the extent it must be paid as cash or available as cash equivalents within four years from when a Constituent Entity satisfies the conditions for receiving the credit under the laws of the jurisdiction granting the credit. A Qualified Refundable Tax Credit does not include any amount of tax creditable or refundable pursuant to a Qualified Imputation Tax or a Disqualified Refundable Imputation Tax.

Qualified UTPR means a set of rules equivalent to Article 2.4 to Article 2.6 of the GloBE Rules (including any provisions of the GloBE Rules associated with those articles) that are included in the domestic law of a jurisdiction and that are implemented and administered in a way that is consistent with the outcomes provided for under the GloBE Rules and the Commentary provided that such jurisdiction does not provide any benefits that are related to such rules.

Qualifying Competent Authority Agreement means a bilateral or multilateral agreement or arrangement between Competent Authorities that provides for the automatic exchange of annual GloBE Information Returns.

Real Estate Investment Vehicle means an Entity the taxation of which achieves a single level of taxation either in its hands or the hands of its interest holders (with at most one year of deferral), provided that that person holds predominantly immovable property and is itself widely held.

Recaptured Deferred Tax Liability is defined in Article 4.4.4.

Recapture Exception Accrual is defined in Article 4.4.5.

Reductions to Covered Taxes is defined in Article 4.1.3.

Reference Jurisdiction is defined in Article 9.3.3.

Reporting Fiscal Year means the Fiscal Year that is the subject of the GloBE Information Return.

Short-term Portfolio Shareholding means a Portfolio Shareholding that has been economically held by the Constituent Entity that receives or accrues the dividends or other distributions for less than one year at the date of the distribution.

Stapled Structure means an arrangement entered into by two or more Ultimate Parent Entities of separate Groups, under which:

- (a) 50% or more of the Ownership Interests in the Ultimate Parent Entities of the separate Groups are by reason of form of ownership, restrictions on transfer, or other terms or conditions combined with each other, and cannot be transferred or traded independently. If the combined Ownership Interests are listed, they are quoted at a single price; and
- (b) one of those Ultimate Parent Entities prepares Consolidated Financial Statements in which the assets, liabilities, income, expenses and cash flows of all the Entities of the Groups are presented together as those of a single economic unit and that are required by a regulatory regime to be externally audited.

Stateless Constituent Entity means a Constituent Entity described in Article 10.3.2(b) and Article 10.3.3(d).

Substance-based Income Exclusion is defined in Article 5.3.

Tangible Assets, for the purposes of the UTPR percentage and for Article 9.3, means the Tangible Assets of all the Constituent Entities resident for tax purposes in the relevant tax jurisdiction. Tangible Assets do not include cash or cash equivalents, intangibles, or financial assets. With regard to Permanent Establishments, Tangible Assets should be allocated to the tax jurisdiction in which the Permanent Establishment is located provided those Tangible Assets are included in the separate financial accounts of that Permanent Establishment as determined by Article 3.4.1 and adjusted in accordance with Article 3.4.2. The Tangible Assets allocated to the tax jurisdiction of a Permanent Establishment shall not be taken into account for the Tangible Assets of the tax jurisdiction of the Main Entity.

Tax means a compulsory unrequited payment to General Government.

Taxable Distribution Method is defined in Article 7.6.2.

Tax Treaty means an agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital.

Tested Year is defined in Article 7.6.5.

Testing Period is defined in Article 7.6.5.

Top-up Tax means the top-up tax computed for the jurisdiction or Constituent Entity pursuant to Article 5.2.

Top-up Tax Percentage is defined in Article 5.2.1.

Total Deferred Tax Adjustment Amount is defined in Article 4.4.1.

Total UTPR Top-up Tax Amount means the total amount of Top-up Tax that is allocable under the UTPR as defined in Article 2.4.1.

Transition Year, for a jurisdiction, means the first Fiscal Year that the MNE Group comes within the scope of the GloBE Rules in respect of that jurisdiction.

Ultimate Parent Entity (UPE) is defined in Article 1.4.

Undistributed Net GloBE Income is defined in Article 7.6.3.

UPE Jurisdiction means the jurisdiction where the Ultimate Parent Entity is located.

UTPR means the rules set out in Article 2.4 to Article 2.6.

UTPR Jurisdiction means a jurisdiction that has a Qualified UTPR in force.

UTPR Percentage means the percentage of Total UTPR Top-up Tax Amount that is allocated to a UTPR Jurisdiction in accordance with the formula provided in 2.6.1.

UTPR Top-up Tax Amount means the amount of Top-up Tax allocated to a UTPR Jurisdiction under the UTPR.

Article 10.2. Definitions of Flow-through Entity, Tax Transparent Entity, Reverse Hybrid Entity, and Hybrid Entity

10.2.1. An Entity is a **Flow-through Entity** to the extent it is fiscally transparent with respect to its income, expenditure, profit or loss in the jurisdiction where it was created unless it is tax resident and subject to a Covered Tax on its income or profit in another jurisdiction.

- (a) A Flow-Through Entity is a **Tax Transparent Entity** with respect to its income, expenditure, profit or loss to the extent that it is fiscally transparent in the jurisdiction in which its owner is located.
- (b) A Flow-Through Entity is a **Reverse Hybrid Entity** with respect to its income, expenditure, profit or loss to the extent that it is not fiscally transparent in the jurisdiction in which the owner is located.

10.2.2. An Entity is treated as fiscally transparent under the laws of a jurisdiction, if that jurisdiction treats the income, expenditure, profit or loss of that Entity as if it were derived or incurred by the direct owner of that Entity in proportion to its interest in that Entity.

10.2.3. An Ownership Interest in an Entity or a Permanent Establishment that is a Constituent Entity shall be treated as held through a **Tax Transparent Structure** if that Ownership Interest is held indirectly through a chain of Tax Transparent Entities.

10.2.4. A Constituent Entity that is not a tax resident and not subject to a Covered Tax or a Qualified Domestic Minimum Top-up Tax based on its place of management, place of creation, or similar criteria shall be treated as a Flow-Through Entity and a Tax Transparent Entity in respect of its income, expenditure, profit or loss to the extent that:

- (a) its owners are located in a jurisdiction that treats the Entity as fiscally transparent;
- (b) it does not have a place of business in the jurisdiction where it was created; and
- (c) the income, expenditure, profit or loss is not attributable to a Permanent Establishment.

10.2.5. An Entity that is treated as a separate taxable person for income tax purposes in the jurisdiction where it is located is a **Hybrid Entity** with respect to its income, expenditure, profit or loss to the extent that it is fiscally transparent in the jurisdiction in which its owner is located.

Article 10.3. Location of an Entity and a Permanent Establishment

10.3.1. The location of an Entity that is not a Flow-through Entity is determined as follows:

- (a) if it is a tax resident in a jurisdiction based on its place of management, place of creation or similar criteria, it is located in that jurisdiction; and
- (b) in other cases, it is located in the jurisdiction in which it was created.

10.3.2. The location of an Entity that is a Flow-through Entity is determined as follows:

- (a) if it is the Ultimate Parent Entity of the MNE Group or it is required to apply an IIR in accordance with Article 2.1, it is located in the jurisdiction where it was created; and
- (b) in other cases, it shall be treated as a stateless Entity.

10.3.3. The location of a Permanent Establishment is determined as follows:

- (a) if it is described in paragraph (a) of the definition in Article 10.1, is located in the jurisdiction where it is treated as a permanent establishment and is taxed under the applicable Tax Treaty in force;
- (b) if it is described in paragraph (b) of the definition in Article 10.1, is located in the jurisdiction where it is subject to net basis taxation based on its business presence;
- (c) if it is described in paragraph (c) of the definition in Article 10.1, is located in the jurisdiction where it is situated; and
- (d) if it is described in paragraph (d) of the definition in Article 10.1, is considered as a stateless Permanent Establishment.

10.3.4. Where by reason of Article 10.3.1, a Constituent Entity is located in more than one jurisdiction (a dual-located Entity), then its status for purposes of the GloBE Rules shall be determined as follows:

- (a) if it is located in two jurisdictions that have an applicable Tax Treaty in force:
 - (i) it shall be located in the jurisdiction where it is considered as a deemed resident for purposes of the Tax Treaty;
 - (ii) if the Tax Treaty requires the competent authorities to reach a mutual agreement on the deemed residence of the Constituent Entity for purposes of the Tax Treaty and no agreement exists, then paragraph (b) shall apply;
 - (iii) if the Tax Treaty does not provide relief or exemption from tax because the Constituent Entity is a tax resident of both Contracting Parties, then paragraph (b) shall apply;
- (b) if no Tax Treaty applies, then its location shall be determined as follows:
 - (i) it shall be located in the jurisdiction where it paid the greater amount of Covered Taxes for the Fiscal Year, without considering the ones paid in accordance with a Controlled Foreign Company Tax Regime;
 - (ii) if the amount of Covered Taxes paid in both jurisdiction is the same or zero, it shall be located in the jurisdiction where it has the greater amount of Substance-based Income Exclusion computed on an entity basis in accordance with Article 5.3;
 - (iii) if the amount of the Substance-based Income Exclusion in both jurisdictions is the same or zero, then it is considered a Stateless Constituent Entity unless it is the Ultimate Parent Entity of the MNE Group in which case it shall be located in the jurisdiction where it was created.

10.3.5. Where, under Article 10.3.4, a dual-located Entity that is a Parent Entity is located in a jurisdiction where it is not subject to a Qualified IIR, then the other jurisdiction can require such Entity to apply its Qualified IIR unless it is restricted by an applicable Tax Treaty in force.

10.3.6. Where an Entity has changed its location during the Fiscal Year, it shall be located in the jurisdiction where it was located at the beginning of that year.

Tax Challenges Arising from the Digitalisation of the Economy – Global Anti-Base Erosion Model Rules (Pillar Two)

INCLUSIVE FRAMEWORK ON BEPS

A key part of the OECD/G20 BEPS Project is addressing the tax challenges arising from the digitalisation of the economy. In October 2021, over 135 jurisdictions joined a ground breaking plan to update key elements of the international tax system which is no longer fit for purpose in a globalised and digitalised economy. The Global Anti-Base Erosion Rules (GloBE) are a key component of this plan and ensure large multinational enterprise pay a minimum level of tax on the income arising in each of the jurisdictions where they operate. More specifically, the GloBE Rules provide for a co-ordinated system of taxation that imposes a top-up tax on profits arising in a jurisdiction whenever the effective tax rate, determined on a jurisdictional basis, is below the minimum rate. This report delineates the scope and sets out the operative provisions and definitions of the GloBE Rules. These rules are intended to be implemented as part of a common approach and to be brought into domestic legislation as from 2022.



For more information:

 ctp.contact@oecd.org

 www.oecd.org/tax/beps

 @OECDtax

 OECD Tax